DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

209 | 19. JAHRGANG | Februar 2002 | 4,50 €

AUS DEM INHALT:

KRIEG GEGEN TERROR

John Catalinotto arbeitete bis zum 11. September im 32. Stock des World Trade Center und charakterisierte auf einer Informationsveranstaltung Ende November in Madrid den Krieg der USA gegen Afghanistan. Seite 3/4

BÄCKEREI-KOLLEKTIV

Said Muhammed hat Angst. Angst vor seiner Heimat Togo. Ihm droht die Abschiebung in sein Heimatland. Said hatte bei der selbstverwalteten Bäckerei Weber im schwäbischen Winnenden eine Lehre absolviert und anschließend als Geselle gearbeitet. Die Behörden wollen ihn nach neun Jahren abschieben und setzen die Daumenschrauben an, damit Said endlich geht. Das Bäckerei-Kollektiv kämpft um Said, damit er für immer bleiben kann. Seite 5

HAUSBESETZUNG

Die »Centri Soziale« in Italien sind Vorbild für die Einrichtung eines »Sozialen Zentrums« in Berlin. Seit einigen Monaten diskutiert ein breites Spektrum von Gruppen über Konzept, Selbstverständis und Aktionen. Mitte Dezember 2001 besetzten einige Menschen ein seit 1998 leerstehendes Haus in Berlin. In der Rigaer Straße ist ein Haus schon längere Zeit besetzt. Der neue Eigentümer (seit 2000) setzt alles daran, die Pläne der BewohnerInnen zur Selbstverwaltung des Hauses zunichte zu machen. Er brach aufgenommene Verhandlungen ab und kündigte den BewohnerInnen, eine Serie von Räumungsklagen folgte. Jetzt ist das Haus akut räumungsbedroht. Seite 11

UMSONSTLADEN BEDROHT!

Seit Dezember 2001 gibt es im Hausprojekt Brunnenstraße 183 einen sogenannten Umsonstladen und nur vier Wochen später ist das Projekt bedroht: Aufgrund einer Anzeige des neuen Hauseigentümers drangen Polizeibeamte in den Laden ein. Seite 12

ALTERNATIVE ZUM EURO

Seit dem 1. Oktober 2001 gibt es in Bremen und Umgebung den »Roland« als lokale Gutscheinwährung. Die Gutscheine haben einen Wert von fünf Roland (dies entspricht fünf Euro) und können in der Geschäftsstelle des Roland-Vereins für nachhaltiges Wirtschaften in Bremen oder auch bei teilnehmenden Geschäften eingetauscht werden. Seite 12

DORFLADEN-GENOSSENSCHAFT

Die Initiative zur Gründung von der »Dorfladen Jedesheim eG« kam zustande, als der letzte Lebensmittelladen im Illertisser Stadtteil aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen wurde. 135 qm groß ist das Geschäft, das die Genossenschaft mit einer Vollzeit- und mehreren Teilzeitkräften seit dem 4. Oktober 2001 betreibt. Seite 13

www.contraste.org

DISKUSSIONEN UM EINE GRUNDLAGE UNSERER GESELLSCHAFT

Die Arbeit hoch ?

In unserem Schwerpunktthema geht es um den Begriff der »Arbeitsgesellschaft«. Noch wird lauthals über die vielen Arbeitslosen im Lande lamentiert. Unser aller Kanzler wollte seine Leistung nach dieser Legislaturperiode an der Zahl der Arbeitslosen messen lassen und jetzt, im beginnenden Bundestagswahlkampf hat auch die CDU sich dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verschrieben. Es sieht so aus, dass unsere Politiker einfach nicht erkennen wollen, dass die Arbeit nach ihrer bisherigen Definition immer weniger wird und endlich ein Umdenken einsetzen muss. Einleitend veröffentlichen wir den Wortlaut eines Vortrages, den Erich Ribolits auf Einladung des Zukunftforums Gewerkschaften zum Thema »Bildung und Bildungspolitik für eine Menschenwürdige Gesellschaft« Ende November 2001 in Stuttgart gehalten hat.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Erich Ribolits ● Wenn wir uns dem Thema Arbeit anzunähern versuchen, stehen wir vor einem eigentümlichen Dilemma: Einerseits kennen wir alle den auf der Arbeit lastenden alttestamentarischen Fluch der da lautet: »Im Schweiße deines Angesichts sollst du dein Brot essen«; und die allgemeine Einstellung zur Arbeit und zum Arbeiten entspricht in der Regel auch jener Haltung, die man gegenüber einer verfluchten Sache annimmt: Wir sehnen uns nach dem nächsten Wochenende, nach dem Urlaub (Werbung: die schönsten Wochen des Jahres) und nach der Pension (die schönsten Jahre des Lebens), oder wir hoffen auf den großen Lottogewinn, der uns ein arbeitsfreies Leben ermöglichen könnte. Andererseits gibt es nur wenige Menschen die nicht alles daransetzen müssen Arbeit zu bekommen oder ihre Arbeit zu behalten. Nicht bloß beim Arbeiten selbst sind wir verdammt, wir sind auch noch dazu verdammt, dieser verfluchten Tätigkeit hinterherzulaufen.

Neue und mehr Arbeit braucht das Land!

Die technologische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gigantische Produktivitätsfortschritte ermöglicht und dazu geführt, dass Waren und zum Teil auch Dienstleistungen heute mit wesentlich geringerem Einsatz an menschlicher Arbeitskraft als noch vor wenigen Jahren erzeugt werden können. Erstaunlicherweise lautet die allgemeine Forderung heute aber dennoch nicht »weniger Arbeit für Alle«. Im Gegenteil, gekämpft wird von allen Seiten um neue Arbeit. Und auch wenn sich die verschiedenen Parteien und Interessensvertretungen sonst recht uneins gebärden, in diesem Punkt sind sich alle einig: Ziel politischer Bemühungen hat das Schaffen neuer Arbeitsplätze zu sein. Ob es darum gehen soll, Arbeit durch Umweltmaßnahmen zu schaffen, ob behauptet wird, Arbeit werde durch liberalisierte Wirtschaftsbedingungen entstehen, oder gemeint wird, dass es notwendig ist, Arbeitsplätze durch offensive Standortpolitik zu schaffen; alle politischen Slogans weisen in dieselbe Richtung: Neue und mehr Arbeit braucht das Land!

Dabei ist die Tatsache, dass zur Erzeugung der notwendigen Güter immer weniger Arbeit erforderlich ist, durchaus kein neues Phänomen. So waren noch im 19. Jahrhundert nahezu 50% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Durch entsprechende Technologien, veränderte arbeitsorganisatorische und ökonomische Bedingungen ist heute gerade noch ein Zehntel dieses Bevölkerungsanteils notwendig, um eine sogar deutlich verbesserte Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen. ...

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

00.3637 46 001
#Wolfgang Beywl
Bonnstr. 84
D-50321 Brühl

JAPAN: TABUTHEMA ZWANGSPROSTITUTION

Später Sieg für »Trostfrauen«

Zwangsprostitution und Trostfrauen – diese Begriffe waren für das offizielle Japan mehr als ein halbes Jahrhundert lang tabu. Das lebenslange Leid, die Traumatisierung und die Not der Frauen, die Opfer dieser Verbrechen sind, wurde in Japan schlichtweg totgeschwiegen und war auch international nur wenigen Interessierten bekannt.

Redaktion Heidelberg ● Das verwundert dann nicht, wenn man weiß, dass diese beiden Begriffe für eines der dunkelsten Kapitel und eines der schändlichsten Verbrechen der Geschichte Japans vor und während des Zweiten Weltkriegs steht: Die Verschleppung von schätzungsweise 200.000 Frauen und Mädchen aus Ländern Ostasiens – vor allem aus Korea – in japanische Truppenbordelle, wo sie jahrelang missbraucht wurden.

Diese ehemaligen Sexsklavinnen, die auch unter der beschönigenden Bezeichnung »Trostfrauen« bekannt sind, haben jetzt, nach über 50 Jahren, einen symbolischen Sieg über den damaligen Tenno Hirohito und die kaiserliche japanische Armee errungen. Das in den Haag tagende internationale Frauentribunal für Kriegsverbrechen des japanischen Militärs, bei dem die höchsten Instanzen Japans – wenn auch nicht persönlich – auf der Anklagebank saßen, erkannte alle wesentlichen Anklagepunkte an. Der japanische Kaiser, sein Ministerpräsident in den Kriegsjahren, General Hideki Tojo, sowie weitere acht Generäle – keiner von ihnen lebt mehr – wurden für schuldig befunden, im Zweiten Weltkrieg Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben.

Das Gericht erklärte am 4. Dezember in seinem fast 250 Seiten umfassenden Urteil ferner, die heutige Regierung Japans habe die Verpflichtung, die Opfer der »Troststationen«, so die Bezeichnung für die japanischen Militärbordelle im Zweiten Weltkrieg, zu entschädigen. Dazu gehören nach Auffassung des Gerichts Entschädigungszahlungen ebenso wie die Rückführung derjenigen noch lebenden Opfer, die dies wünschen, und die Rückkehr der sterblichen Überreste bereits verstorbener Opfer. Die Regierung in Tokio solle darüber hinaus eine umfassende Untersuchung des Systems der »Troststationen« vornehmen, alle relevanten Dokumente veröffentlichen, die Haupttäter identifizieren und bestrafen. Schließlich sollte die japanische Regierung dieses Thema als einen Teil der Geschichte des Landes in die Lehrbücher aller Schulen aufnehmen.

Vor allem aber soll Japan dem Spruch des Tribunals zufolge eine »umfassende und offene Entschuldigung« aussprechen. Erst im Jahre 1993 hatte Japan eingestanden, dass es diese sogenannten »Troststationen« überhaupt gegeben hat. Die Regierung gründete 1995 den durch private Spenden getragenen Asiatischen Frauen-Fonds, um die Zwangsprostituierten zu entschädigen. Sowohl das Geld, als auch die Erklärung des damaligen Ministerpräsidenten Tomiichi Murayama, die Troststationen seien »in keiner Weise entschuldbar«, wurden von den meisten Überlebenden als völlig unzureichend zurückgewiesen. Auch die Vereinigten Staaten werden vom Tribunal in die Pflicht genommen. Sie sollen eingestehen, dass sie nach der bedingungslosen Kapitulation Japans 1945 die Untersuchung und Bestrafung dieser Verbrechen an Frauen aus mehreren asiatischen Ländern unterlassen hätten.

Das in den Haag tagende Frauentribunal ist ein Volksgericht, das von asiatischen Frauenorganisationen und Menschenrechtsorganisationen organisiert und von Nichtregierungsorganisationen weltweit unterstützt wurde. Den Vorsitz führte die amerikanische Richterin Gabrielle Kirk McDonalds, die auch schon den Vorsitz des Internationalen Strafgerichts für Ex-Jugoslawien innehatte.

Fortsetzung auf Seite 2

AKTION 2002:

Bestand gesichert

Überwältigt sind wir vom bisherigen Ergebnis der Aktion 2002. Schon jetzt konnte durch Euch, liebe LeserInnen, die von uns erwartete Deckungslücke in diesem Jahr geschlossen und ein Teil unserer Altschulden abgebaut werden. Im Dezember 2001 und Januar 2002 gingen auf unserem Spendenkonto insgesamt 4.038,66 EUR ein. Das beflügelt uns bei unserem ehrenamtlichen Job in einem Projekt, dass im Oktober 18 Jahre jung wird! Herzlichen Dank!

Redaktion Heidelberg ● Hier nun wieder der aktuelle Stand (Stichtag war der **31. Januar 2002**):
Ein neues Fördermitglied können wir begrüßen:

● Jürgen Lützel, Neustadt (62 EUR)

Ein Abo wurde auf die Fördermitgliedschaft umgestellt:

● Barbara Uebel, Schweinrich (65 EUR)

Zusammen mit 9 Neuabos ergibt das Mehreinnahmen von **491,10 EUR**. Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus, drei Abos und eine Fördermitgliedschaft wurden gekündigt, die unsere Mehreinnahmen auf **306,40 EUR** reduzieren.

Die schon durch Spenden im Dezember reduzierte Deckungslücke von **1.227,60 EUR** verringert sich hierdurch auf **921,20 EUR**.

Erfreulich wieder der Eingang von Spenden:

- Axel Bretzke, Taunusstein (51,13 EUR)
- ÖBR-CONSULT GmbH, Hamburg (10,23 EUR)
- Regine Deschle, Rostock (25,56 EUR)
- Dieter Igwecks, Eckhorst (50,00 EUR)
- Reinhard Müller, Berlin (511,29 EUR)
- Stefan Groll, Nürnberg (102,26 EUR)
- Kulturverein Sägefisch, Hohenems – Austria (15,34 EUR)
- Werner Driehorst, Uslar (5,11 EUR)
- Baugruppe T&L GmbH, München (255,65 EUR)
- Heinz Weinhausen, Köln (51,13 EUR)
- Norbert Schneider, Saalfeld (10,23 EUR)
- Gabriele Sonus, Stuttgart (51,13 EUR)
- G.G., Mainz (51,13 EUR)
- Carsten Pitzer, Münchhausen (40,00 EUR)
- Anete Wellhöfer, Karlsruhe (50,00 EUR)
- Martin Weicker, Bayreuth (50,00 EUR)
- Heiner Sudan, Ölde (7,00 EUR)
- Georg Petau, Polle (61,36 EUR)
- INWO Deutschland, Frankfurt/Main (25,56 EUR)
- Stefan Kratsch, Erfurt (10,00 EUR)
- Wolfgang Weber, Thaur – Austria (30,00 EUR)
- Jean-Marc Nivet, Tübingen (50,00 EUR)
- Tiedeke Heilmann, Suhlendorf (9,10 EUR)
- Johann Krug, Augsburg (50,00 EUR)
- N.N., Hannover (15 EUR)
- Wilfried Lietzau, Ort? (100,00 EUR)
- Freya Schulz, Ort? (100,00 EUR)
- Nicole Göler von Ravensburg, Cölbe (20,00 EUR)
- Wohnprojekt Zorrow in Panko e.V., Berlin (18,10 EUR)

Das ergibt eine weitere Spendensumme von **1.826,31 EUR**. Herzlichen Dank allen SpenderInnen! Durch Eure Spenden können wir die voraussichtliche Deckungslücke im Jahr 2002 jetzt schon schließen. Den verbliebenen Betrag in Höhe von **905,11 EUR** werden wir für den diesjährigen Abbau von Altschulden verwenden. **2.560 EUR** war unser Ziel, es verbleiben noch **1.654,89 EUR, die wir unbedingt benötigen, um unsere Altschulden bis zum Jahresende auf 7.400 EUR** abzusenken.

Bedanken möchten wir uns zusätzlich bei allen Fördermitgliedern, die dazu beigetragen haben, das Projekt CONTRASTE zu stabilisieren.

Schön wäre es, wenn weitere Abos auf Fördermitgliedschaften umgestellt werden könnten! (Coupon auf dieser Seite!). Mit jeder Vereinsmitgliedschaft im CONTRASTE e.V. helft Ihr Steuern sparen, denn die Mehrwertsteuer entfällt, weil der Bezug der Zeitung im Rahmen einer Fördermitgliedschaft kostenlos ist und Herr Eichel seine Kriegskasse nicht auch noch durch CONTRASTE-Abos auffüllen kann!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.●

CONTRASTE-PLENUM

CONTRASTE ist ein selbstorganisiertes Projekt. Auf den regelmäßigen Plenen treffen sich die CONTRASTE-Redaktionen, unabhängige AutorInnen und LeserInnen, um über die zukünftigen Schwerpunktthemen, Themenseiten, Rubriken, Gestaltung, Aboentwicklung, Werbemaßnahmen und die Zukunft des Projektes zu diskutieren.

Vom 1. bis 3. März 2002 findet wieder ein Plenum bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim in Köln statt. Am Sonntagmorgen, den 3. März ist außerdem Mitgliederversammlung des CONTRASTE e.V.

Anmeldungen zum Plenum: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, Tel. (0 62 21) 16 24 67, Fax 16 44 89
E-Mail: contraste@t-online.de

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

BEWEGUNGSSTIFTUNG STARTET !

Redaktion Heidelberg ● Mit einem feierlichen Akt wird am Samstag, den 2. März 2002 im Haus der Demokratie in Berlin, die Bewegungsstiftung begründet. In den Stiftungsrat wurden Horst Eberhard Richter (Psychoanalytiker und Friedensaktivist), Gisela Notz (Feministische Forschung) und Dieter Rucht (Bewegungsforscher) berufen.

Zur Gründung der Stiftung spricht Dieter Rucht unter dem Titel »Anstöße für politischen Wandel – Soziale Bwegungen im 21. Jahrhundert«. Zudem wird die Stiftung der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Bewegungsstiftung hat sich zum Ziel gesetzt, langfristig Kampagnen und Projekte sozialer Bewegungen zu fördern – wie beispielsweise Anti-Atom, Friedens-, Frauen-und die globalisierungskritische Bewegung. Sind sie es doch, die immer wieder wichtige Anstöße für politischen und sozialen Wandel gegeben haben. Diese Anstöße sind heute nötiger denn je.

Für den 3. März wird zu einer Strategiewerkstatt eingeladen, bei der alle teilnehmen sollten, die die Zukunft der Bewegungsstiftung migestalten möchten. Dort werden potentielle StifterInnen und Aktive aus sozialen Bewegungen und den geförderten Projekten mit den Initiatoren und kandidatInnen für den Stiftungsrat über die Strategie der Stiftung und zukünftige Förderschwerpunkte beraten.●

Anmeldungen & weitere Informationen:
Bewegungsstiftung e.V., Artilleriestr. 6, D-27283 Verden, Tel. (0 42 31) 95 75 40, Fax 95 75 41
E-Mail: info@bewegungsstiftung.de
www.bewegungsstiftung.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Neben ihr saßen auf der Richterbank die ehemalige Vorsitzende der Internationalen Richterinnenvereinigung, Carmen María Argibay aus Argentinien, die Rechtsprofessorin Christine Chinkin aus dem Vereinigten Königreich und der kenianische Rechtsprofessor Willy Muntunga. Das Tribunal hat jedoch keinen rechtlichen Status und wird von Japan, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern nicht anerkannt. Somit hat es auch keine Möglichkeit, sein Urteil zu vollstrecken. Japan ignorierte das Verfahren gänzlich, und US-Präsident Bush erklärte im November, er werde die Kampagne der Trostfrauen nicht unterstützen.

Anders wird diese Verbrechen von den Vereinten Nationen bewertet: Im August 1998 verurteilte ein Unterausschuss der UN-Menschenrechtskommission den Missbrauch der Frauen als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er forderte Japan auf, die Verantwortlichen vor ein japanisches Gericht zu stellen und die ehemaligen Zwangsprostituierten zu entschädigen.

Die japanische Regierung war nach der Urteilsverkündung zu einer Stellungnahme nicht bereit. Die japanische Botschaft in den Haag verweigerte ehemaligen Trostfrauen den Zutritt, als sie eine Kopie des Urteils überbringen wollten. Kim Young Suk aus Nordkorea, die im Dezember 2000 in Japan in einer Vernehmung als Zeugin zu diesen Verbrechen ausgesagt hatte, erzählte, dass sie zwölf Jahre alt gewesen sei, als sie von den japanischen Militärs zur Prostitution gezwungen wurde: »Ich bin jetzt über 70 Jahre alt und ich kann nie vergeben. Ich bin nicht für Geld hierher gekommen, und auch nicht, um Mitleid zu erhalten. Ich möchte nur, dass Sie sehen, dass ich meine Jugend, mein Leben verloren habe.«●

Weitere Informationen unter: http://www.iccwomen.org

Aus: Missionsdienst Dezember 2001 / Missionszentrale der Franziskaner

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

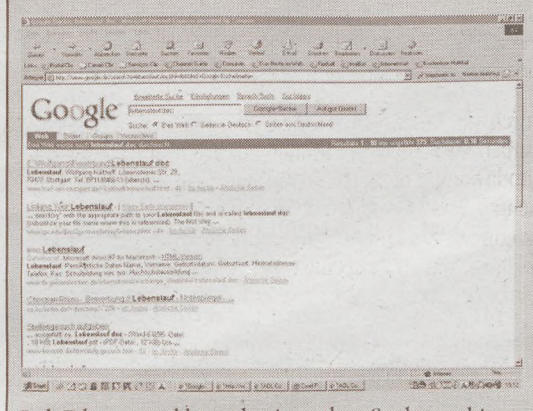
Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center

Big Brother und Surfers Little Helper...



JedeR kennt und braucht sie – ohne Suchmaschinen läuft im endlosen Informationsbrei des WWW rein gar nichts. Sie sind die Lupe, um die sprichwörtliche »Nadel im Heuhaufen« zu finden und gleichzeitig auch die »Litfaßsäulen«, um neue Websites bekannt zu machen. Gute Webhoster (sprich: Server/Schaltzentralen für Websites) bieten neben Namenregistrierung, Software, E-Shop und anderen Extras daher auch eine Anmeldelogistik für ca. 50 Suchmaschinen.

Damit nicht genug: immer mehr dieser Alleswisser entwickelten in den letzten Jahren eine Technologie, um sich das Wissen ums Netz selber anzueignen. Geheimnisvolle »Metacrawler« sind bereits seit dem Ende der neunziger Jahre unterwegs, um alles zu registrieren und zu verschlagworten. Den Vogel abgeschossen hat dabei im vergangenen Jahr die bekannte internationale Suchmaschine »Google«. Seit Februar letzten Jahren ersurft diese Wunderwaffe zur Informationsbeschaffung auch Dateien im sogenannten pdf-Format (mit dem Acrobat-Reader lesbare Verlautbarungen). So sucht z.B. die Abfrage »Europa inurl:pdf« nach PDF-Dateien, die den Begriff »Europa« enthalten – eine wichtige Suchfunktion für alle, die sich mit EU-Sachen beschäftigen müssen. Denn Richtlinien, Antragsformulare etc. werden oft im offiziösen pdf-Format erstellt.

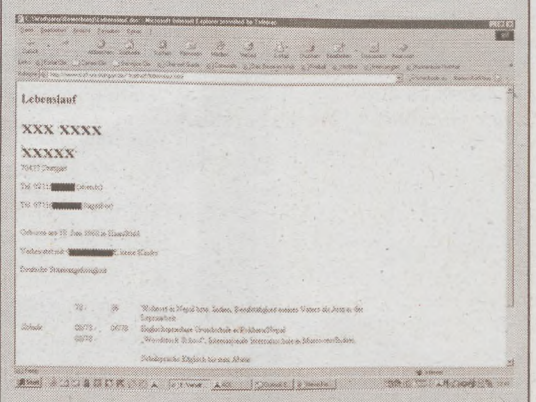
Aber damit nicht genug: seit November erfolgte der nächste Quantensprung. Auch alle Office-Formate von Microsoft werden seither erfasst. Das kann zu ziemlich skurillen Resultaten führen. Wer bei »Google« z.B. als Suchbegriff »lebenslauf.doc« eingibt, erfährt als allererstes Suchergebnis z.B. äußerst Persönliches über einen gewissen Wolfgang, der unweit meiner Geburtsstätte das Licht der Welt erblickte und in zartem Kindesalter nach Indien übersiedelte, dessen Papa Lepradoktor war und der sich jetzt aus Stuttgart gerade mit seiner lebenslauf.doc bewirbt.

Wie das? Werden jetzt alle ans web angeschlossenen Rechner ausgespäht? Wohl noch nicht – es handelt sich vielmehr um einen altbekannten Konfigurationsfehler von Webservern. Da war offensichtlich ein Verzeichnis als »browsable« ausgewiesen, was es gar nicht sein sollte und just dort war alles Persönliche über Wolfgang.

Macht nix? Ich weiß nicht, aber allmählich ist es an der Zeit, vernetzte Computer nicht mehr mit intimen Zeugs zu füttern. Es sei denn, ich will es publizieren: so schäme ich mich z.B. nicht meiner Examensnote (ersurfbar in www.suedschiene.de) und habe sogar schon einmal meinen Kontostand bei der Ökobank verraten (denen ich nur mal ein paar Hunderter anvertraut hatte) – aber all das war schließlich politische Absicht.

Google hingegen ging sogar noch weiter und hat für Bares das ganze Newsarchiv der Mailboxszene (»Usenet«-Archiv) mit über 700 Mio. Postings aus 20 Jahren von der Firma Deja aufgekauft. Da ist jetzt z. B. nachzulesen, dass CONTRASTE immerhin schon seit Ende der achtziger Jahre im Netz publiziert.

Trotzdem ist Google nicht meine favorisierte



Suchmaschine. Das ist www.metager.de (das Rechenzentrum der Uni Hannover). Dort wird neben Google auch noch so manche andere deutschsprachige Suchmaschine durchsucht und dort – dies dem armen Wolfgang aus Stuttgart zum Trost – befindet sich bei Suchbegriff »lebenslauf.doc« das zitierte Dokument »erst« an der 19. Stelle.●

KRIEG GEGEN TERROR ?

»Die Menschen wollen und brauchen Frieden«

John Catalinotto ist Mitarbeiter des New Yorker International Action Center (www.iacenter.org). Der Artikel basiert auf einer Rede, die der Autor Ende November auf einer Informationsveranstaltung in Madrid gehalten hat. Die Übersetzung aus dem Amerikanischen besorgte Oliver Wagner.

Von John Catalinotto ● Meine Position erlaubt mir, die Auswirkungen, die der Anschlag auf das World Trade Center auf die Bevölkerung der USA hat und den nachfolgenden Krieg, den Washington gegen Afghanistan führt, zu charakterisieren. Ich lebe in New York; einen Kilometer vom Empire State Building und fünf Kilometer von Ground Zero entfernt. Nur 250 Meter von meinem Haus entfernt befindet sich das Morgan Post Center – eine Postverteilungsstation, durch die Briefe mit Anthrax gingen. Aber vor allem arbeitete ich bis zum 11. September im 32. Stock des ersten Turmes des World Trade Centers.

Da ich aus den Vereinigten Staaten und aus New York komme, glaube ich, daß ich mit einem Bericht darüber, wie die Dinge in den Vereinigten Staaten Ende November 2001 liegen, am meisten zu dieser Diskussion beitragen kann. Ich werde daher versuchen, die folgenden Fragen zu beantworten: Welche Konsequenzen hat der 11. September für die Vereinigten Staaten? Wie hat die Bevölkerung der USA reagiert? Wie hat die US-Regierung reagiert? Was hat die Friedensbewegung unternommen?

An diesem Morgen kam ich, wie so oft, spät zur Arbeit. Schon von der Straße aus sah ich die brennenden Türme; sah, wie sie in sich zusammenbrachen. Die Büros der Krankenversicherung für die ich arbeite, befanden sich auf den Etagen 18 bis 31. Fast alle meiner 1.915 Kollegen konnten entkommen. Elf kamen um. Einer war in seinem Rollstuhl gefangen. Ein anderer wollte ihn nicht alleine lassen und starb mit ihm.

Was waren das für Leute, die im World Trade Center gearbeitet haben? Es war wie überall in New York. Nehmen wir zum Beispiel meine Arbeitsgruppe. Sie besteht aus zwölf Personen. Sechs von ihnen sind Immigranten; drei Frauen von den Philippinen; drei Männer, der eine kommt aus Taiwan, einer aus der Ukraine, einer aus Bangladesch. 30 bis 40 Prozent der New Yorker Bevölkerung sind Immigranten. Mein chinesischer Kollege aus Taiwan beobachtete gerade von der Straße aus den ersten Turm, als das zweite Flugzeug einschlug. Beton, Glas, Flugzeugteile und Leichen regneten auf ihn und die anderen herab. Die Frau, die neben ihm stand, wurde von einem Flugzeugrad erschlagen. Zwei Frauen, die eine Puerto Ricanerin, die andere Afroamerikanerin, waren die Sekretärinnen meiner Arbeitsgruppe. Die eine war am 11. September krank und blieb zuhause. Die andere entging dem Tod nur knapp. Sie litt an Klaustrophobie. Die Klaustrophobie hielt sie davon ab, einen überfüllten Aufzug zu betreten. Der Aufzug stürzte ab, als das Flugzeug einschlug.

Fünf Wochen nach dem 11. September verloren beide Sekretärinnen ihren Job. Diese Entlassungen haben nichts mit dem terroristischen Anschlag zu tun. Sie waren lange vor dem 11. September geplant, um Arbeitskosten zu senken und so die Profite zu steigern. Gleichzeitig verlangten die Bosse von uns verbleibenden Arbeitern, eine halbe Stunde pro Tag länger zu arbeiten – ohne Bezahlung. Die ökonomische Krise des Kapitalismus hat zu den Entlassungen geführt. Insgesamt wurden in den USA alleine im Oktober 500.000 Arbeiter entlassen.

Jeder in New York sah, wie die Türme in sich zusammenbrachen, sah, wie die Menschen starben. Viele sahen es direkt von der Straße, andere von ihrem Fenster aus. Jeder in den USA sah die Bilder tagelang immer wieder im Fernsehen. Schreckliche Dinge wie diese passieren auf der ganzen Welt. Oft werden sie durch Bomben des Pentagon verursacht. Aber für die Menschen in den USA war dies eine vollkommen neue Erfahrung. Sie waren tief getroffen. Sie waren verängstigt; fühlten sich hilflos. Sie verstanden nicht, warum sie plötzlich zu »Kollateralschäden« wurden, wie das Pentagon sonst euphemistisch zu sagen pflegt.

»Der Mythos der Unverwundbarkeit wurde zerstört«

Tausende versuchen jetzt, ihr Leben wieder in den Griff zu bekommen und das Trauma der schrecklichen Anschläge vom 11. September zu überwinden. Der Schmerz über verlorene Freunde oder Angehörige, Kollegen oder einfach nur ein allgemeines Mitgefühl pervertiert den Geist der Menschen. Ungewissheit über die Zukunft, über die Arbeitsstelle und andere Sorgen lasten auf Tausenden Überlebenden. Aber das World Trade Center war nicht nur ein Ort an dem Zehntausende ihrer Arbeit nachgingen. Die Zwillingstürme waren das Symbol der amerikanischen Weltherrschaft auf ökonomischem Gebiet. Das Pentagon ist das wichtigste Symbol der militärischen Aggression der USA. Zusammen symbolisieren sie die Macht der herrschenden Klasse in den USA. Das es jemand geschafft hat, die Türme des World Trade Center zu zerstören und das Pentagon zu beschädigen, hat die Herrschenden in den USA gedemütigt. Der Mythos der Unverwundbarkeit wurde zerstört. Das Ansehen von CIA und FBI wurde beschädigt. Ihre Schwäche wurde bloßgestellt. Die von der kapitalistischen Krise herrührenden Probleme wurden verstärkt.

Die Bush-Regierung reagierte zuerst sichtlich verwirrt. Der Präsident flog ständig durch das Land. Vizepräsident Cheney ging in Deckung. Er verzog sich in einen Bunker. Aber sie fassten sich schnell. Der Anschlag war ein Schlag ins Gesicht von Uncle Sam. Aber kein einziger Zahn ging dabei zu Bruch. Tatsächlich verschaffte der 11. September der US-Regierung und dem amerikanischen Militär – insbesondere den am meisten aggressiven Elementen – einen enormen politischen Vorteil. Zum ersten Mal seit 1975, als sie in einem Volkskrieg in Vietnam geschlagen wurden, trauen sie sich wieder, riskante militärische Schritte zu unternehmen. Sie glauben, jetzt wieder militärische Opfer auf Seiten der USA in Kauf nehmen zu können. Dies würde das Vietnam-Syndrom beenden, das die Generäle so frustriert hat. Die durch die Anschläge verängstigten Arbeiter in den USA werden zusätzlich 24 Stunden am Tag mit Kriegspropaganda bombardiert. Die Bush-Regierung benutzt die Ängste und Sorgen der Menschen, um eine Kriegshysterie zu erzeugen. Das Militär wird auf Kosten der Bevölkerung verstärkt, die Bürgerrechte geraten durch die flächendekkende Aufrüstung der Polizei in Gefahr.

Im Kongress eine Stimme gegen den Krieg

Die gesamte herrschende Klasse, ihre Politiker und ihre Medien, unterstützen die Bush-Regierung. Nur Barbara Lee, eine schwarze Frau aus Oakland in Kalifornien, stimmte im Kongress heldenhaft mit »Nein«. Alle anderen Kongressmitglieder unterstützen den Krieg.

In den vergangenen 56 Jahren terrorisierte und ermordete Washington Millionen Menschen in Hiroshima, in Korea, in Vietnam und – mittels Sanktionen – im Irak. Washington unterstützte Todesschwadronen, die in Mittelamerika Hunderttausende ermordeten. Es ließ Bomben auf Jugoslawien regnen. Seit dem 7. Oktober bringt es Tod über Afghanistan. Washington hat antikommunistische Terroristen finanziert, die kubanische Flugzeuge vom Himmel bombten. Wer also gibt den Herrschenden in den USA das Recht, eine »Anti-Terror-Kampagne« zu führen?

Repressionswelle in den USA

Diese Kampagne findet auch zuhause statt. Seit dem 11. September hat die US-Regierung mehrere Gesetze verabschiedet, die es erlauben, Immigranten ohne Gerichtsverfahren zu inhaftieren. Etwa 1.000 bis 2.000 Menschen aus dem Mittleren Osten und Zentralasien wurden von Polizei und FBI eingesperrt. Viele sind seit Wochen inhaftiert. Die Regierung spricht davon, Verdächtige zu foltern. Bush hat sogar vorgeschlagen, Militärgerichte einzurichten, um sogenannte Terroristen zu verurteilen. Der Rassismus, das unvermeidliche Produkt ihrer langjährigen Dämonisierung von Menschen aus dem Mittleren Osten, entlud sich in Übergriffen, Morden und Anschlägen auf Geschäfte und Moscheen im ganzen Land.

Hohe Offizielle in Washington und ehemalige Regierungsmitglieder sehen den Angriff auf Afghanistan als ersten Schritt einer viel breiteren Militärkampagne. Diejenigen, die die Öffentlichkeit auf das vorbereiten, was Washington tun will, sprechen von Irak, Sudan und Syrien. Außerdem gibt es eine halboffizielle Gruppe in Washington – innerhalb und außerhalb der Regierung – die einen noch ambitionierteren Plan verfolgt. Ihr gehören die alten Kalten Krieger an: Paul Wolfowitz, Richard Perle, Donald Rumsfeld, Henry Kissinger. Sie haben es vor allem auf den Irak abgesehen. Kissinger fasste seine Gedanken zur gegenwärtigen Lage wie folgt zusammen. Dies »könnte ein Wendepunkt sein«, sagte er, vergleichbar mit der »Niederlage des Kommunismus in der Sowjetunion«, der die Möglichkeit eröffnet, »den Terrorismus weltweit zu besiegen«.

Für Kissinger und seine Kollegen aus der Hierarchie der kapitalistischen Regierung, sind alle Kräfte »terroristisch«, die sich der Dominanz der US-amerikanischen Multis und Banken sowie dem Pentagon entgegenstellen. Eine solche Definition ließe sich leicht auch auf den palästinensischen Kampf gegen die israelische Besatzung ausdehnen. Oder auf die Freiheitskämpfer in Kolumbien, die versuchen, das Volk von einer reaktionären Regierung zu befreien, die Todesschwadrone unterstützt. Oder auf das Volk von Puerto Rico, sollte es seinen Kampf gegen das US-Militär in Vieques verstärken oder versuchen die nationale Unabhängigkeit zu erreichen. Kuba, die Koreanische Demokratische Volksrepublik, Syrien, Iran, Irak und Libyen befinden sich ebenfalls auf der offiziellen »Terrorismus«-Liste der US-Regierung und Bush nannte Somalia, Sudan und Jemen als zusätzliche Angriffsziele.

Die »Bush-Doktrin«

Wir haben es jetzt mit der sogenannten Bush-Doktrin zu tun. Bush hat angekündigt, sogenannte Terroristen auf der ganzen Welt zu jagen und Länder anzugreifen, die er beschuldigt, Terroristen zu unterstützen. Wer nicht für ihn ist, ist gegen ihn. Bush behauptet, den Terrorismus zu bekämpfen. Aber wir stellen fest, dass die Hauptangriffsziele allesamt in Gegenden liegen, in denen es Öl, Gas oder Ölpipelines gibt. Bushs »langfristiger« Krieg beinhaltet alle Merkmale eines imperialistischen Krieges um die Neuaufteilung der Welt und ihrer Energiereserven – vor allem im Mittleren Osten und in Zentralasien. Die Beteiligung Großbritanniens und Deutschlands macht den räuberischen Charakter des Krieges noch deutlicher. Es sei daran erinnert, dass der Erste Weltkrieg mit der sogenannten terroristischen Ermordung des österreichischen Erzherzogs begann. Aber in Wirklichkeit war dies ein imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Welt.

Als die gesamte Arbeiterklasse in den USA mit den terroristischen Anschlägen und der mutmaßlichen Bedrohung durch Anthrax beschäftigt war, wurde sie von der Bush-Regierung beraubt. Die Sozialfürsorge wurde zugunsten der reichen Konzerne abgebaut. Die großen Fluggesellschaften erhielten viel Geld. Die Beschäftigten der Fluggesellschaften hatten nichts davon.

Demonstrationen gegen den Krieg

Die Ereignisse des 11. September betäubten die fortschrittlichen Kräfte in den Vereinigten Staaten. Gerade war eine weltweite, eine neue, junge Bewegung gegen die schlimmsten Folgen der kapitalistischen Globalisierung am entstehen, die in den Straßen von Seattle bis Genua kämpfte. Wir vom *International Action Center* haben vor den Anschlägen eine Demonstration im Rahmen der Proteste gegen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds organisiert, die am 29. September vor dem Weißen Haus in Washington stattfinden sollte. Wir haben dann beschlossen, daraus eine Demonstration gegen den kommenden Krieg zu machen. Dazu gründeten wir ein Bündnis, das wir *ANSWER* nannten (»Act Now to Stop War and End Racism« – »Handle jetzt um den Krieg zu stoppen und mit dem Rassismus Schluss zu machen«). Viele haben uns damals gesagt, wir sollten besser nicht demonstrieren. Aber wir wollten es versuchen. Wir konnten uns doch nicht darauf beschränken, die Ereignisse nur zu diskutieren und zu analysieren. Wir wollten öffentlich gegen den Krieg kämpfen. Damit wollten wir diejenigen, die gegen den Krieg sind, sich aber einschüchtern ließen, ermutigen.

Überall standen Leute mit US-Flaggen. Aber sie waren offen für unsere Argumente. Die Angst verstärkte bei vielen das Bedürfnis, mehr über das zu erfahren, was die USA der Welt angetan haben und was einen solchen Angriff provozieren konnte. Besonders bei jungen Leuten erwachte ein starkes pazifistisches Gefühl. Wir waren froh, das an diesem Tag 20.000 Menschen nach Washington und San Francisco kamen, um gegen den Krieg zu protestieren. Vor allem junge Menschen kamen zu den Demonstrationen. Auch nach dem was in Afghanistan passiert ist, wollen diese jungen Leute weiter für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen. Sie glauben noch immer, dass eine andere Welt möglich ist. Die Demonstrationen haben in den USA noch etwas bewirkt. Wie wir gehofft hatten, organisierten andere Teile der Friedensbewegung innerhalb

Fortsetzung auf Seite 4

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

WASHINGTON

Kissingers schmähliche Rolle in Ost-Timor

Redaktion Heidelberg ● Wenn auch Jahrzehnte vergehen – nach und nach werden die Schweinereien in der Weltpolitik öffentlich. So auch diese:

Die blutige Invasion Ost-Timors im Dezember 1975 durch Indonesien geschah mit Wissen und Billigung der Regierung der Vereinigten Staaten. Der damalige US-Außenminister Henry Kissinger war sehr wohl informiert über die Absicht Suhartos, die ehemalige portugiesische Kolonie mit militärischer Gewalt zu besetzen, obwohl er dies immer hartnäckig geleugnet hatte. Auch der geplante, jedoch illegale Einsatz von Waffen aus den USA war sowohl Kissinger als auch dem damaligen Präsidenten Ford bekannt. Am Tag vor der Invasion hatten sie in Jakarta mit dem indonesischen Präsidenten Suharto ein Gespräch geführt, in dem auch die bevorstehende Invasion angesprochen worden war.

Bekanntgeworden sind diese Tatsachen jetzt nach der Veröffentlichung von bisher geheimem Archivmaterial des Nationalen Sicherheitsarchivs der George Washington Universität am 6. Dezember. Darin werden relevante Einzelheiten des Gesprächs Ford-Kissinger-Suharto bestätigt. Nach Einschätzung von Historikern hatte für die damalige US-Regierung die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zum südostasiatischen Indonesien absolute Priorität, da das Trauma der Niederlage in Vietnam noch nachwirkte. Für Ost-Timor, das heute unabhängig ist, bedeutete diese Entscheidung Kissingers den Tod von 200.000 Timoresen im Zuge der 25jährigen indonesischen Besetzung.●

Nach: Missionsdienst Dezember 2001 / Missionszentrale der Franziskaner

BREMEN

Hoffnung für Ost-Timor?

Im Mai 2002 wird Ost-Timor unabhängig, und die Zeichen für diese neue Ära stehen nicht schlecht. Dies erklärte die Politologin Monika Schlicher, Geschäftsführerin der Menschenrechtsorganisation »Watch Indonesia« auf einer Veranstaltung der »Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung«. Die Einschaltung der UNO in den jahrzehntelang international ignorierten Konflikt um Ost-Timor im Jahr 1999 habe anfänglich zwar die Lage verschlimmert, letztendlich dann aber positive Wirkung gezeigt: Ende August 2001 hätten die ersten freien Wahlen stattgefunden, die den Weg in die Unabhängigkeit endgültig geebnet hätten. Die Bildung neuer Parteien habe gut geklappt. Blutige Auseinandersetzungen bei den Wahlen habe es nicht gegeben. Mit UN-Hilfe sei eine Polizei aufgebaut worden. Große Mängel sieht die Politologin noch in der Aufarbeitung begangener Menschenrechtsverbrechen. Der in Ost-Timor geschaffene Gerichtshof bemühe sich zwar um eine Aufarbeitung, leide aber unter schwerer Finanznot. Darüber hinaus gäben die USA und Australien wichtige Dokumente nur sehr zögerlich heraus. Offenbar befürchteten sie, dass bei deren Veröffentlichung bekannt werden könnte, was sie über die Zustände im Land wussten.●

Aus: Missionsdienst Dezember 2001 / Missionszentrale der Franziskaner

REZENSION

»Angriff auf die Freiheit ?«

Frage: Sollten sich die amerikanischen Intellektuellen mit ihrer Kritik an der US-Regierung zurückhalten? Chomsky: »Wenn sie den Zyklus der Gewalt weiter beschleunigen wollen und Gräuel wie die vom 11. September eher noch wahrscheinlicher machen wollen, dann mögen sie sich zurückhalten, das Denken einstellen und in ihrem Engagement für die ernstesten Probleme nachlassen. Ebenso, falls sie die reaktionärsten Elemente des politisch-ökonomischen Machtapparates in Plänen bestärken wollen, die sich zum Schaden zahlreicher Menschen hier und anderswo auswirken würden, ja, letztlich die Existenz der Menschheit gefährden könnten.«

Waren die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon vom 11. September ein Angriff auf die Freiheit? Dieser Frage geht ein neuer Band des libertären *Trotzdem Verlags* nach. Mit Hintergrundinformationen, Analysen und Positionen versuchen sich die international renommierten kritischen Autorinnen und Autoren der gestellten Frage zu nähern. Schaut man sich deren Namen genauer an, so drängt sich die Vermutung auf, dass die Titelfrage des Buches nicht mehr als eine Suggestivfrage ist. Sie lassen erahnen, dass in dem Buch wohl kaum die nach dem 11. September erzählte Leier von den Werten des Westens, von der Zivilisation und der Freiheit nacherzählt wird, sondern dass eine differenziertere und kritischere Geschichte zu erwarten ist.

Der aktuelle Band des *Trotzdem Verlags* versammelt wohlklingende Namen: Eduardo Galeano, Uri Avnery, Ariel Dorfman, Arundhati Roy, Robert Fisk, Saskia Sassen, Vandana Shiva, Martin A. Lee, George Montbiot, Tariq Ali und nicht zuletzt Noam Chomsky, der wohl bedeutendste intellektuelle Kritiker der Weltmachtpolitik der USA.

Schon im ausführlichen Vorwort des Herausgebers Wolfgang Haug, das verschiedenen Fragen nach den Anschlägen, deren Tätern und den kriegerischen Reaktionen insbesondere der USA nachgeht, wird die Sichtweise eines Angriffs auf die Freiheit kritisch hinterfragt. Die durch nichts zu rechtfertigenden Anschläge können nach Haug nicht als Angriff auf die positiven Werte des Westens wie Freiheits- und Menschenrechte oder Demokratie betrachtet werden, sondern sie können nur als ein Angriff auf die Vereinigten Staaten als Konsequenz der Politik, Interessen und Handlungen der einzig verbliebenen Supermacht analysiert werden. Gerade die Missachtung von selbst hochgehaltenen Werten im Rahmen einer globalisierten Ökonomie und der damit verbundenen politischen und kriegerischen Machtpolitik seitens der westlichen Staaten macht die Sichtweise eines Angriffs auf die Freiheit und die darauffolgende Rede von der bedingungslosen Solidarität zur bloßen Propaganda.

Das Ziel des Herausgebers und der versammelten Beiträge ist demnach darin zu sehen, politische Denkweisen zu denunzieren, die die verheerenden Ereignisse des 11. September zum Abbau demokratischer Freiheiten oder zur Militarisierung der Gesellschaft instrumentalisieren wollen. Die Aufsätze im Buch beschäftigen sich aber auch mit einer politischen Bewertung der Anschläge und des Bin-Laden-Terror-Netzwerks. Im Mittelpunkt stehen jedoch Thesen und Analysen über die Ursachen dieser Anschläge und die Kritik von Sinn und Legitimität des darauffolgenden Anti-Terror-Krieges in Afghanistan. Gefordert wird statt Krieg ein Weltgerichtshof, vor den die Verursacher von terroristischen Anschlägen gebracht werden, aber auch Regierungen wie die Vereinigten Staaten für ihre völkerrechtswidrigen Kriege.

Die große Qualität des Buches ist sicherlich das hochkarätige Spektrum an kritischen Stimmen aus den USA, aus Asien und Lateinamerika. Herausragend im Buch sind für mich zwei Texte: »Das Theater von Gut und Böse« von Eduardo Galeano, eine literarisch und moralisch bestechende Abrechnung mit der Verlogenheit und Brutalität der US-Politik und deren Feindbildkonstruktionen sowie der vielbeachtete und vieldiskutierte Artikel »Die Algebra der grenzenlosen Gerechtigkeit« der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy. In diesem Text, an dem sich der Trotzdem-Verlag die Rechte sichern konnte und der bereits kurz nach dem 11. September erschien, überzeugte Arundhati Roy durch glaubwürdige und scharfe Kritik. An ihrer These, dass US-Präsident Bush und Osama Bin Laden bösartige Zwillingsbrüder seien, fand gar auch Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert Gefallen, was ihm prompt fast zum Verhängnis wurde. Niemand wollte zu dieser Zeit etwas über die geistige Verwandschaft eines vom CIA hochgezüchteten saudischen Terroristen mit den Denkweisen und Machtfantasien eines US-Präsidenten wissen.

Viel ist in den vergangenen Wochen spekuliert, gesagt, geschrieben worden. Manche werden längst müde sein von den Informationen über Terror und Krieg, Rache und Vergeltung, Gut und Böse. Dennoch bietet das Buch »Angriff auf die Freiheit?« Sichtweisen, die den regierungsoffiziellen Erklärungen, den medialen Inszenierungen und den meisten wissenschaftlichen Herleitungen wohltuend und erkenntnisbringend entgegenstehen.

Etwa die Beiträge des Londoner Journalisten und Nahostexperten Robert Fisk, der es als eines der tragischsten Ereignisse seit dem 2. Weltkrieg und Vietnam ansieht, dass die mächtigste Nation der Erde das am meisten zerstörte, verwüstete, hungergeplagteste und tragischste Land der Erde mit B52s bombardierte. Und dabei genau die Menschen als Terroristen bekämpft, die es wenige Jahre davor gegen die Sowjets als Freiheitskämpfer aufbaute. Die Taliban als besonders fanatische, ultrapuritanische und äußerst brutale Machthaber und Menschenrechtsverletzer waren für die US-Regierung noch bis kurz vor Kriegsbeginn ein Garant der Stabilität in Afghanistan. Wer als Journalist auf solche Widersprüche hinwies, schreibt Fisk, musste nicht nur persönliche Attacken ertragen, sondern wurde des Antiamerikanismus und scheinbar folglich des Antisemitismus bezichtigt.

Bemerkenswert auch der Artikel von Uri Avnery, der das einzige Rezept gegen Terrorismus in der Bekämpfung dessen Ursachen sieht: »Man kann eine Million Moskitos töten und Millionen weitere werden ihren Platz einnehmen. Um sich davon zu befreien, muss man die Sümpfe trockenlegen, in denen sie sich fortpflanzen und der Sumpf ist immer politisch.«

Saskia Sassen sieht die Terroranschläge vom 11. September nur als weiteres extremes Beispiel, wie die ungezügelte Globalisierung immer mehr auf die mächtigen Staaten des Nordens zurückschlägt. Statt mit einer weiteren Eskalation der Gewalt und einer Stabilisierung eines ungerechten ökonomischen Weltsystems zu antworten, plädiert sie für einen echten Internationalismus und Multilateralismus sowie für radikale Innovationen und neue Zusammenarbeit im Rahmen der Zivilgesellschaft und der supranationalen Institutionen. Der Westen müsse für die vom ihm selbst verursachte Schuldenfalle und den ständig wachsenden weltweiten Migrationsdruck die politische Verantwortung übernehmen.

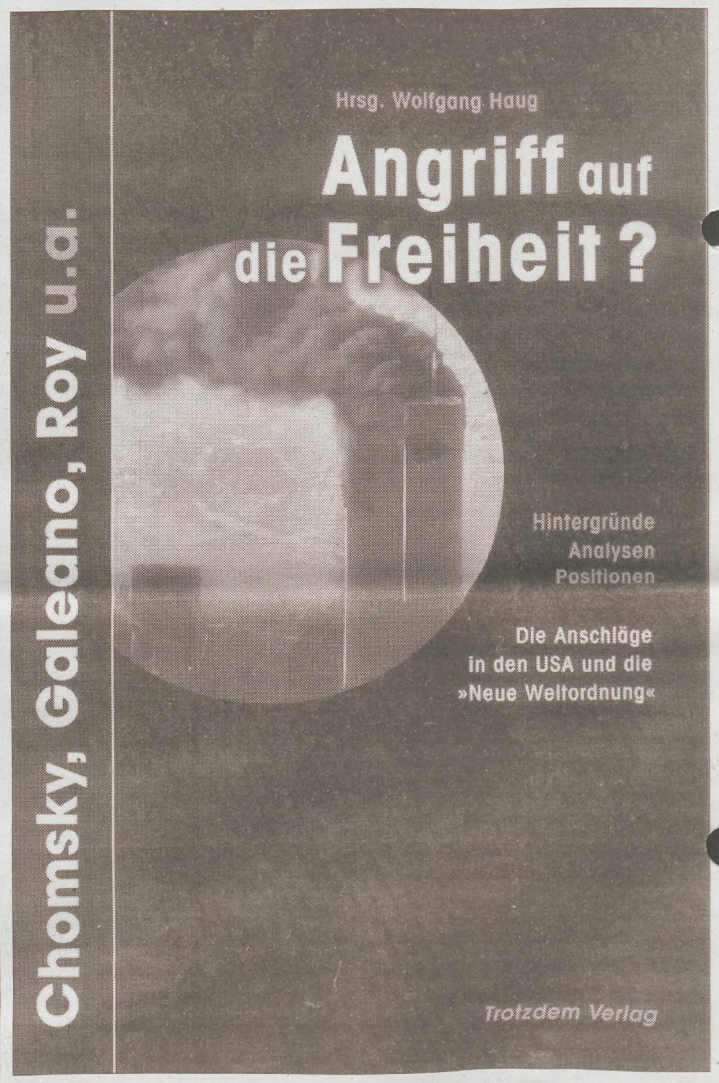
Das humanitäre Mäntelchen, in dem der US-Krieg gegen Afghanistan anfangs daher kam, entkleidet der US-Amerikaner George Montbiot: Mit dem Abwurf von Nahrungsmittelpäckchen aus 200.000 Fuss Höhe und dem gleichzeitigen Kriegsbeginn haben die USA und Großbritannien ein möglicherweise effektives Hilfsprogramm beendet und durch eine unnütze Geste ersetzt. Die abgeworfenen Nahrungspakete reichten in ihrer Gesamtheit gerade mal zur Deckung eines Viertels des Bedarfs für alle Hungernden aus – und das wohlgemerkt nur für einen einzigen Tag. Montbiot folgert daraus: »Gesten machen nicht satt. Hunger verlangt kein symbolisches Geschenk. Hunger verlangt Nahrung, nicht den Anschein von Nahrung.«

Wiederum last but not least, bietet der Band Texte und Thesen von Noam Chomsky. Der US-amerikanische Linguistik-Professor gilt als bedeutendster Kritiker der US-Außenpolitik. Chomsky räumt ein, daß im Verlauf des Kriegs in Afghanistan eine gewisse Zurückhaltung seitens der Vereinigten Staaten geübt worden sei, weil keine ausreichenden Beweise für die Tatbeteiligung des Bin-Laden-Netzwerks vorgelegt werden konnten und weil sich deswegen auch in der Bush-Regierung die Erkenntnis durchgesetzt hätte, dass eine Ausdehnung des Kriegs auf die Zivilbevölkerung nur zur Entstehung neuer Terrornetzwerke führen würde. Im gleichen Atemzug kritisiert Chomsky aber die von den USA durchgesetzte Einstellung der Nahrungsmittellieferungen für die notleidende afghanische Bevölkerung zu Beginn des Kriegs auf das Schärfste. Daran sei zu sehen, wie es mit der Zivilisation, die der Westen so hoch hält, bestellt sei. Den jahrelangen systematischen Aufbau von islamistischen Terrorgruppen seitens der CIA und anderer US-Institutionen sieht Chomsky als Ersatz bzw. Fortsetzung des Kalten Kriegs, dessen Ziel die Stabilisierung US-amerikanischer vitaler Interessen in der arabischen und zentralasiatischen Region sei.

Soweit zum Inhalt des Buches. Einziger Wermutstropfen des Buches ist vielleicht das Titelbild, das die brennenden Zwillingstürme des World Trade Centers zeigt. Dabei stört nicht, dass auch ein Buch eines libertären Verlags dieses Bild des Schreckens zeigt. Was stört, ist, dass dieses Bild der brennenden und einstürzenden Türme so oft und so penetrant in allen möglichen Fernsehsendern, Zeitungen und Zeitschriften zu sehen war, dass man es sich irgendwann nicht mehr anschauen will, weil es dadurch nicht nur zum Symbol einer grauenhaften Tat wurde, sondern auch zum Symbol der Schreckensbilder produzierenden Medienmaschine und der propagandistischen Kriegslegitimierung. Vielleicht hätte es sich ein libertärer Verlag deswegen sparen können, dieses Bild ebenfalls zu bemühen und stattdessen die Kritik an selbstmörderischen Massenmördern visuell anders inszenieren können.●

Quelle: aus einer Sendung des Tübinger Alternativradio Wüstewelle. LAUSCHANGRIFF – die Info-Politik-Redaktion mit Hirn und Hertz

Wolfgang Haug (Hg.): Angriff auf die Freiheit? Die Anschläge in den USA und die »Neue Weltordnung«, Hintergründe, Meinungen, Positionen. Trotzdem Verlag, Grafenau, Nov. 2001



FORTSETZUNG VON SEITE 3

einer Woche eine weitere Demonstration in New York City, an der sich 10.000 Leute beteiligten.

Internationale Solidarität

Wir haben uns auch sehr über die internationale Solidarität gefreut, die unserem Aufruf von Kriegsgegnern in Spanien, Deutschland, Indien, Griechenland und Italien entgegengebracht wurde. Am 29. September fanden von Großbritannien bis Südafrika und von Japan bis nach Argentinien und Chile Aktionen gegen den Krieg statt. Wir werden unseren Kampf gegen den Krieg fortsetzen und gerade jetzt gegen die illegale und rassistische Inhaftierung so vieler Menschen aus dem Mittleren Osten und Südasien kämpfen, die derzeit in den Vereinigten Staaten in Gefängnisse gesperrt werden.

Die Bush-Regierung behauptet, die Anschläge kämen aus dem Mittleren Osten, vermutlich von Usama Bin Laden und Al Quaida. Wir haben hierzu keine näheren Informationen. Aber wir haben beschlossen, Bush politisch zu antworten. Wir sagen, wenn der Anschlag aus dem Mittleren Osten kommt, dann wegen der Geschichte des US-Militärs, das schreckliche schwere Kriegsverbrechen gegen unschuldige Zivilisten in der gesamten Region begangen hat – direkt und indirekt mit Hilfe der israelischen Regierung. Bush, alle seine Berater und alle seine Experten, auch die mit nur oberflächlichen Kenntnissen von den Untaten der US-Regierung im Mittleren Osten, wissen, dass Hunderttausende arabischer Zivilisten in den vergangenen Jahrzehnten der Politik der US-Regierung zum Opfer gefallen sind. Wir müssen eine Änderung dieser Politik verlangen. Schluss mit den Sanktionen gegen Irak! Schluss mit der Unterstützung des israelischen Staates gegen die Palästinenser. USA raus aus dem Mittleren Osten!

Noch etwas. Wir wollen dem afghanischen Volk unsere tiefe Solidarität und Anteilnahme versichern. 1978 haben die Afghanen eine wunderschöne Revolution gemacht. Diese Revolution erkämpfte gleiche Rechte für die Frauen, kämpfte für das Ende der feudalistischen Herrschaft auf dem Land; für Bildung für alle Menschen; für die Verteilung des Landes unter den Bauern. Afghanistan sollte zu einem modernen Land entwickelt werden. Die Revolution hat gezeigt, was für wundervolle Dinge die Menschen von Afghanistan tun können. Aber diese Revolution hatte von Anfang an einen mächtigen Feind – die US-Regierung; den CIA. Zbigniew Brzezinski ist bekannt. Er war einer der wichtigsten Ideologen des Kalten Krieges. Kürzlich prahlte er damit, US-Präsident Jimmy Carter davon überzeugt zu haben, die afghanische Revolution anzugreifen; sechs Monate bevor die sowjetischen Truppen kamen. Washington mobilisierte die am meisten reaktionären Kräfte Afghanistans. Die Kräfte, die am meisten rückwärtsgewandt waren. Diejenigen, die Frauenrechte hassten. Diejenigen, die die Grundbesitzer auf dem Land verteidigten. Banker aus den USA und die Könige Saudi Arabiens gaben ihnen soviel Geld wie sie brauchten. Der CIA und die pakistanischen Militaristen bildeten sie an den modernsten Waffen aus. Beispielhaft sei die Stinger-Rakete genannt, die man von der Schulter aus abfeuert, um Hubschrauber abzuschießen.

Sie brachten sogar Reaktionäre aus dem ganzen Mittleren Osten ins Land. Das waren die selben, die jetzt vom US-Imperialismus als der Hauptfeind in der Welt bezeichnet werden. Jetzt werden sie vom Pentagon wie wilde Tiere gejagt.

In Afghanistan wurde der »Kalte Krieg« heiß

Brzezinski ist noch immer stolz auf seine Politik. Er sagt, die heutigen Probleme seien es allemal wert, da Washington die afghanischen Reaktionäre benutzte, um den ersten sozialistischen Staat, die Sowjetunion, niederzuringen. In Afghanistan wurde der »Kalte Krieg« heiß. Dort fand ein blutiger Bürgerkrieg statt. Er dauerte 23 Jahre und zerstörte das Land. Eine Ziffer reicht aus, um aufzuzeigen, wie verzweifelt die Situation war. Von 1.000 in Afghanistan geborenen Kindern sterben 247, bevor sie fünf Jahre alt werden. Und das war vor den Bombardements der USA. So werden diese Menschen von Brzezinski und seinen Auftraggebern dafür belohnt, dass sie ihnen im Kalten Krieg ein nützliches Werkzeug waren.

Seit sieben Wochen bombardieren das Pentagon und seine Juniorpartner in Großbritannien Afghanistan. Sie haben Krankenhäuser und Wohnhäuser bombardiert. Sie haben Rot-Kreuz-Stationen bombardiert. Sie bombardierten die Fernsehstudios von Al Jazira in Kabul, genau wie sie 1999 das Serbische Fernsehen in Belgrad bombardiert haben. Sie sind im Begriff, Afghanistan zu besetzen. Dabei benutzen sie wieder die selben Reaktionäre und Frauenhasser, jetzt gegen die Taliban.

Die gegenwärtige Krise macht die kriegerische Natur des US-Kapitalismus nach außen und seine Grausamkeit nach innen deutlich. Die Menschen wollen und brauchen Frieden. Der Frieden kann aber nur gewonnen werden, wenn die USA ihre Streitkräfte aus dem Mittleren Osten abziehen.●

DIE VERBOTENE WAHRHEIT

Der Buchtipp in unserer Dezember-Ausgabe (Seite 5) war der Titel »Die verbotene Wahrheit – Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden«, dass gerade in Frankreich erschienen war. Es gab viele Anfragen in der Redaktion nach einer deutschen Ausgabe. Das Buch ist seit dem 30. Januar im Buchhandel erhältlich.

Es beginnt mit einem Paukenschlag: Der Schilderung eines Treffens mit dem hochrangigen FBI-Agenten John O'Neill, der sich über Behinderungen seiner Arbeit beklagt. Er war mit der Untersuchung von Al-Quaida-Anschlägen betraut und stieß immer wieder auf Verzögerungstaktiken der US-Diplomaten. »Alle Schlüssel zur Zerschlagung der Organisation befinden sich in Saudi-Arabien«, wird er zitiert. Wegen ihrer Erdölinteressen könne oder wolle die US-Regierung nicht handeln. Im August 2001 hatte O'Neill genug vom FBI. Er wurde Sicherheitschef im World Trade Center und starb am 11.9. unter den Türmen, die von den Terroristen gesteuerten Flugzeugen zerstört wurden.

Die lang andauernden, immer wieder unterbrochenen und immer wieder aufgenommenen Kontakte zwischen Taliban und US-Regierung, die US-Ölinteressen in Afghanistan, die Verflechtungen zwischen der Öllobby und der US-Administration werden im Buch ausführlich beschrieben, ebenso wie im Teil 2 »Saudi-Arabien, Reich aller Gefahren« und abschließend die Familienbande und geschäftlichen Verbindungen des Bin-Laden-Clans. Von dieser Seite droht dem Buch, das im Herbst in Frankreich erschien und sich über 60.000 mal verkaufte, jetzt Ärger: Der in Genf lebende Halbbruder Osama bin Ladens, droht dem Verlag mit Millionenklage.

Jean-Charles Brisard, Guillaume Dasquié: Die verbotene Wahrheit – Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden. Pendo Verlag, 284 Seiten, 18,90 EUR.

BÄCKEREI-GESELLE SOLL NACH TOGO ABGESCHOBEN WERDEN

Kollektiv-Bäckerei kämpft gegen Abschiebung

Said Muhammed stammt aus Togo und lebt seit 1992 in Schwaben. Er hatte bei der selbstverwalteten Bäckerei Weber eine Lehre absolviert und dort seitdem als Geselle gearbeitet. Mitte November 2001 erfuhr er, dass ihm die Behörden bereits im Oktober die Arbeitserlaubnis entzogen hatten. Die Behörden wollen den Flüchtling abschieben, die Diktatur in Togo und der Fachkräftemangel in Deutschland interessieren nicht.

Foto: Pavlovic

Nur noch für die Fotografin darf Said Muhammed Hand in der Bäckerei anlegen. Die Arbeitserlaubnis wurde ihm entzogen, die Abschiebung nach Togo droht

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Mit einem Touristenvisum flog Said Muhammed 1992 nach Deutschland, weil sein Leben in Togo in Gefahr war. Damals, nach dem Fall der Mauer, wurde auch Afrika von einer Welle der Demokratisierung erfasst. Studenten, wie Said Muhammed forderten Mitsprache und Selbstbestimmung und einige von ihnen, darunter auch Said, engagierten sich in der Oppositionspartei PDR. Nach einer Audienz der protestierenden Studenten beim Präsidenten seien einzelne Leute verfolgt worden, wurden geschlagen oder verschwanden. So wie später seine beiden Brüder.

Said Muhammed wollte in Deutschland weiter studieren und in Sicherheit leben. Der Aufenthalt hier wurde zur Odysee eines Illegalen. Im Januar 1993, hängen geblieben auf dem Weg zu Verwandten in Frankreich, stellte er seinen ersten Asylantrag in Karlsruhe, den er mit seinem politischen Engagement in Togo begründete. Zudem hatte er angegeben, dass ein Bruder, der einige Zeit in Deutschland gelebt hatte und den gleichen Namen wie er trägt, nach seiner Rückkehr nach Togo verschwunden sei. Der Antrag wurde vom Gericht abgelehnt, weil seine Angaben »ungereimt« und »widersprüchlich« seien. »So kann man jeden Antrag ablehnen«, sagt sein Anwalt Franz Spindler. Nur Said's Widerstand und eine verständige Beamtin am Stuttgarter Flughafen retteten ihn 1994 vor der Abschiebung.

Said Muhammed hat keinen Pass mehr. Seit 1995 wird er in Deutschland geduldet, Monat für Monat erhält er eine Verlängerung. Er arbeitete nebenher bei einem Bauern, half im Haushalt und fand Kontakt zu einem Asylkreis. »Eine Lehre bringt Ruhe«, wurde ihm damals gesagt. Bei der Kollektiv-Bäckerei Weber GmbH in der 27.000 Einwohner-Stadt Winnenden begann er im Mai 1998 seine Ausbildung zum Bäcker. Trotz seiner 37 Jahre habe er ein gutes Verhältnis zu seinen viel jüngeren MitschülerInnen in der Berufsschule gehabt, lacht Said Muhammed, in der Bäckerei fühlt er sich aufgehoben. »Arbeit ist eine Therapie für mich, bei der man vergessen kann.«

Protest gegen die »blutige Diktatur« in Togo

Sein zweiter Asylantrag, den er mit seinem Engagement in einer togoischen Exilorganisation begründete, wurde ebenfalls abgelehnt. Said Muhammed gehörte zu den etwa 200 Togolesen, die im Oktober 2000 auf der Expo den Besuch des Landespavillons durch Staatspräsident Eyadema verhinderten. Sie protestierten gegen die »blutige Diktatur« in Togo und die »Heuchelei« der internationalen Gemeinschaft und Deutschlands gegenüber togoischen Asylbewerbern. Nach Angaben von *»Pro Asyl«* ist Eyadema »der dienstälteste Diktator Afrikas«, dessen Regime jeden Ansatz demokratischen Wandels bis heute im eigenen Land skrupellos bekämpft.

Der vereitelte Pavillonbesuch sorgte in Togo für Schlagzeilen. Und im vergangenen Jahr erklärte ein Bremer Einzelrichter im Anhörungsverfahren, es sei keine Frage, »dass, wer hier politisch aktiv ist, dort auf der Liste steht«. Fraglich sei allerdings, welche Folgen das habe. Anwalt Franz Spindler geht davon aus, dass sein Mandant in Togo »vom Tode bedroht wird«. Er beklagt zudem die »Daumenschrauben« der Behörden. »Alle positiven Anknüpfungspunkte werden meinem Mandanten genommen, damit er geht«. Für den Anwalt stellt sich die Frage, warum Said Muhammed, der seit neun Jahren in der Bundesrepublik lebt, nicht im Rahmen einer Duldung einen Aufenthalt bekommt. »Für Exjugoslawen gibt es eine solche Regelung, für Afrikaner jedoch nicht.«

Trotz der Ablehnung des Asylfolgeantrags erhielt Said im Juni 2001 vom Arbeitsamt Waiblingen eine Arbeitserlaubnis für ein ganzes Jahr, ein Lichtblick für ihn. Und auch das Bäckerei-Kollektiv hoffte, dass der neue Kollege bleiben kann, so Kollektivmitglied Klaus Dernbacher. Dann ein Schock: Als Said Mitte November im Winnender Rathaus seine Duldung verlängern wollte und er nicht die übliche Gebühr von 25 DM bezahlen musste, wurde er stutzig und erfuhr, dass das Ausländeramt ihm bereits im Oktober die Arbeitserlaubnis entzogen hatte. »Wegen fehlender Mitwirkungspflicht bei der Pass-Beschaffung«, erklärt der Leiter des Ordnungsamts, Peter Hamann, die Rechtslage, »Said Muhammed habe sich nicht um einen Pass oder ein Ausreisepapier gekümmert«. Sein Anwalt bestätigt jedoch, dass sein Mandant zweimal vergebens bei der togolesischen Botschaft gewesen sei. Der Ausländerbehörde sind die Papiere jedoch wichtig, denn ohne Papiere ist keine Abschiebung möglich. Dass Said jetzt der Sozialhilfe zur Last fällt, nimmt das Regierungspräsidium Stuttgart vorübergehend gern in Kauf.

Amnesty: »Schwerste Menschenrechtsverstöße«

Amnesty International schreibt im Jahresbericht 2001 über das westafrikanische Land Togo: »Menschenrechtler, führende Gewerkschafter, Studentenaktivisten und unabhängige Journalisten sahen sich erneut willkürlichen Festnahmen, Drangsalierungen und Drohungen seitens der Behörden ausgesetzt. Auch war von neuen Fällen von Misshandlungen und Folterungen in der Haft die Rede«. Unter anderem berichtet Amnesty von neun togoischen Flüchtlingen, die nach ihrer Rückkehr nach Togo in der Haft misshandelt wurden. Einer von ihnen starb.

werden in Folter und in Unterdrückung – aber niemals ohne Pass ... Und dass Said Muhammed einen Pass bekomme, um endlich abgeschoben werden zu können, darin setzen die Behörden ihre ganze Energie. Sie können stolz auf das Ergebnis sein: einen gelernten Bäcker, der jahrelang Rentenbeiträge und Arbeitslosenversicherung zahlte, haben sie arbeitslos) gemacht – und auf der anderen Seite haben sie eine handwerkliche Bäckerei empfindlich geschädigt. Wir haben uns Wirtschaftsförderung immer anders vorgestellt.*

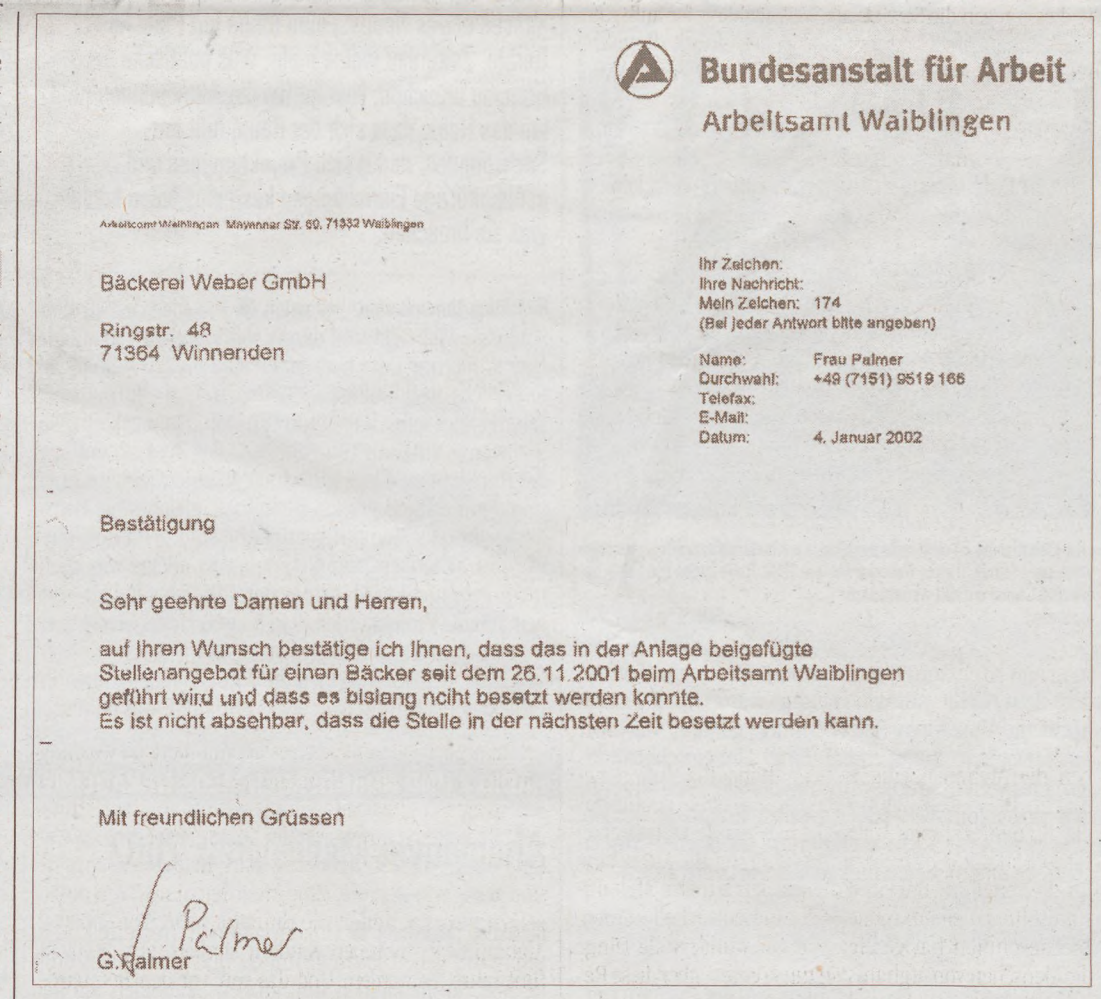
Und natürlich ist es auch nicht so, dass Said Muhammed durch seine Arbeit einem anderen den Arbeitsplatz »wegnähme«. Denn gelernte Bäcker sucht man auf dem Arbeitsmarkt weit vergeblicher als irgendwelche Computerspezialisten. Aber für Bäcker kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo oder aus Bosnien. Said Muhammed nehme keinen Deutschen den Arbeitsplatz weg, ergänzt Andreas Kofler. Er befürchtet: »Auf die Stelle wird sich niemand bewerben...« Seine Befürchtungen scheinen sich zu bewahrheiten, bis zum 30. Januar konnte die Stelle trotz Ausschreibung nicht besetzt werden und das Arbeitsamt Waiblingen bestätigt: »Es ist nicht absehbar, dass die Stelle in der nächsten Zeit besetzt werden kann«.

Said Muhammeds Duldung endete am 28. Januar 2001, dass Kollektiv setzt jetzt auf eine Petition an den Baden-Württembergischen Landtag, die vorläufig die drohende Abschiebung verhindert.●

Kontakt: Kollektiv-Bäckerei Weber GmbH, Klaus Dernbacher, Ringstr. 48, D-71364 Winnenden, Telefon (0 71 95) 6 16 92, Fax 6 53 38

*) Arbeitslos – aber ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld: Denn den hat nur, wer »dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht« – und dafür fehlt ja die Arbeitserlaubnis. Die Behörden haben wirklich an alles gedacht...

Quellen: Rems-Murr-Rundschau Winnenden, 8.12.2001, taz 9.1.2002



Bundesanstalt für Arbeit
Arbeitsamt Waiblingen

Arbeitsamt Waiblingen Maybachstr. 60, 71332 Waiblingen

Bäckerei Weber GmbH

Ringstr. 48
71364 Winnenden

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht:
Mein Zeichen: 174
(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Name: Frau Palmer
Durchwahl: +49 (7151) 9519 166
Telefax:
E-Mail:
Datum: 4. Januar 2002

Bestätigung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Wunsch bestätige ich Ihnen, dass das in der Anlage beigefügte Stellenangebot für einen Bäcker seit dem 26.11.2001 beim Arbeitsamt Waiblingen geführt wird und dass es bislang nciht besetzt werden konnte.
Es ist nicht absehbar, dass die Stelle in der nächsten Zeit besetzt werden kann.

Mit freundlichen Grüssen

G. Palmer

»Jede Abschiebung ist eine menschliche Härte«

Aus der Sicht von Regierungspräsidiums-Sprecher Ralph König hat Said Muhammed nach über acht Jahren Aufenthalt in der rechtlichen Grauzone des Asylrechts seine Karten ausgereizt. Er weiß: »Jede Abschiebung ist eine menschliche Härte«. Aber die Abschiebung könne auch ins Belieben eines (abgelehnten) Asylbewerbers gestellt werden. Mit dem Entzug der Arbeitserlaubnis will die Behörde Druck auf Said ausüben.

400 KundInnen hatten bis Anfang Januar den Protest unterschrieben, der seit Ende November in der Bäckerei ausliegt und als Flugblatt verteilt wurde. *»... Der Entzug der Arbeitserlaubnis hat folgenden Hintergrund: Es ist eine Daumenschraube, ein Druckmittel, um Said Muhammed dahin zu bringen, dass er eine Art Hilfs-Ausweis unterschreibe. Erst dieser Ersatz-Ausweis würde den Behörden die Abschiebung nach Togo ermöglichen. Es ist schwer nachzuvollziehen, aber tatsächlich wahr: Ein Mensch darf aus diesem Land abgeschoben eine Green Card einzuführen, scheint nicht schick zu sein bei »Schröder & Co« ...«*

Ausgerechnet kurz vor Weihnachten verliert die Bäckerei einen wichtigen Beschäftigten, klagte Klaus Dernbacher. Abgesehen von der menschlichen Härte müsse die Bäckerei nun 200 Stunden Arbeitszeit im Monat ersetzen. Einen Bäcker zu finden, sei für keine Bäckerei einfach. Bei der selbstverwalteten Bäckerei Weber, bei der von jedem Mitarbeiter viel Selbstverantwortung gefordert wird, »gestaltet sich die Suche noch mal schwieriger«. Im Stelleninformationsservice des Arbeitsamtes werden derzeit in der näheren Umgebung ein halbes Dutzend Bäcker gesucht. Viele Bäcker melden ihre freien Stellen längst nicht mehr an das Arbeitsamt, weiß Andreas Kofler, Geschäftsführer des Landesinnungsverbandes des württembergischen Bäckerhandwerks. Zum Teil händeringend würden Fachkräfte gesucht. Deshalb haben das Handwerk, aber auch der Bund der Selbstständigen (BdS) die Greencard für Handwerksberufe gefordert. Jede Abschiebung müsse im Einzelfall geprüft werden, forderte BdS-Präsident Rolf Kurz vor einem Jahr bezüglich der Bürger-

Kollektiv-Bäckerei Weber GmbH

Bereits seit 1921 kennt man die Bäckerfamilie Weber in Winnenden. Im Jahr 1983 führte die letzte Weber-Generation, vertreten durch zwei Bäckermeister, den Familienbetrieb. Sie taten sich mit fünf ihrer Freunde zusammen, wandelten die traditionsreiche Familienbäckerei in ein Kollektiv um und verschrieben sich dem biologischen Anbau. Als reiner Bioland-Bäcker hat die Kollektivbäckerei Weber seither ihre feste Klientel und ihren festen Platz im regionalen Markt. Die Gründerväter haben zwar längst ihren Anteil am Kollektiv in andere Hände gelegt, doch die Bäckerei besitzt ein stimmiges Konzept und trotzt über fast 20 Jahre erfolgreich allen Wechselfällen. Das gesamte Team besteht derzeit aus 13 Personen, sieben von ihnen arbeiten in der Backstube.

Aus: Allgemeine Bäckerzeitung, Dezember 2001

AG SPAK-TAGUNG

Zivilgesellschaft, Neue soziale Bewegungen und Organisationsformen

Vom 26.-28. April 2002 organisiert die AG SPAK im Eulenspiegel in Wasserburg am Bodensee ein »SPAK-Kontakt« als Wochenendseminar:

Bisherige Planung:
Beginn Freitagabend und Samstag morgen: mit Vorstellungsrunde und Berichte aus den Sozialpolitischen Bereichen u.a. Heinrich Haußmann – Tauschringe, Dieter Koschek – Existenzgeld, Jürgen Maier – Soziale Stadt, Waldemar Schindowski – Nachhaltiges Wirtschaften , ...

Samstagmittag: Vorträge und Impulsreferate:
Waldemar Schindowski: Rhizom-Netzwerke,
Dieter Koschek: Das Resonanzprinzip in der Politischen Arbeit,
N.N.: Politiknetzwerke

Samstagabend Öffentlicher Vortrag:
Gisela Notz: Selbsthilfe ist weiblich – Selbsthilfe von Frauen und Männern in einer Zivilgesellschaft

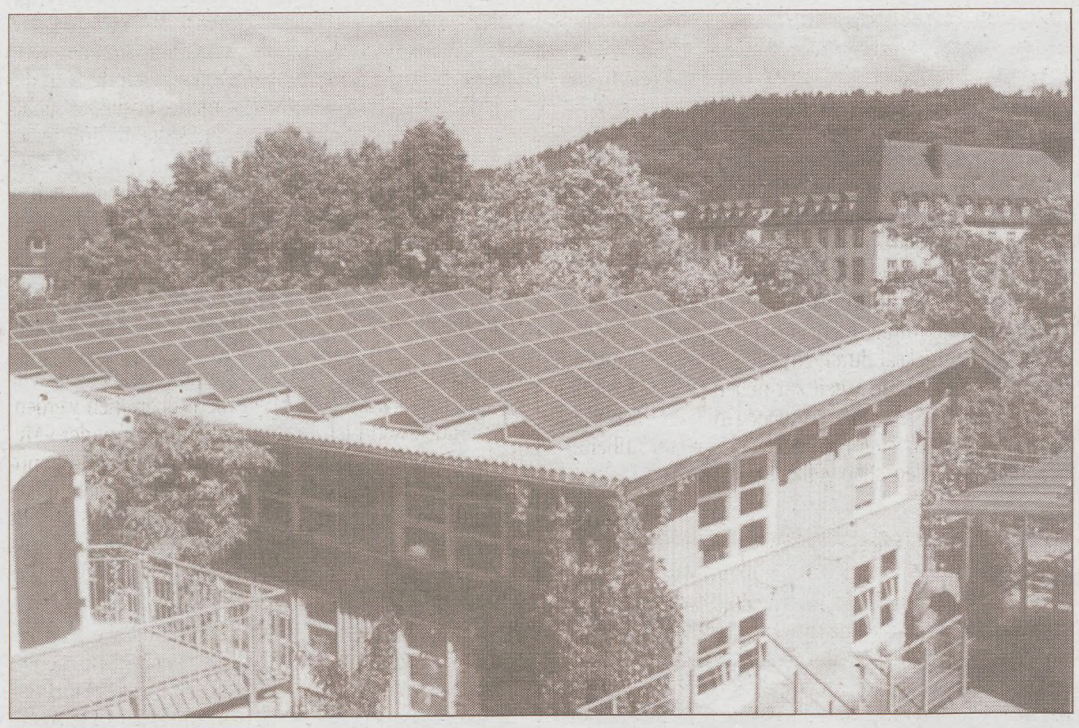
Sonntag: Entscheidungskollektiv oder/und Mitgliederversammlung der Sozialpolitischen Gesellschaft
Und die TeilnehmerInnen und Referentinnen sind eingeladen weitere Tage am lieblichen Bodensee zu verbringen (1.Mai).
Wir können auch die eine oder andere Exkursion veranstalten.
Teilnehmerbeitrag: 80 DM, Vollverpflegung pro Tag 50 DM, Übernachtung: Im Holzhaus mit Schlafsack 15 DM, oder Zimmer/Ferienwohnung in der Nachbarschaft (zwischen 30 und 60 DM pro Person), pro Nacht. Bitte bei Anmeldung angeben, das organisieren wir für Euch. Fahrkostenerstattung gibt es keine!

Information und Anmeldung:
AG SPAK, Dieter Koschek, Dorfstr. 25
D-88142 Wasserburg
fon/fax (0 83 82) 8 90 56
E-Mail: agspak@t-online.de

WIE ÖKOLOGIE UND KULTUR-SPONSORING ZUSAMMEN KOMMEN

Lieferantenwechsel in Freiburg

Leicht angenagt vom Zahn der Zeit, aber immer noch leuchtend gelb-rot begrüßen sie die Besucher der »Fabrik«: Die beiden großen »Atomkraft Nein Danke!« Aufkleber, die in den Fenstern des Hausbüros hängen.



Das Hinterhaus der Freiburger Fabrik

Martin Wiedemann (LAKS BaWü) ● Auch wenn die großen Anti-AKW-Demonstrationen vorbei sind, auch wenn die Bundesregierung den sogenannten »Ausstieg«, na ja, vorbereitet hat, sind die Atomkraftwerke ja noch nicht abgeschaltet, die Gefahren und Risiken immer noch die selben wie damals, als wir die Aufkleber in die Fenster gehängt haben. Der Widerstand gegen die »friedliche« Nutzung der Atomenergie hat viele Facetten: ein Weg zur Abschaltung kann die verstärkte Förderung der Energiegewinnung aus regenerativen Energien sein.

Nach dem Bau des ersten Freiburger Blockheizkraftwerks im Jahr 1987 – inzwischen durch zwei neue Klein-BHKWs ersetzt, welche gut 60.000 kWh im Jahr produzieren – hat die »Fabrik« Ende September die neue Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Hinterhauses in Betrieb genommen: 112 Solarmodule mit einer Gesamtleistung von 17,5 kW werden jährlich rund 16.000 kWh »saubere« Strom erzeugen – das entspricht dem Bedarf von 6-7 Kleinfamilienhaushalten.

Die 200.000 DM Erstellungskosten wurden größtenteils finanziert über die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Privatdarlehen für das Solardach suchen wir natürlich immer... Darüber hinaus wurde auf der Mitgliederversammlung im Juli diesen Jahres beschlossen, den Stromlieferanten zu wechseln. Die Freiburger FEW, unser bisheriger Stromlieferant, hat sich mit fünf weiteren Stadtwerken zur »badenova« zusammengeschlossen. In diesem Verbund werden 49% der Kapitalanteile von der ThüGa gehalten, welche wiederum mit dem Stromriesen e-on und dadurch letztendlich mit der Atomindustrie verflochten ist. Die Atomindustrie leistet sich inzwischen verstärkt Unternehmen, die den Verkauf von Strom aus regenerativen Energien betreiben, letztendlich aber als Feigenblatt dienen – der Gewinn dieser Unternehmen landet dann doch in den Taschen der AKW-Betreiber. Die »Fabrik« will ihre Macht als Verbraucher nutzen und aus diesem Geldkreislauf aussteigen. Deshalb wechseln wir zum 1. Januar 2002 von »badenova« zu den Elektrizitätswerken Schönau. Die EWS garantieren ihren Kunden, dass ihr Strom nur von Lieferanten kommt, die kapitalmäßig nicht mit der Atomindustrie verbunden sind.

Die EWS sind entstanden aus einer Bürgerinitiative, den »Schönauer Stromrebellen«, die dafür gekämpft haben, dass das Stromnetz in die Hände der Kommune gelangt und bieten jetzt konsequenterweise auch selber »sauberen« Strom an.

Und das »Vorderhaus« – Kultur in der »Fabrik« hat mit den EWS einen neuen Partner für die nächsten beiden Jahre gefunden. Unabhängig von den Modalitäten des Strombezugs werden die EWS das (Kultur)Programm mit einer größeren Summe unterstützen. Nun gibt es bei den Schönauern im Gegensatz zu vielen anderen Unternehmen keinen speziellen Marketing- oder Sponsoringtopf. Aber so, wie wir überzeugt sind vom Konzept der Elektrizitätswerke Schönau, so sind diese vom Konzept der Fabrik und des Vorderhauses angetan. Deshalb haben sie ein Netzwerk von Firmen und Einzelpersonen organisiert, die alle etwas beisteuern zu dem Betrag, der uns dann zur Verfügung gestellt wird. So haben sich eigentlich zwei Netzwerke gefunden, die sich gegenseitig unterstützen und fördern wollen. Eine Partnerschaft mit Zukunft! Und eine mit einer klaren gesellschaftlichen und politischen Aussage. Soziokultur eben.

Der Wechsel des Stromlieferanten ist unspektakulär im Vergleich zu manch anderer Protestform. Aber er ist auf die Dauer und hoffentlich auf die Masse gesehen äußerst wirkungsvoll. Und er bedarf lediglich einer Unterschrift...

Das illustriert auch die private Seite: die Mehrkosten für einen Vier-Personen-Haushalt, der bisher Strom für 825 DM verbraucht hat, liegen unter 10 DM. Da stellt sich keine Frage mehr, da heißt es einfach wechseln.

Aus: LAKS-Info 37, Dez 2001

Kontakt:
Elektrizitätswerke Schönau GmbH, Neustadtstr. 1 + 8, D-79677 Schönau/Schwarzwald, Tel: (0 76 73) 88 85-0, Fax: 88 85-19, Internet: www.ews.schoenau.de

WOHNRÄUME GESICHERT – ABER:

Frauenprojekt Beginenhof pleite

Drei große gelbe Häuserblocks um einen Innenhof angeordnet, fünf Minuten vom Werdersee entfernt. Das ist der Beginenhof Bremen. Das Besondere an dieser Anlage? Die Wohnungen sind nur für Frauen. Und das Problem? Das Projekt ist pleite. Was ist passiert?

Svenja Nierentz, Redaktion Bremen-Umland ● Die Idee der Beginen stammt aus dem Mittelalter. Damals schlossen sich Frauen aus wirtschaftlichen oder religiösen Gründen zu Gemeinschaften zusammen. Beginenhöfe waren kleine in sich abgeschlossene Städte. Solidarisches Miteinander war wichtig. Auch für die heutigen Beginenhöfe trifft dieses zu. »Die Kleinigkeiten sind wichtig. Dass man zusammen einkaufen geht, gemeinsam kocht und sich unterstützt,« so Dagmar Sommerfeld, Bewohnerin des Beginenhofes Bremen. Wohnen und Arbeiten war die Idee. Oben in den Blocks sind Wohnungen und im Erdgeschoss Geschäftsräume, alles für Frauen versteht sich. »Frauen werden in unserer Gesellschaft häufig nur als Mutter gesehen und nicht als Frauen, die einen Beruf haben und unter anderem auch Kinder,« so Sommerfeld.

Im April 2000 wurde der Beginenhof in der Bremer Neustadt fertiggestellt. Um einen Teil des Projektes zu finanzieren, haben die Beginen eine Baugenossenschaft gegründet, an der alle Bewohnerinnen Anteile halten. Ein weiterer Teil sollte über öffentliche Gelder zum Beispiel EU-Gelder zur Förderung von Frauen und Arbeit, finanziert werden. Der Rest lief als Hypothek über die Sparkasse Bremen. Doch die öffentlichen Gelder sind nicht geflossen. »Der Fehler des Vorstandes war, dass wir im Februar keinen Baustopp vorgenommen haben. Wir haben uns auf eine mündliche Zusage verlassen, dass die Gelder ausgeschüttet werden,« so Elke Schmidt-Prestin vom Vorstand der Baugenossenschaft.

Ein Mann an der Spitze

Den Beginen wurde jetzt ein Mann als Insolvenzverwalter vorgesetzt. Verärgert? »Nein, das Wirtschaftsleben besteht nun mal aus Männern und Frauen,« so Elke Schmidt-Prestin. Sie ist zusammen mit Dr. Erika Riemer-Noltenius im Vorstand der Baugenossenschaft. Auch Dagmar Sommerfeld ist der Meinung, »Männer – Frauen, ist nicht das Hauptthema. Wir haben sehr viele positive Rückmeldungen für unser Projekt von Männern bekommen, zum Beispiel von der Polizei und der Post.« Auch dem Vorstand wird von Seiten der Bewohnerinnen in der Öffentlichkeit kein Vorwurf gemacht. Ihnen geht es jetzt vielmehr darum, mit der neuen Situation umzugehen. »Viele Frauen haben unvorbereitet viel Geld verloren,« so Sommerfeld. Als erstes haben sich die Bewohnerinnen daher, unabhängig vom Beginenhof e.V. und der Baugenossenschaft zu einer Interessenvertretung zusammengefunden: dem Hofrat. Aus den Häusern wurden fünf Frauen für neun Monate zu Sprecherinnen gewählt, darunter auch Dagmar Sommerfeld. Eine Gemeinschaftswohnung für Veranstaltungen und Angebote der Bewohnerinnen muss zum Beispiel jetzt selbst finanziert werden. Aber es geht vor allem auch darum, als Bewohnerinnen etwas zu unternehmen und gemeinsam aufzutreten.

»Die Kleinstfamilie ist nicht mehr tragfähig – wir brauchen vernünftige Alternativen,« sagte Frau Dr. Riemer-Noltenius im April 1999. Heute ist das Bauprojekt Beginenhof Genossenschaft wirtschaftlich gescheitert Foto: Angelika Jenkner

Wie geht es weiter?

Innerhalb von zwei bis drei Jahren wird der Insolvenzverwalter versuchen, Gewinne zu erwirtschaften. »Uns wurde gesagt, dass das Modell geschützt werden soll, aber die Wirtschaftlichkeit geht vor,« so Sommerfeld. Die Wohnungen sind also nach wie vor nur für Frauen vorgesehen. Aber die Geschäftsräume im Erdgeschoss nicht. Wäre die Anlage sofort versteigert worden, hätten die Mieterinnen ihr Mietrecht verloren. »Es ist schade, dass solche außergewöhnlichen Projekte in Deutschland so wenig gefördert werden,« so Dagmar Sommerfeld. Sie bereut es jedoch nicht in den Beginenhof gezogen zu sein. »Das Zusammenleben und die Hilfe untereinander ist was besonderes.«●

Gespendet werden kann an den Hofrat unter dem Stichwort Gemeinschaftswohnung Nr. 32 oder Öffentlichkeitsarbeit, Postbank Hamburg, Kontonummer 101 771 204, BLZ 200 100 20, Dagmar Sommerfeld und andere oder direkt an Bremer Beginenhof Modell Verein Stichwort: »Rettung Beginenhof«, Kontonummer 112 48 25, BLZ 290 501 01, Sparkasse Bremen.
Infos gibt es unter dagmarSo@web.de
info@beginenhof.de oder www.beginenhof.de

SACHSPENDEN FÜR POLITISCHE GRUPPEN GESUCHT

Politischer »Geschenkemarkt« startet!

Seit Weihnachten gibt es in der Projektwerkstatt in Saasen etwas Neues: Einen Raum mit Platz für Geräte, Zelte und vieles mehr, was politische Gruppen brauchen. Nun hoffen die AktivistInnen rund um das Haus, dass sich der Raum füllt mit Sachspenden, damit sich Projektgruppen und gemeinnützige Einrichtungen kostenlos holen können, was sie brauchen.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Die Idee des »Laden-Schluss«: Viel Geld und damit Abhängigkeit von staatlicher Förderung oder Lohnarbeit sind oft nur deshalb erforderlich, weil politische Gruppen und AktivistInnen ständig alles selbst haben müssen – und neu gekauft! Gemeinsame Nutzung von Räumen, das Zusammenfügen der Buchbestände von Einzelnen zu einer gemeinsamen und dann schnell großen Bibliothek, gleiches bei Heimwerkzeug oder Computerperipherie sind genauso »out« wie das Schenken und Nehmen von allem, was nicht mehr gebraucht wird. Um letzteres in Schwung zu bringen, hat die Projektwerkstatt in Saasen (Kreis Giessen) einen Geschenkemarkt eingerichtet.

»LadenSchluss« nennen die dortigen AkteurInnen ihr Projekt doppelsinnig. Wer etwas übrig hat, was politische Gruppen noch nutzen können, kann es dem »Laden-Schluss« vermachen. Und wer etwas sucht, kann anrufen oder vorbeikommen – und sich einfach nehmen, was passt. Das Projekt ist recht neu – und die ProjektwerkstättlerInnen hoffen auf viele Spenden von Einzelpersonen, die z.B. alte Rechner, Computerbauteile, Drucker, Bildschirme, Telefone, Funkgeräte, Ferngläser, Zelte, Megafone, Solarbauteile, Kletterausrüstungen, Werkzeug, Kopierer oder vieles andere stiften, damit es von politischen Gruppen, gemeinnützigen Einrichtungen abgeholt werden kann. Ziel ist ein bunter Austauschplatz ohne Preise und Kontrolle. »Geben statt Nehmen« heißt die Devise.

Der neue Raum passt perfekt in die Ideen der Projektwerkstatt. In den Häusern sind offene Räume mit guter Arbeitsausstattung, Archiven und Seminarräumen entstanden, die von allen Gruppen frei genutzt werden können. »Hier gibt es kein Eigentumsrecht – alles gehört allen, die hier sind. Wer etwas bisher Eigenes hinzufügt, macht aus Privateigentum ein kollektives Gut. Ein Stück Zukunftsvision!«, heißt es aus der Projektwerkstatt.

Wer etwas beisteuern oder die Projektwerkstatt für eigene Ideen und Projekte nutzen will, findet alle Informationen im Internet unter www.projektwerkstatt.de/saasen oder www.projektwerkstatt.de/ladenschluss. Telefonischer Kontakt ist unter (0 64 01) 90 32 83 möglich.●

RADIO Z UND NÜRNBERGER MEDIENAKADEMIE:

Alternativer Medienpreis 2002

Redaktion Heidelberg ● Unkonventionell, frech und meist unbezahlt gehen JournalistInnen und AutorInnen online und on air kleinen und großen Skandalen auf den Grund, recherchieren, schreiben und veröffentlichen, was nicht in Formate zu pressen ist: In Publizistik- und Kommunikationswirtschaft spricht man von »unterbliebenen Informationen«, in der Literaturwissenschaft von »grauer Literatur«.

Der **Alternative Medienpreis** ist ihnen gewidmet: den Online-Angeboten und den nichtkommerziellen Radiosendern, und deshalb zweigeteilt. Der Nürnberger Radio-Sender Radio Z, seit 1987 auf Sendung, und die Nürnberger Medienakademie e.V. als bundesweiter Bildungsträger im Medienbereich haben 1999 gemeinsam mit vielen Unterstützern und Sponsoren den **Alternativen Medienpreis** für Beiträge in alternativen Medien aller Sparten ins Leben gerufen. Der Preis wird jährlich für Beiträge aus verschiedenen Mediensparten vergeben. Den Auftakt bildete im Jahr 2000 der Hörfunk. 2001 kam erstmals das Internet hinzu. Bewerbungsschluss ist für dieses Jahr der **28. Februar 2002.**

Die Preisverleihung findet am **26. April 2002** im Rahmen der Fachtagung »Politik ins Radio: Nichtkommerzielle Sender im Internet-Zeitalter« und der »CL-Frühjahrstagung« in der Nürnberger Tafelhalle statt.

Die Internetangebote müssen unter Angabe der Web-Adresse mit einer Beschreibung (mindestens ein DIN A4-Blatt mit Namen und Anschrift eines Vertretungsberechtigten) eingesandt werden. Die Radiobeiträge müssen in der Zeit vom 1. Februar 2001 bis 28. Februar 2002 gesendet worden sein. Sie sollten eine Länge von 15 Minuten nicht überschreiten. Ganze Sendungen können als Zusammenschnitt eingereicht werden (CD, MD oder Kassette).

Bis spätestens 28. Februar (Poststempel) sind die Beiträge bzw. Beschreibungen einzusenden an: Radio Z, Alternativer Medienpreis, Kopernikusplatz 12, D-90459 Nürnberg.

Teilnehmen können alle, die journalistisch tätig sind in
- nichtkommerziellen Medien
- Medien, die sich aus den neuen sozialen Bewegungen entwickelt haben
- und die mit ihrer Arbeit einen emanzipatorischen Beitrag leisten.

Eingereicht werden können Beiträge in allen Stilformen, Formaten und aus allen Themenbereichen. Unterschiedliche technische und finanzielle Produktionsbedingungen werden bei der Beurteilung berücksichtigt!

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Arbeit hoch ?

... Auch die Erfindung der Dampfmaschine oder die kommerzielle Verwertung der Elektrizität waren technologische Wendepunkte, die jeweils gewaltige Produktivitätsfortschritte ausgelöst haben. Seitdem sich der Mensch Maschinen bedient, massiv beschleunigt aber seit der Durchsetzung des Kapitalismus, nimmt der Anteil lebendiger Arbeit in den Produkten menschlichen Tuns permanent ab. Die mikroelektronische Revolution stellt in diesem Prozess bloß den vorläufigen Höhepunkt dar. Das Problem, das derzeit alle politischen Kräfte auf den Plan ruft und nach einer Lösung schreit, liegt meines Erachtens – darauf werde ich noch zu sprechen kommen – tatsächlich auch gar nicht in der Tatsache begründet, dass zur Herstellung des gesellschaftlichen Reichtums immer weniger menschliche Arbeitskraft erforderlich ist. Das Problem ergibt sich einzig daraus, dass jene, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen an der gesellschaftlichen Güter- und Leistungsfülle nicht ausreichend partizipieren können.

Durch die Globalisierung der Wirtschaft, die Liberalisierung der Finanzmärkte und die arbeitsorganisatorischen Möglichkeiten neuer Technologien hat sich das Kräfteverhältnis von »Kapital und Arbeit« in den letzten Jahren massiv zugunsten der Kapitalbesitzer verschoben. Die Folgen sind zum einen ein weltweiter Rückgang des Anteils den die Lohnbezieher vom gesellschaftlichen Reichtum für sich verbuchen können und ein rapides Wenigerwerden des Beitrags, den die Vermögensbesitzer zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben leisten. Und zum anderen ergibt sich aus der Machtverschiebung zwischen Kapital und Arbeit die heute allerorts sichtbare Verschärfung des Kampfes um Arbeitsplätze und die zunehmende Not von Arbeitnehmern, Arbeit auch unter Bedingungen annehmen zu müssen, die weit unter den Standards der letzten Jahre und Jahrzehnte liegen.

Defeniert Arbeit den Menschen?

Eine derartige Spaltung der Gesellschaft setzt allerdings den »bewusstlosen Glauben« der Verlierer in die Prämissen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung voraus. Die Marginalisierungstendenzen müssen als unbeeinflussbare Gesetzmäßigkeiten ins Bewusstsein der Betroffenen treten und nicht als die Auswirkungen eines konkreten und auch veränderbaren politisch-ökonomischen Systems. Die An-den-Rand-gedrängten müssen glauben, dass es eine naturgesetzliche Macht ist, quasi das »Leben« selbst, das sie – als die Wenigerbrauchbaren – bestraft. Insbesondere gehört dazu, dass die Ausgegrenzten Arbeit nicht als etwas betrachten dürfen, dem sie sich nur deshalb unterziehen, um den notwendigen Lebensunterhalt herbeizuschaffen. Arbeit muss in ihrem Bewusstsein »als Wert an sich« erscheinen. Und genau das ist auch der Hintergrund der heutigen Situation: Arbeit – in ihrem an ökonomische Verwertbarkeit geknüpften Verständnis – wird heute von allen politischen und weltanschaulichen Lagern als etwas gesehen das den Menschen definiert. Ohne die Bereitschaft zur Unterordnung unter die ökonomisch verwertbare Arbeit wird dem Menschen sein Menschentum abgesprochen. Von der christlichen Glaubenslehre bis hin zu den sich auf den Marxismus berufenden Ideologien wird heute die Arbeit als Bedingung und Bestimmung der menschlichen Existenz gesehen. Und, als direkte Konsequenz dieser Tatsache, wird nicht ein Dasein auf der Basis ausreichender materieller Versorgung eingefordert, sondern ein – heute immer absurder werdendes – Recht auf Arbeit.

»Lernen statt Arbeiten«

Neben dem von allen Seiten in hilfloser Einigkeit vorgebrachten Ruf nach neuer Arbeit wird übrigens heute zunehmend noch ein weiterer Lösungsansatz propagiert, der da lautet, »Lernen statt Arbeiten«. Allerdings ist auch diese Forderung Element des allgemeinen Arbeitsethos. Denn nicht ein Lernen, das Menschen selbstbewusst und mündig macht und ihnen hilft, gesellschaftliche Zustände zu durchschauen und im Sinne ihrer Interessen mitgestalten zu können, wird damit angesprochen, sondern die bewusstlose Anpassung an die durch den Bedarf der Profitökonomie vorgegebenen Qualifikationserfordernisse. Auch die traditionelle Forderung der Gewerkschaften nach einer Verkürzung der Arbeitszeit wird in diesem Sinn zunehmend zaghafter vorgetragen. Da davon auszugehen ist, dass der Druck auf Arbeitnehmer weiter ansteigen wird, ihre »Employability« zu erhalten – ein »schönes neues Wort« für den Vermarktungszwang dem auch die Ware Arbeitskraft unterliegt –, wird oft gar nicht mehr ein höherer Anteil an frei verfügbarer (Lebens-)Zeit gefordert, sondern bloß eine Arbeitszeitreduktion zum Zwecke der Weiterqualifizierung.

Heinz-Joachim Heydorn hat Bildung als den Prozess charakterisiert, durch den der Mensch sich »als sein eigener Urheber [begreift, und] versteht, dass ihm die Ketten, die das Fleisch aufschneiden, vom Menschen angelegt sind und dass es eine Aussicht gibt, sie zu zerreißen« . Ein solcherart politisch handlungsfähiges Subjekt wird durch ein Lernen, das einzig dem Ziel der Anpassung verpflichtet ist, jedoch sicher nicht gefördert; ein derartiges Lernen ist letztendlich nur ein Beitrag zur Entmündigung. Ein Lernen, das nicht mehr an Bildung ausgerichtet ist, wird genauso zu einer sinnentleerten Tätigkeit wie das Arbeiten, das sich vom Ziel der Bedürfnisbefriedigung entkoppelt hat. Es dient nicht der Entfaltung des »Menschlichen am Menschen«, sondern bloß noch seiner Zurichtung als Arbeitstier.

Bis an die Schwelle zur Neuzeit hatte die Arbeit im Bewusstsein der Menschen den Status einer auferlegten bitteren Notwendigkeit, der sich jeder, der es sich leisten konnte, entzog. Erst danach setzte ein Prozess ein, in dessen Verlauf sie sukzessive ihren Makel als ein von Gott auferlegtes Übel abschüttelte und zur Tugend umgedeutet wurde. Sie erlangte zunehmend den Status der grundlegenden Bestimmungsgröße des Menschen. Indem das Besondere am Menschen immer weniger in seiner unsterblichen Seele und immer mehr in seiner Fähigkeit gesehen wurde, das Schicksal durch Intelligenz und Willenskraft zu bestimmen, wurde Arbeit zur neuen Definitionsgröße des Menschen. Sie wurde zu jener Größe hochstilisiert, die – wie es *Friedrich Engels* später einmal formulierte – den Affen zum Menschen gemacht hat.

»Ideologie der Arbeit«

Diese Entwicklung, die in der frühen Neuzeit ihren Anfang genommen hatte und mit den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts kräftigen Aufwind erhalten hatte, gelangte – unter tatkräftiger Unterstützung der Arbeiterbewegung – um die Wende zum 20. Jahrhunderts zu ihrem Abschluss. Die Arbeiterbewegung war es, die die feudale parasitäre Faulheit endgültig desavouierte und das bürgerliche Leistungsstreben definitiv in den Köpfen der Menschen verankerte. In einer beispiellosen Überhöhung der Ideologie ihrer Unterdrücker, hat sie den geknechteten und unterdrückten Arbeiter zum Heroen der Geschichte und die entfremdete Arbeit zum Hohelied des Industriezeitalters umgedeutet. Die soziale Disziplinierung durch Arbeit – im Kontext profitorientierter Ökonomie! – wurde dergestalt zu etwas hochstilisiert, um das es sich zu kämpfen lohnt. Der letzte Ansatzpunkt für ein Infragestellen der »Ideologie der Arbeit« war damit gebrochen. Arbeit hatte sich losgelöst von der Bindung an Bedürfnisbefriedigung und war zu einem Zweck an sich geworden – die Arbeitsgesellschaft war etabliert.

»Das Recht auf Faulheit«

Recht pointiert hat das *Paul Lafargue* – der ungeliebte Schwiegersohn von *Karl Marx* – schon vor über 100 Jahre in einer kleinen, unscheinbaren Schrift ausgedrückt, deren brisanter Inhalt allerdings bis heute nur geringe Beachtung gefunden hat. Das Buch mit dem Titel »Das Recht auf Faulheit«, das vom Autor ausdrücklich als eine »Widerlegung des Rechtes auf Arbeit von 1848« bezeichnet wird, beginnt mit den Sätzen: »Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht. Statt gegen diese geistige Verirrung anzukämpfen, haben die Priester, die Ökonomen und die Moralisten die Arbeit heiliggesprochen. Blinde, und beschränkte Menschen, haben sie weiser sein wollen als ihr Gott; schwache und unwürdige Geschöpfe, haben sie das, was ihr Gott verflucht hat, wiederum zu Ehren zu bringen gesucht. Ich, der ich weder Christ noch Ökonom, noch Moralist zu sein behaupte, ich appelliere von ihrem Spruch an den ihres Gottes, von den Vorschriften ihrer religiösen, ökonomischen oder freidenkerischen Moral an die schauerlichen Konsequenzen der Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft.«

Spöttisch polemisiert Lafargue in seinem Text gegen die Arbeitsmoral der bürgerlichen Gesellschaft. Bedauernd stellt er fest, dass sich diese zwischenzeitlich auch schon in den Köpfen der Arbeiterschaft eingenistet hat und dafür sorgt, dass die Arbeit von einer bitteren Notwendigkeit zunehmend zu einer Tugend uminterpretiert worden ist. Lafargue kann in der Arbeit – noch dazu in der fremdbestimmten Lohnarbeit – nichts Positives, nichts Heroisches und schon gar nichts Sinnstiftendwürdiges sehen. Sie ist für ihn bloße Notwendigkeit zur Reproduktion der Gattung, dementsprechend geht ihr ja auch – wer es sich leisten kann – aus dem Weg und lässt andere für sich arbeiten!

Mythologisierung der Arbeit

Eine derart kritische Sichtweise der Arbeit ist derzeit weitgehend unbekannt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass – auch wenn ich im Zusammenhang mit der »Mythologisierung« der Arbeit sehr stark das politisch-ökonomische System »Kapitalismus« anspreche – auch in den ehemaligen, sogenannten »realsozialistischen« Gesellschaften die Arbeit eine Idealisierung, weit über jede bedürfnisorientierte Notwendigkeit hinaus, genossen hat. Die Heroisierung von *Alexej Stachanow*, jenes Arbeiters der angeblich eine Rekordleistung im Kohlenbergbau erbracht hat, gibt dafür ein beredtes Beispiel. Es gehört wohl zu den großen Erstaunlichkeiten unseres Jahrhunderts, dass das permanente Hervorkehren der Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen die tiefgreifende ideologische Gemeinsamkeit, die in der Idealisierung der Arbeit liegt, völlig verdeckt hat. Der christliche Beleg für das kapitalistische Arbeitsethos – die strenge Mahnung des Apostel Paulus an die Thessaloniker, dass »wer nicht arbeiten will, auch nicht essen« soll – wurde übrigens fast wörtlich in die Sowjetverfassung von 1937 aufgenommen und gilt deshalb vielfach – wohl in einer unbewusst richtigen Einschätzung der Situation – sogar als ein Ausspruch *Stalins*.

»Jeder Job ist besser als keiner«

Der qualitative Inhalt der Produktion zählt vom Standpunkt der Arbeit heute genauso wenig wie vom Standpunkt des Kapitals. Es geht nur noch um »Arbeitsplätze« und um »Beschäftigung«. Was und wofür und mit welchen Folgen produziert wird, ist dem Verkäufer der Ware Arbeitskraft letzten Endes genauso egal, wie dem Käufer. Der dem ehemaligen Amerikanischen Präsidenten, Bill Clinton zugeschriebene Satz, »Jeder Job ist besser als keiner«, ist zum allgemein anerkannten Glaubensbekenntnis geworden. Dass immer weniger menschliche Arbeit notwendig ist, um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen sicherzustellen, kann nun nicht mehr als gesellschaftlicher Erfolg wahrgenommen werden. Die einzig logische Konsequenz die dieser Entwicklung folgen müsste, die Verringerung der allgemeinen Arbeitszeit – selbstverständlich ohne Kürzung der Einkommen – gilt heute als exotische Forderung die auf nur wenig Akzeptanz stößt. Stattdessen werden von allen Seiten in hilfloser Einigkeit neue Arbeitsplätze gefordert und Lohneinbußen hingenommen, weil »wir in den letzten Jahren ja angeblich über unsere Verhältnisse gelebt haben«. Kaum wird irgendwo thematisiert, dass die durchschnittliche Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde auch derzeit – genauso wie in den letzten Jahrzehnten – massiv ansteigt und der durch Arbeit geschaffene gesellschaftliche Reichtum weiterhin anwächst.

Das vom Arbeitsethos paralysierte Denken verhindert die Forderung nach einer gerechten Aufteilung des Arbeitserfolgs. Offenbar besteht, bevor die unserer Gesellschaft immanente Vergötzung der Arbeit nicht grundsätzlich relativiert wird, überhaupt keine Chance, das Wenigerwerden der Lohnarbeit dafür zu nützen, gesellschaftspolitische Alternativen jenseits von Lohnarbeit und Arbeitsgesellschaft zu entwickeln. Heute klingt schon die Forderung nach einem »Recht auf Arbeit« ketzerisch, an »Wohlversorgtheit für Alle«, oder gar ein »Recht auf Faulheit« – wie es Paul Lafargue gefordert hat – wagt niemand zu denken.

Der Arbeitsgesellschaft geht ihr namensgebendes Gut aus

Uns allen, die wir gelernt haben, uns über Arbeit zu definieren, wird allerdings nichts anderes übrig bleiben als (wieder) zu entdecken, dass der Sinn des Lebens nicht darin liegen kann, sich Arbeitsprozessen unterzuordnen, die nicht an der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern einzig an der Maximierung von Profit ausgerichtet sind. Denn auch wenn Politiker aller Couleurs derzeit regelmäßig Maßnahmen zum Schaffen neuer Lohnarbeitsplätze ankündigen, ist nicht zu erwarten, dass sich der Prozess der anwachsenden Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen sukzessiven Entwertung der Arbeit umkehren wird. Der Arbeitsgesellschaft geht ihr namensgebendes Gut – die Erwerbsarbeit in ihrer klassischen Ausprägungsform – aus; und diese Entwicklung ist endgültig. Denn im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit in früheren Entwicklungsphasen im System kapitalistischer Arbeitskraftverwertung, signalisiert die gegenwärtige Arbeitslosigkeitswelle nicht eine Periode der Umstrukturierung im System, sondern die Krise des Systems selbst. Es handelt sich dabei nämlich nicht – wie meist angenommen wird – bloß um Folgen des technischen Fortschritts oder der ökonomischen Globalisierung.

Denn wenn dies die Ursachen des Wenigerwerdens an Lohnarbeitsplätzen wären, dann wäre das System der kapitalistischen Arbeitskraftverwertung noch lange nicht grundsätzlich in Frage gestellt. So ist – wie schon erwähnt – das permanente Hervorbringen neuer, produktivitätssteigernder Technologien und Arbeitsverfahren nachgerade ein Kennzeichen der kapitalistischen Konkurrenzökonomie. Und auch der mit dem Begriff Computer verbundene, gegenwärtige Produktivitätsfortschritt ist nur ein – wenngleich gewaltig großer – technologischer Entwicklungsschritt, wie es deren schon viele gegeben hat. Hätte sich an den Rahmenbedingungen nichts geändert, würden – so wie bisher – die durch den technischen Fortschritt »freigesetzten« Arbeitskräfte bald schon von Wirtschaftsbereichen aufgesogen werden, die durch das weitere Ankurbeln des Warenumlaufs und das Wecken neuer Konsumwünsche entstehen.

Global agierende Konkurrenzökonomie

Auch die durch die Globalisierung ausgelösten Arbeitsplatzverlagerungs- und Vernichtungseffekte, einschließlich der damit verbundenen sozialen Erosionen bringen die Arbeitsgesellschaft nicht unbedingt zum kippen. Zwar funktioniert es tatsächlich immer weniger, durch eine Unterordnung der Politik unter Wirtschaftswachstumsprämissen den Spielraum für die sozialstaatliche Abfederung gesellschaftlicher Widersprüche zu schaffen. Mit den vorhandenen Instrumenten nationaler Politik kann die global agierende Konkurrenzökonomie in zunehmend geringer werdendem Maß beeinflusst werden. Und es würde wohl Jahrzehnte dauern, bis transnationale politische Instrumentarien erkämpft sind, die es ermöglichen würden, den Kapitalismus auch auf globaler Ebene jenes soziale Erscheinungsbild zu geben, das seinen zuletzt recht guten Ruf begründet hat. Aber prinzipiell kann

Fortsetzung auf Seite 8

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Die Arbeit hoch ?

davon ausgegangen werden, dass es irgendwann auch im transnationalen Rahmen möglich wäre, die Anarchie des (Arbeits-) Marktes politisch zu überformen.

Was aber tatsächlich berechtigt, von einem heraufdämmernden »Ende der Arbeitsgesellschaft« zu reden, ist das zunehmende Erreichen der ökologisch diktierten »Grenzen des Wachstums«. Permanente Ausweitung ist einer der Grundpfeiler der kapitalistischen Ökonomie. Das daraus abgeleitete Generalrezept zur Bekämpfung kapitalistischer Krisen, das Ankurbeln der Wachstums- und Konsumspirale, stößt derzeit allerdings immer deutlicher an seine Grenzen. Zunehmend wird unübersehbar, dass das mit Wachstum untrennbar verbundene Prinzip der hemmungslosen Ausbeutung aller Ressourcen, fortschreitend wachsende Rohstoff- und Energieprobleme sowie ökologische Zerstörungen auf progressiver Stufenleiter nach sich zieht. Damit wird es aber auch immer schwieriger, den – durch die permanente Erhöhung der Produktivität ausgelösten – relativ andauernd sinkenden Arbeitskräftebedarf, durch einen neuen Bedarf an lebendiger Arbeit mittels der fortschreitenden Ausweitung der Produktion und des Angebots an Dienstleistungen zu kompensieren. Gegenwärtig wird es zunehmend schwerer möglich, den Zerstörungsfaktor von Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen, der schlichtweg im Aufbrauchen von Umwelt besteht, auszublenden. Es wird immer offensichtlicher, dass die gewaltigen Produktivitätsgewinne der kapitalistischen Ära durchaus nicht bloß auf einer »unschuldigen« wissenschaftlichen Durchdringung der Arbeitsprozesse beruhen. Sie sind in diesem Ausmaß nur möglich gewesen durch einen anwachsenden Raubbau an den natürlichen Ressourcen und dem Unterlaufen ökologischer Gleichgewichte. Heute beginnen die Kosten des quantitativen Wachstums allerdings zunehmend seinen Nutzen zu schmälern. Mit den Grenzen des Wachstums ist damit aber auch die Grenze der Lohnarbeit schaffenden Potenz des Kapitalismus erreicht.

Der Anfang vom Ende der Arbeit

Worum es heute also geht, ist die Einsicht, dass die allerorts hohen und noch weiter steigenden Arbeitslosenzahlen und der anwachsende Zwang für viele Arbeitnehmer, sogenannte Mc-Jobs anzunehmen, sehr viel mehr bedeutet als eine vorübergehende Krise im System der kapitalistischen Arbeitskraftverwertung. Wir befinden uns am Anfang vom »Ende der Arbeit« und in dieser Situation bringt es herzlich wenig, um neue Arbeitsplätze zu kämpfen.

Notwendig ist die Überwindung des allgemein verinnerlichten Arbeitsethos – der Idealisierung des Arbeitens über jede bedürfnisorientierte Notwendigkeit hinaus. Eingedenk der Marx'schen Erkenntnis, dass das Reich der Freiheit erst jenseits der Arbeitsnotwendigkeiten beginnt, gilt es nicht um neue Arbeitsplätze zu kämpfen sondern um das Herstellen gesellschaftlicher Bedingungen, die allen Menschen maximale kulturelle Teilhabe bei einem Minimum an geforderter Arbeit ermöglichen. Das Ziel kann nicht sein, dass alle Menschen »vollbeschäftigt« sind, sondern, dass sie an der erzeugten Güter- und Leistungsfülle teilhaben und sich beschäftigen können, womit sie sich beschäftigen wollen. Es ist höchste Zeit für die Einsicht, dass der Mensch sich nicht als arbeitender Konsument vom Tier unterscheidet, sondern als denkendes Wesen. Nicht die Arbeit ist es, die den Menschen aus der restlichen Natur heraushebt, sondern die Tatsache, dass er der Arbeit nicht naturwüchsig unterworfen ist. Das Besondere des Menschen besteht auch nicht in den gewaltigen Leistungen, die er arbeitend vollbringt, sondern in seiner prinzipiellen Fähigkeit, sich frei zu entscheiden, ob er arbeiten will oder nicht.

Im Gegensatz zum instinktgesteuerten Tier zwingt den Menschen keine genetische Programmierung zur Arbeit. Und das ist wesentlich mehr, als die bloße gedankliche Vorwegnahme der Produkte, die am Ende von Arbeitsprozessen entstehen sollen, worauf vulgärmarxistische Interpretationen der in diesem Zusammenhang oft zitierten Textstelle aus dem »Kapital« – in der Karl Marx die Tätigkeit der Biene, mit denen eines menschlichen Baumeisters vergleicht – ihr Hauptaugenmerk legen. Das über die Bewusstseinsfähigkeit vermittelte Besondere des Baumeisters gegenüber der Biene, besteht nicht bloß darin, dass dieser – im Gegensatz zur instinktgesteuerten Biene – die Zelle schon in seinem Kopf »gebaut« hat, bevor er sie tatsächlich realisiert, sondern in der Tatsache, dass er frei ist zu entscheiden, ob er das »prinzipiell Machbare« auch tatsächlich in die Welt setzen will. Es ist nicht die »Arbeit an sich«, die den Affen zum Menschen hat werden lassen, sondern die Tatsache, dass es dem Menschen nicht bloß möglich ist, das Produkt seiner Arbeit gedanklich vorzuentwerfen, sondern, dass er die Folgen seines Arbeitens insgesamt abschätzen kann, er somit »Herr« über sein Arbeitsvermögen ist. Arbeit ist einzig und allein dadurch Ausdruck der »Selbsterschaffung des Menschen«, weil er der Arbeit nicht naturwüchsig unterworfen ist und sie auch ungetan lassen kann.

Spielraum für selbstbestimmtes Handeln

Möglichkeit menschlicher Selbstverwirklichung ist einzig selbstbestimmtes Sein und nicht Arbeit, die dem Menschen als auferlegtes, fremdbestimmtes Tun entgegentritt. In diesem Sinn hat Arbeit auch immer nur jene frei gemacht, die durch die Arbeitsverausgabung der Massen den Spielraum für selbstbestimmtes Handeln gewonnen haben, und niemals jene, die arbeiten mussten um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das ist der Grund, warum es heute – in einer Situation, in der, aufgrund technologischer Entwicklungen das gesellschaftlich erforderliche Arbeitsvolumen massiv abnimmt – höchste Zeit ist, die Idealisierung der Arbeit zu hinterfragen. Ziel kann es nicht sein, um neue Lohnarbeitsplätze zu kämpfen, sondern Bedingungen des Lebens einzufordern, die freies, nicht entfremdetes Tun ermöglichen.

Dazu müssen wir allerdings unsere nicht verwertbaren Bedürfnisse wieder zutage befördern, jene menschlichen Sehnsüchte und Wünsche, die sich nicht in Profit umsetzen lassen und die dem gemäß im Kapitalismus einer permanenten Erosion ausgesetzt sind. Die an der Überhöhung der Arbeit gekoppelten Verhaltensweisen und Denkmuster können wohl nur überwunden werden, wenn uns bewusst wird, dass wir – inmitten des gigantischen Angebots an Gütern und Dienstleistungen – Mangel leiden. Wir leiden Mangel an all jenen Aspekten des Lebens, die sich der Verwertung, das heißt der Verwandlung in ein Profit bringendes Warenangebot entziehen. Denn genauso wie es im Kapitalismus nicht darum geht, Arbeitsplätze zu schaffen, ist es auch nicht die Funktion der kapitalistischen Produktion »Lebensbedürfnisse« möglichst effektiv zu befriedigen. Es geht vielmehr darum, die Menschen von ihren Bedürfnissen zu entfremden, ihnen das Bewusstsein über Wege und Formen der Bedürfnisbefriedigung zu rauben und ihnen statt dessen den Fetisch Ware anzubieten, der zwar verspricht, psychisch zu nähren und Befriedigung zu verschaffen, die emotional Hungrigen jedoch immer unbefriedigt zurücklässt. Nur so können die dergestalt permanent Unbefriedigten schließlich zu »dankbaren« Objekten der ungehemmten Ausweitung der Produktion werden. Der Kapitalismus lebt vom permanenten Versprechen der Bedürfnisbefriedigung jedoch nicht von der tatsächlichen Befriedigung der Bedürfnisse. Die Sehnsucht nach Lebendigkeit, nach Liebe und nach Lust bleibt im System der Warenproduktion notwendigerweise unbefriedigt. Dementsprechend weit entfernt vom »Geschmack des Lebens« befinden wir uns heute.

»Müßiggang ist aller Liebe Anfang«

Erst wenn wir uns der Verwertung in Arbeit und Konsum zumindest teilweise entziehen, können wir uns den nicht profitmäßig verwertbaren Wünschen und Bedürfnissen wieder langsam annähern. Unser Ziel muss ein Leben in Muße sein, ein Leben, das uns ermöglicht dem Lebendigen Vorrang gegenüber dem Fetisch Ware einzuräumen und die uns umgebende Welt nicht nur als Ausbeutungsobjekt und die Mitmenschen nicht nur als Konkurrenten und Hindernisse wahrzunehmen. Müßiggang ist nämlich ganz und gar nicht – wie es im bekannten Sprichwort heißt – aller Laster Anfang, sondern – so wie es die Schriftstellerin *Christa Wolf* formuliert hat – aller Liebe Anfang.

Was das alles mit Bildung und Bildungspolitik zu tun hat? Meiner Meinung nach sehr viel. Hinter pädagogischen Bemühungen lassen sich stets »heimliche« Lehrziele ausmachen, die in den offiziellen Lehrplänen nicht aufscheinen und diese sogar häufig konterkarieren. Sie verkörpern sich in den strukturellen Bedingungen und im Selbstverständnis der Bildungseinrichtungen und können – da sie ja tatsächlich manifest vorhanden sind – durchaus als die echten Ziele von Schule, Aus- und Weiterbildung bezeichnet werden. Der Sozialisationsraum der Lernenden wird durch sie abgesteckt und sie bewirken unvergleichlich größere Lerneffekte, als alle vordergründig deklarierten Bildungsziele. Dieses »strukturelle Curriculum« zeigt sich beispielsweise in der Lernorganisation, den Beziehungsformen und den Berechtigungen, die die Bildungsinstitution vergibt, vor allem aber auch im Legitimationsmuster für die »Veranstaltung Lernen«.

Schule als Sozialisationsagentur zur Vermittlung des Arbeitsethos

Spätestens seit Einführung der allgemeinen Schulpflicht ist Schule niemals anderes gewesen, als eine Sozialisationsagentur zur Vermittlung des Arbeitsethos. Seitdem die gesellschaftliche Positionsverteilung vordergründig nicht mehr durch geburtsständische Faktoren determiniert ist, sondern Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit die offiziellen Kriterien der Sozialstruktur darstellen, ist das Bildungswesen Haupttransporteur der Vorstellung vom »Menschen als Arbeitstier«. Und die derzeitige Illusion, der Krise der Arbeitsgesellschaft ließe sich durch ein optimal an die Erwartungen der Wirtschaft angepasstes Humankapital begegnen, lässt das Bildungswesen noch einmal mehr zum Agenten der allgemeinen Arbeitsorientierung werden.

Eine Bildungspolitik, die an einer menschenwürdigen Gesellschaft orientiert ist, müsste zuallererst Abschied von der Vorstellung nehmen, das »Ende der Arbeit« durch marktgerechte Qualifizierungsmaßnahmen verhindern zu können. Durch die Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmern entstehen weder neue Arbeitsplätze, noch wird dadurch das Machtverhältnis von Kapital und Arbeit zugunsten des Faktors Arbeit verschoben. Dies wäre jedoch notwendig, um nicht bloß die vorhandene Arbeit, sondern auch den gesellschaftlichen Reichtum neu zu verteilen. Bildung kann nicht leisten, was Politik versagt! Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und ihre Folgen ist Teil des Kampfes um die Durchsetzung der »Interessen der Arbeit« gegen die »Interessen des Kapitals« und kann sinnvoll nur auf politischer Ebene angegangen werden.

Muße ist die Antithese zum Arbeitszwang

Dazu braucht es allerdings selbstbewusster und mündiger Menschen. Und die wachsen sicher nicht in Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen heran, wo der Begriff »Bildung« bloß die Fassade für ein System abgibt, in dem es um das Zurichten von Humankapital und das Verinnerlichen des Arbeitszwangs geht. Zwar lebt in der Bezeichnung »Schule« noch das griechische »scholé« fort, das Wort für Muße – für den Ort, der von jeder Verzweckung freigehalten ist -; die ursprüngliche Begriffsbedeutung ist allerdings zwischenzeitlich nahezu vollständig in ihr Gegenteil verkehrt. Muße ist die Antithese zum Arbeitszwang; während Arbeit das Kürzel für fremdbestimmtes Tun darstellt, zielt Muße auf selbstbestimmtes Leben. Eine Schule, die eine derartige Mußeorientierung auch nur in Ansätzen ernst nimmt, dürfte sich nicht als Ausbildungsstätte begreifen, wo Heranwachsende im Sinne wirtschaftlicher Vorgaben zurechtgerichtet werden, sondern als gesellschaftlicher Bereich, wo es um die Entwicklung des humanen Potentials von Menschen geht, um Kultivierung, die Entfaltung der Fähigkeit also, das Leben an Prinzipien ausrichten zu können, die der »Rationalität des Nutzens« übergeordnet sind.

Das in der heutigen Situation von Schulen und Bildungspolitik zu fordern, wäre allerdings mehr als bloß naiv. Bildung und Bildungspolitik ist im Kapitalismus untrennbar an das Arbeitethos gekoppelt. Die »Befreiung des Menschen durch Bildung« war immer bloß ideologischer Überbau für eine schulische Realität, die niemals anderes war, als das Domestizieren des prinzipiell freien Wesens Mensch zum brauchbaren Arbeitstier. Nach der Bildungspolitik für eine menschenwürdige Gesellschaft zu suchen, bedeutet das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen. Eine menschenwürdige Gesellschaft wird nicht durch die Schule begründet, sondern durch jene, die den Mut haben, über die Arbeitsideologie, die ihnen in der Schule eingebläut worden ist, hinauszudenken. Erst eine Gesellschaft, die das Recht auf Wohlversorgtheit über die Pflicht zur Arbeit stellt, wird in der Lage sein, der Bildung jenen Stellenwert zu geben, den sie als Idee immer schon hatte – die Förderung der Humanisierung des Menschen. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DEBATTE

Arbeit – Selbstintegration – Kontrolle

Am Anfang der Zivilisation – in Europa mit den Griechen beginnend – wurde Arbeit verpönt. Arbeit schloss den Menschen aus der Gesellschaft aus; es standen andere Tätigkeiten im Vordergrund, um seinem Leben einen Sinn zu geben: Tätigkeiten wie politisches Handeln, künstlerisches Schaffen oder handwerkliches Tun, die darauf abzielten sinnvolle Objekte zu schaffen.
In der ersten Moderne wurde dieses Prinzip verdrängt; der aufkommende Kapitalismus förderte die Arbeit zum Hauptmerkmal der sozialen Identität der Gesellschaft.

von Stefan Killian (*Das-denkende-Kollektiv) ● Warum wurde ausgerechnet die Arbeit das kausale Prinzip der ersten Moderne? Ein Grund war mit Sicherheit der, dass die Armen eine materielle Sicherheit bekamen; dieser eher sekundäre Grund wird uns heute noch von den Machthabern als kausal vorgegaukelt. Der Primärgrund war und ist heute noch ein anderer: Die Herrschenden wollten die Masse kontrollieren; sie wollten der Gefährdung der bestehenden Gesellschaft durch nicht Integrierbare entgegenwirken.

Wenn man einem Menschen einen alltäglichen Sinn in seinem Leben gibt – das hier die Arbeit ist – wird er zufrieden und lässt sich nicht so leicht von Anderen aufwiegeln. Kurz: Er wird kontrollierbar. Eben diese permanente Beschäftigung und die Möglichkeit, sich gegen Hunger und Armut absichern zu können, macht den Menschen gefügig. Dieses Phänomen machte sich auch Hitler mit seinen Dauerbeschäftigungen (von HJ bis zur Arbeitsfront, ewige Feste und Paraden) zu Nutze; dem Menschen wird keine Zeit für Überlegungen gewährt.

Heutzutage wird uns das Streben nach Arbeit ab der ersten Sozialisationsphase stetig indoktriniert. Bis auf ein paar Wenige – die von uns dafür verachtet und als Schmarotzer beschimpft werden – ist der Wunsch eine Tätigkeit am Arbeitsmarkt aufzunehmen enorm. Dieser Wunsch ist allgegenwärtig und nichts weiter als eine raffinierte Form der Selbstanpassung an die gesellschaftliche Herrschaftsstruktur; der Bürger integriert sich selbst in das Netz der Ausbeutung und Kontrolle.

Fazit: Der Kern der Arbeitsgesellschaft ist der Kontrollgedanke und die selbständige Anpassung des Individuums an die Gesellschaft.

Der einzige Makel der heutigen Arbeitsgesellschaft ist, dass ihr durch Rationalisierung und der damit verbundenen fehlenden Vollbeschäftigung, die Arbeit ausgeht und die auf diesem Prinzip der Vollbeschäftigung basierenden Systeme zusammenbrechen.

Das bedeutet: es muss zu einer Besinnung kommen, weg von Arbeit und hin zu alternativen Tätigkeiten. Daher ist auch der neu aufflammende, marxistische Ruf nach »Recht auf Arbeit« falsch, denn dieser basiert auf reiner Ausbeutung durch das System und nicht auf der puren Nutzlosigkeit des Arbeiters.

Ein Nicht-gebraucht-werden des Arbeiters ist durch die Massenarbeitslosigkeit allgegenwärtig. Seit 150 Jahren werden wir vom Fortschritt regelrecht überrollt. Die Produktivität – angefangen bei Ford's erstem Fließband – wächst schneller als die Wirtschaft. Dadurch wird Arbeit überflüssig.

Beispiel: Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg von 1960 bis 1995 um 175%. Gleichzeitig sank das Arbeitsvolumen um 20%. (statistisches Bundesamt)

Dabei rationalisiert die Wirtschaft noch mit angehaltenen Zügeln (wenn sich das Geldvolumen auf ein paar wenige Reiche verteilt nützt das wenig, denn die können nicht unendlich viel konsumieren – also braucht man Arbeitssklaven die ihr selbst Produziertes auch gleich wieder konsumieren, um wieder mehr zu produzieren usw.). Der Fortschritt hat sich um ein Vielfaches beschleunigt. Und zudem hält die Politik durch eine Unzahl Beamter und Subventionen (Kohlepfennig) künstlich Arbeitsplätze am Leben. ●

* www.das-denkende-kollektiv.de

RECHT AUF FAULHEIT?

Die Arbeit hoch ?

Die Pflicht zur Arbeit

Guido Westerwelle ist hocherfreut, denn ausgerechnet ein Sozialdemokrat spricht ihm aus der Seele. Es gebe kein »Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft«, tönte Bundeskanzler Gerhard Schröder in der vergangenen Woche. Die Arbeitsämter sollten daher ihre Sanktionsmöglichkeiten stärker nutzen. Früher wären solche Äußerungen von der SPD als turbokapitalistisches Teufelszeug abgetan worden, meint der FDP-Generalsekretär.

Von Dirk Hauer (Regenbogenfraktion Hamburg) ● Doch nach den düsteren Konjunkturprognosen für dieses Jahr und den schlechten Daten vom Arbeitsmarkt sieht sich Schröder unter Handlungszwang. Fast vier Millionen sind trotz der günstigen Jahreszeit ohne Job. Um die Zahl der Erwerbslosen dennoch zu senken, will der Bundeskanzler jetzt schärfer gegen »Arbeitsunwillige« vorgehen.

Ludwig Georg Braun, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, nutzte die Gunst der Stunde, um noch über Schröders Vorlage hinauszugehen. »Im Interesse des Wettbewerbs und der Arbeitslosen« hält er es für angebracht, die Lohnkosten »beim derzeitigen Stand einzufrieren«. Schröder hat mittlerweile schon signalisiert, dass er angesichts der schlechten Konjunkturaussichten eine Nullrunde nicht für ausgeschlossen hält. Sein Wille zum härteren Vorgehen gegen Erwerbslose rief zwar Kritik hervor, und selbst die Arbeitsämter betonten, dass die bisherigen Maßnahmen ausreichend seien. Doch geht es nicht nur um Sanktionen, sondern um eine Neuregelung des Zugangs zum Arbeitsmarkt.

Tatsächlich plant die Bundesregierung schon für diesen Sommer eine Änderung des Sozialgesetzbuches III (SGB III), um so genannte intelligente Systeme der Arbeitsvermittlung einzuführen. Sie folgt damit Modellen der Arbeitsmarktpolitik, die in Großbritannien und Dänemark schon seit einiger Zeit praktiziert werden. Welfare to Work, New Deal oder Aktivlinie heißen dort die Programme, die Erwerbslose mit Angeboten konfrontieren, die sie nicht ablehnen können.

Im Laufe eines Jahres will nun auch die Bundesregierung vor allem Langzeiterwerbslosen »maßgeschneiderte Maßnahmen« für den beruflichen Wiedereinstieg anbieten, also Arbeit, berufliche Ausbildung oder Qualifizierung. Jugendliche sollen schon innerhalb eines halben Jahres in den Genuss solcher Angebote kommen. Für die anschließend vereinbarten konkreten Maßnahmen ist ein individueller Eingliederungsvertrag vorgesehen, und wie bei jedem ordentlichen Vertrag gehört hier zur Leistung des Arbeitsamtes auch die Gegenleistung. Sie heißt: Arbeitspflicht. Vertragsverstöße oder die Ablehnung der jeweils vorgeschlagenen Maßnahmen werden mit rigorosen Leistungskürzungen und Sperrzeiten bestraft.

Angesichts der Lage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt ist kaum zu erwarten, dass die Arbeitsämter sinnvolle oder gar befriedigende tariflich bezahlte Dauerjobs anzubieten haben. Die neue Perspektive der Arbeitsvermittlung gleicht hier vielmehr der alten. Sie setzt auf befristete und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor oder zweifelhafte Qualifizierungsmaßnahmen wie das allseits beliebte Bewerbungstraining. Und wie bisher wird mit Sperrzeiten und Kürzungen bestraft, wer sich diesen Maßnahmen des Arbeitsamtes verweigert. An dem verbindlichen Eingliederungsplan scheint nur neu zu sein, dass er innerhalb der genannten Zeiträume jedem und jeder Erwerbslosen angeboten werden muss. Bei allein 1,4 Millionen Dauerarbeitslosen im letzten Jahr ist außerdem zu bezweifeln, dass die Arbeitsämter den Plan mit ihren bisherigen Kapazitäten überhaupt erfüllen können.

Zwei Aspekte der Gesetzesnovelle verweisen jedoch auf eine Neuregelung des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Erstens will das Bundesarbeitsministerium mit der Änderung des SGB III die so genannte Jobrotation möglich machen. Arbeitgeber erhalten Zuschüsse, wenn sie Arbeitsplätze, die wegen Schwangerschaftsurlaubs oder Fortbildung vorübergehend frei werden, mit Erwerbslosen besetzen. In Dänemark, dem Vorbild für diese Art der Arbeitsbeschaffung, hat die Post ganze Belegschaftsteile zur Fortbildung geschickt und sich diese indirekt von der Arbeitsverwaltung bezahlen lassen. Hinterher wurde kaum einer der Springer vom Amt übernommen. Darüber hinaus hat Gerd Andres, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, bei seiner Vorstellung der Regierungspläne von der Einführung spezieller Lohnsubventionen für Dauererwerbslose gesprochen. Alle Indizien weisen darauf hin, dass damit die Einführung des so genannten Kombilohns gemeint ist: Erwerbslosen sollen Billiglohnjobs schmackhaft gemacht werden, indem man entweder den Zuverdienstanteil zum Arbeitslosengeld bzw. zur Arbeitslosenhilfe erhöht oder den niedrigen Lohn zusätzlich subventioniert, etwa über die Sozialversicherungsbeiträge. Ursprünglich eine Idee der Arbeitgeberverbände, werden Kombilohn-Varianten inzwischen auch von der SPD und den Grünen akzeptiert. Langzeiterwerbslosen bescheren diese Konzepte die schlechtesten Jobs im Niedriglohnsektor, und die Arbeitsämter vermitteln den Einstieg.

Das Entscheidende bei allen Kombilohn-Varianten ist ihre langfristige Wirkung. Der damalige BDA-Präsident Dieter Hundt hat den Kombilohn 1997 als trojanisches Pferd bezeichnet: Wegen des zwingenden Lohnabstandsgebotes in der Sozialhilfe bedeuten staatlich subventionierte Billiglohnjobs automatisch eine Absenkung der Sozialhilferegelsätze. Nach Hundts Auffassung streben die Arbeitgeber Kombi- und andere Niedriglöhne an, die 20 bis 30 Prozent unter den bisherigen Tariflöhnen liegen. Auch Kombilohn und Jobrotation sind im Rahmen der geplanten Gesetzesänderung verbindlich. Dem Rechtsanspruch auf Eingliederungsangebote stehen eben auch neue Pflichten gegenüber, das sei »nur recht und billig«, kommentiert das Handelsblatt. Staatssekretär Andres spricht von einem »neuen Verhältnis zwischen Sozialpflichten und Sozialrechten« und bringt so den Leitgedanken des »aktivierenden« Sozialstaats der Neuen Mitte auf den Punkt: keine sozialen Rechte und Ansprüche mehr ohne Pflichten, ohne Gegenleistung.

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums sind die Pläne der Bundesregierung im Bündnis für Arbeit abgesprochen worden. Kein Wunder also, dass Andres' Rede von den Sozialpflichten offiziell nicht auf Kritik stößt. Ursula Engelen-Kefer, die stellvertretende DGB-Vorsitzende, hat gegen den Gesetzentwurf lediglich einzuwenden, dass er unpraktikabel und unnötig sei, da der Sanktionsapparat der Arbeitsämter bereits ausreiche. Was in der neuen autoritären Pflichtenethik zu verschwinden droht, sind die Reste einer Idee von unbedingten sozialen Grundrechten, von einem Existenzrecht als Menschenrecht, einem Recht auf menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, das man sich nicht erst erarbeiten oder verdienen muss. Man kann es auch »Recht auf Faulheit« nennen.●

Kontakt:
Anders Arbeiten, c/o Netzwerk Berlin, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin, Tel. (0 30) 691 30 72
E-Mail: andersarbeiten@t-online.de
www.contraste.org/anders-arbeiten.htm

DEBATTE

»Arbeit ist scheiße !«

Den Spott und das Unverständnis des Bürgertums erntete die APPD (Anarchistische Pogo-Partei Deutschland) seiner Zeit, als sie mit dem provokativen Spruch »Arbeit ist scheiße !« in den Wahlkampf zogen. Freilich glaubte kaum jemand an einen Erfolg einer Partei, die nach eigener Beschreibung das politische Sprachrohr der »Sozialschmarotzer« sein will. Damals schon war die Gründung dieser Partei von vielen Beteiligten wohl eher als eine Art Protest gegen das System gemeint, wobei der Slogan »Arbeit ist scheiße !« noch zu ungeahnter Wahrheit kommen wird.

Von Holger Witzenleiter (*Das-denkende Kollektiv) ● Unser Kanzler bat darum, man solle seine Leistung an der Zahl der Arbeitslosen im Land messen. Eine mutige, wenn nicht sogar eine wirklich dumme Aussage, in einer Zeit, in der die Werte und Normen der vergangenen Generationen bröckeln, wie alte Bauwerke es nicht in Jahrhunderten tun. Unser gesamtes System ist auf die Erwerbstätigkeit ausgerichtet. Beinahe alle wichtigen Sozialleistungen existieren nur in Verbindung mit Beitragszahlung, die in unserem Staat über das Arbeitsverhältnis geregelt wird.

Bei steigender Rationalität fragen wir uns daher, ob das Ideal einer Vollbeschäftigung überhaupt haltbar ist ? Abgesehen davon, dass es rein wirtschaftlich gar nicht erwünscht wäre, ist Vollbeschäftigung doch eigentlich nur im Sozialismus oder im Kommunismus möglich. Den heutigen StudentInnen, wird bereits in der ersten Volkswirtschaftsstunde erklärt, dass es sich bei der Vollbeschäftigung wohl eher um eine Art unerreichbares Ideal handelt.

Betrachten wir die seit Jahren bei vier Millionen stagnierende Zahl von MitbürgerInnen in Deutschland ohne Arbeit, in Verbindung mit der zurückgehenden Anzahl von potentiellen ArbeitnehmerInnen, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass die Arbeit schlicht und ergreifend einfach weniger wird. Wir müssen die Arbeit deshalb nicht mit den Augen der APPD sehen, sollten jedoch anfangen, uns Gedanken zu machen, auf was unsere Gesellschaft aufgebaut werden kann, wenn es nicht mehr notwendig ist, dass jeder in unserer Gesellschaft einer beruflichen Vollzeittätigkeit nachgeht.

Wir stehen hier an einem Scheideweg der gesellschaftlichen Entwicklung. Ein möglicher Weg führt zum Wohlfahrtsstaat. Trotz der anhaltenden neoliberalen Tendenzen unserer Gesellschaft, möchte ich auf diese Möglichkeit eingehen.

Aus Fragen der Finanzierbarkeit des Sozialstaates heraus entstand die Diskussion um ein Konzept, welches mal als Negativsteuer, dann als Bürgergeld und anschließend als Dividendenkapitalismus geführt wird. Die Idee ist es, Leistungen wie das Arbeitslosengeld, die Sozialhilfe und die Rente zusammenzufassen, um dadurch Kosten zu sparen, und um eine gerechtere Verteilung der Sozialleistungen des Staates zu erreichen. Das Konzept wird in allen Parteien diskutiert, wobei je nach politischer Richtung unterschiedliche Ansätze bestehen.

Dieses Bürgergeld, die Negativsteuer oder auch der Dividendenkapitalismus bringen uns dem, was ich hier Wohlfahrtsstaat nenne, ein großes Stück näher. Die Sozialleistungen sollen zusammengefasst werden. Gleichzeitig soll die gesellschaftliche Ausrichtung an der Arbeit als wichtigste soziale Identifikation des Menschen aufgehoben werden.

Die Legitimität der staatlichen Unterstützung könnte, nachdem jedeR dieses Bürgergeld erhalten soll, nicht mehr angegriffen werden. Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, alleinerziehende Mütter, Kranke und Behinderte könnten ihre Leistungen beziehen, ohne sich hierfür ständig gesellschaftlich rechtfertigen zu müssen. Wer nicht arbeiten will, kann folglich seine Zeit für die Familie, seine Bildung oder soziale Betätigungen verwenden.

Natürlich fragen sich nun konservative, wie auch kritische Geister, ob soviel Wohlstand einem Volk überhaupt gewährt werden kann und darf. Das Argument, dass der Sozialstaat ja bereits rundherum ausgenutzt wird, fällt in der liberaleren Ecke. Nicht nur, weil die Liberalen ihre persönliche Freiheit gefährdet sehen, sondern auch, weil die Freiheit arm zu sein auf dem Spiel steht. Woher sonst, außer aus existenzieller Not, sollte demnach die Motivation kommen, um zu arbeiten und die Motivation, dem Leben einen Sinn zu geben. Tätigkeiten wie politisches Handeln, künstlerisches Schaffen oder soziales Engagement – diese Leistungen, so der neue Denkansatz, könnten vom Menschen erbracht werden, wenn man ihm seine Freiheit – zu arbeiten oder nicht – wieder zurückgibt. Bildung könnte neu definiert werden und künftig als gesellschaftlicher Wertzuwachs gesehen werden. Das soziale Engagement könnte durch ein Bürgergeld gefördert werden.

Wenn man den Menschen eine überdurchschnittlich gute Bildung gibt, sie im Erwachsenenalter immer wieder weiterbildet und ihnen zugleich die Angst nimmt, arbeiten zu müssen um existieren zu können bzw. gesellschaftlich anerkannt zu sein, dann würde das ein enormes kreatives Potential zur Folge haben. Man stelle sich 80 Millionen Deutsche vor, die alle denken oder es zumindest versuchen; manche arbeiten noch, doch viele sind Bildhauer, Maler, Dichter, Erfinder, Philosophen oder alles zusammen. Dieser Wegfall von »arbeiten müssen« wäre ähnlich wie der Wegfall von »gottgläubig sein müssen« im 14 Jhd. als die Italienische Renaissance entstand.●

* www.das-denkende-Kollektiv.de

Der Dividendenkapitalismus
=...ist der Vorschlag einer Alternative zum herrschenden Lohnkapitalismus. Hier soll eine zu weite Spanne zwischen Arm und Reich vermieden werden. Die Menschen könnten ohne Zwang zum Wirtschaften existieren, JedeR BürgerIn erhält einen gleichen Anteil am erwirtschafteten Bruttosozialprodukt als Leistung des Staates.

Das Bürgergeld
=...ist eine staatliche Förderung, die jedeR BürgerIn, zugute kommen soll. Ganz egal wer, ob gerade erst geboren, in Schule, Arbeit oder in Rente, hätte Anspruch auf einen bestimmten Betrag, der vom Staat zum Überleben gewährt wird.

Die Negativsteuer
=...beschreibt den Vorschlag, das Bürgergeld über das Finanzamt auszuzahlen. Die Negativsteuer soll dem Lohnsteuer-, oder dem Einkommenssteuerjahresausgleich aufgerechnet werden.

Offener Brief an das Arbeitsministerium

Vorschlag für ein Kombilohnmodell

Offener Brief an H. Riester

Liebes Arbeitsministerium,
sehr geehrter Herr Riester,

ich entnahm den täglichen Nachrichten, dass Sie derzeit an einem Vorschlag für ein Kombilohnmodell arbeiten. Hierzu nun mein Beitrag:

Ich denke, ein sehr großzügiges Modell würde unserer Gesellschaft helfen. Das wäre ein entschlossener Schritt in Richtung eines Wohlfahrtsstaates, der auch europäisch und international in der Sozialpolitik neue Maßstäbe setzen könnte. Einen Artikel von einem Studien-Kollegen und mir, aus der letzten Studentenzeitschrift FRIZ in Regensburg, habe ich Ihnen als Anlage beigelegt. Ich hoffe Ihrer Arbeit am Kombilohnmodell damit zu helfen. Nicht zuletzt würde Ihrer Partei ein zukunftsträchtiges Kombilohnmodell bei der nächsten Wahl helfen.

Wenn viele soziale Leistungen zu einer einzigen zusammengefasst werden, dann muss die Leistung Kombilohn auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gestellt werden. Die verschiedenen Aspekte und Funktionen der verschiedenen Sozialmodelle müssen einzeln überdacht werden.

Ich denke hierbei an die gesellschaftliche Stellung von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen. Sie genießen allgemein einen schlechten Ruf, weil Sie nicht arbei-

Fortsetzung auf Seite 10

GENAU HINSEHEN LOHNT SICH:

Unter dem Deckmantel der Globalisierungskritik versteckt sich die Kapitalismusmodernisierung!

»In der Verdener Zentrale erzählt einer der führenden Leute, im Grunde wüssten sie auch bei ATTAC, dass es zur Marktwirtschaft keine Alternative gebe. Sie müsse nur so reguliert werden, dass sie gerechtere Ergebnisse produziere. Das ist ziemlich weit weg von den antikapitalistischen Parolen auf den Demos – und deshalb sagt es niemand allzu laut, um das brüchige Netzwerk nicht zu gefährden.«

Jörg Bergstedt, Red. Umweltschutz von unten ● Das steht in der ersten Ausgabe des Stern im Jahr 2002 über die FunktionärInnen von *ATTAC*. Was wie eine Enthüllung formuliert wird, ist in Wirklichkeit ziemlich offensichtlich – ob in den politischen Kämpfen zur Globalisierung oder in der Friedensbewegung: Den Kern bilden immer Kader und Funktionärsklüngel, deren Ziele keineswegs der meist nur phrasenhaft vorgetragenen Radikalität etlicher BasisakteurInnen entsprechen, sondern die eine Modernisierung der bestehenden Verhältnisse sowie eigene Karriere und Geldquellen für ihre Organisationen anstreben. Das wird auch sichtbar – aber es guckt niemand genau hin, denn ein harmonisches »Wir packen zusammen was an« behindert die Fragestellung, was denn da überhaupt angepackt werden soll.

Bei *ATTAC*, dem bisher erfolgreichsten Versuch des massenpsychologischen »Wir packen gemeinsam an – egal was« (z.B. als Phrase »Eine andere Welt ist möglich!« – aber welche? Und: Ist die dann auch gewollt?) zeigt sich das vielfach. Wieder der Stern: »Gewerkschaftsmann Andreas Staets, der sich bei *ATTAC* mit der Privatisierung der Bildung beschäftigt, hofft allenfalls auf einen Langzeiteffekt der Bewegung. Sie soll das Bewusstsein verändern, Sensibilität wecken und so für eine neue Managergeneration sorgen: »Das Potential liegt auch darin, dass die jungen Leute irgendwann Karriere machen.« ... Warten wir also auf die jungen Attac-Mitglieder in den Chefetagen der Deutschen Bank oder vielleicht die Führungskader aus Verden als neue Bundeswirtschaftsminister?

Doch *ATTAC* ist nicht allein mit dieser prokapitalistischen Sicht. »Den Kapitalismus pauschal zu verteufeln, ist fraglos Unsinn«, stand im Juli 2001 auf Seite 46 in *Natur&Kosmos*. »In einem in obigem Sinne reformierten System, das die richtigen Marktanreize setzt, könnten die dem Kapitalismus innewohnenden innovativen Kräfte positiv genutzt werden«, prophezeite Thilo Bode, damals Geschäftsführer von *Greenpeace International* in einem Thesenpapier zum 7. Jahreskolloqium der Alfred Herrhausen Gesellschaft am 2./3.7.1999 in Berlin; Quelle: www.deutschebank.de/AHG.

Und die härtesten Verfechter des totalen Kapitalismus kommen auch aus der Öko-Ecke: Michael Miersch und Dirk Maxeiner, ersterer Umweltredakteur des Hessischen Rundfunks, letzterer lange Zeit Chefredakteur von *natur*. Heute schreiben beide viele Bücher, Ökokolumnen in allen Zeitungen von links bis rechts, der konservativen »Die Welt« bis zum Playboy. »Die Voraussetzungen für effizienten und langfristigen Umweltschutz sind Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum. Dies zeigt sich nicht nur in den alten kapitalistischen Ländern, sondern auch in den schnell aufholenden Schwellenländern. Beispielsweise schreitet in Schwellenländern die »Effizienzrevolution« (d.h. die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch) viel schneller voran als in Europa oder Nordamerika. ... Die Globalisierung. Sie verhilft armen Menschen zu mehr Wohlstand«, formulierte Michael Miersch in einem Streitgespräch in *»Ö-Punkte«*, Winter 2001/02, S. 12.

Prokapitalistisch ist selbst das, was als ideologische Grundlage der Globalisierungskritik dient. Ein Beispiel mag das Buch »Schwarzbuch Markenfirmen« sein, das zur Zeit überall gelobt bis gefeiert wird. Wer hat eigentlich das Buch gelesen – oder geht im »Wir packens gemeinsam an – egal was?« unter, was tatsächlich geschrieben steht? Neben dem populistischen Draufhauen auf besonders böse Details von Konzernen wird der Kapitalismus insgesamt doch positiv gesehen: »Arm und Reich ... Nicht nur Wirtschaftsvertreter argumentieren, dass gerade dieses Ungleichgewicht eine Dynamik erzeugt, in der Investitionen von reichen Ländern in die ärmeren Länder fließen und dort langfristig Wohlstand erzeugen werden. Und damit haben sie im Prinzip Recht. Zumindest wenn man davon ausgeht, dass nicht alle Einwohner ärmerer Länder von der Subsistenzwirtschaft, also von der Hand in den Mund leben wollen. »Es gibt nur eines, das schlimmer ist, als von den Multis überrollt zu werden: nicht von den Multis überrollt zu werden«, schreibt Ulrich Beck.« (S. 30)

Unter diesen Vorzeichen betrachtet verwundert immer weniger, dass Globalisierungskritik so schnell integrierbar war in einen modernen Staat, dessen Herrschaftslogik immer seltener der Polizeiprügel ist und immer häufiger das Integrieren, besser noch zu bezeichnen als »Assimilieren« (vergleiche die Borg in der Star Trek-Serie, durchaus nützlich zum Verständnis des Erfolgs von ATTAC & Co.), denn es werden nicht nur abweichende Meinungen integriert, sondern auch verdreht, entfremdet, neu definiert. Wer das versteht, wundert sich auch nicht mehr, dass Naomi Klein's Werk »No Logo!« zum einen gefeiert wird von Gruppen wie *ATTAC* oder *Linksruck*, die auf Demonstration vor allem ihr Logo als politische Aussage dabei haben, und zum anderen ein Kapitel enthält, wie böse der Bertelsmann Verlag ist, aber genau in diesem Verlag erscheint (wenn auch getarnt).

Für eine klare Kritik der Verhältnisse und eine praktische Politik in diesem Sinne ist ein anderer Stil nötig. Einer, der auf klare Positionen setzt, der in den Aktionen diese Positionen auch vermittelt, der Freiräume erkämpft von diesen Verhältnissen und Visionen gegen das scheinbare Naturgesetz »Marktwirtschaft« stellt! Nötig ist dazu auch eine neue Form der Organisierung – selbstbestimmt, unabhängig, von unten. Wie kann es sein, dass Tausende Menschen daran glauben, dass eine Organisation geeignet ist, z.B. EU-Politik zu kritisieren, die einen großen Teil der Zeit darein investiert, umfangreiche Finanzanträge gerade an die EU zu stellen. Genauso aber geschieht es zur Zeit bei *ATTAC* – und nicht nur dort. Bis hin zu sich radikaler äußernden Gruppen wie dem BUKO reicht diese Strategie, die eigene Existenz und die Geldbeschaffung allem anderen überzuordnen. Bei den sonstigen, bekannten NGOs, z.B. den Umweltverbänden usw., ist es ohnehin schon lange so. Die kapitalistischen und Herrschaftsverhältnisse zu überwinden, wird nur dann mal genannt, wenn auch damit mal wieder Kasse oder Karriere zu machen ist (z.B. radikalere Gruppen als Mitglieder zu gewinnen – denn auf deren üblichen Aktionsstil »Im Trüben fischen« ist Verlass, immer mehr landen bei ATTAC!).●

REZENSION: EINE KRITISCHE ANALYSE VON SYSTEMALTERNATIVEN

Die nachhaltige Gesellschaft

In seinem neuen Buch stellt Saral Sarkar alles in Frage, was wir bisher über »nachhaltige Entwicklung« gelesen haben. Für Sarkar ist die Idee eines ökologisch verträglicheren Kapitalismus reine Illussion, weil der Kapitalismus seinem Wesen nach unnachhaltig ist und nicht »ökologisiert« werden kann.

Nachhaltigkeit allerorten: Nachhaltigkeit in jeder Umweltdebatte, Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen (zumindest von der EU so beschlossen), kaum mehr Umweltbücher, dafür jede Menge Bücher über Nachhaltigkeit. Leider weisen die meisten dieser Bücher der Nachhaltigkeit den Weg Richtung Beliebigkeit. Und doch: ab und an erscheinen Bücher, von denen Wirkung ausgeht. Der erste Bericht der Meadows an den Club of Rome war ein solches, die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertal-Institutes, die hierzulande die Nachhaltigkeitsdebatte erst richtig eingeläutet hat, ein anderes. Das vorliegende Buch von Saral Sarkar ist ein weiterer solcher Glücksfall, quasi eine GPS-fähige Boje im Meer der nichtssagenden Publikationen.

Um es vorweg zu nehmen: es handelt sich um kein Fachbuch, der Autor selbst bezeichnet es als politischen Essay (S. 20), es ist ein betont und bekennend ideologisches Buch – das mindert nicht den Wert der Argumente und Analysen, es dient lediglich der Einordnung des Gelesenen. Sehr ungewöhnlich – und sehr zu begrüßen, weil für die Lektüre nutzbringend – ist, dass der Autor bereits im ersten Kapitel seine Position zu grundlegenden Fragen und Problemen darlegt. Er bedient sich damit der Verschleierungsmöglichkeit im Rest seiner Arbeit.

Viele Veröffentlichungen gehen der Frage nach, wie Gesellschaften sich verändern müssen, um nachhaltig(er) zu werden – Sarkar dreht das Argument um und widmet sich der Frage, welcher gesellschaftlichen Voraussetzungen es bedarf, um Nachhaltigkeit zu verwirklichen. In den ersten Kapiteln untersucht er den vormals real existierenden Sozialismus, insbesondere am Beispiel der UdSSR sowie das nunmehr allein vorherrschende kapitalistische Wirtschaftsmodell in seinen Facetten auf die prinzipielle »Nachhaltigkeitspotenz«: Beiden Gesellschaftsformen wird eine Absage in dieser Hinsicht erteilt. Sehr bedenkenswert ist etwa der Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang des Scheiterns des »Sozialismus« (Sarkar schreibt den real existent gewesenen Sozialismus konsequent in Anführungszeichen) mit dem Allmendekonflikt (S. 136).

Kapitel vier widmet sich der Frage der natürlichen Ressourcenbasis einer Wirtschaft. Hier sind sehr interessante Überlegungen formuliert, die insbesondere den unkritischen Adepten der Solarenergie als Denkanstoß über die prinzipielle Machbarkeit ihrer Visionen ans Herz gelegt seien. Wesentlich positiver als die Nutzung der Solarenergie wird vom Autor die Nutzung von Biomasse beurteilt, auch wenn er keinen Zweifel offen lässt, dass das vorherrschende Verbrauchsniveau nicht einmal annähernd von dieser bedient werden könnte. Die folgenden Betrachtungen über den üblicherweise praktizierten »technologischen Umweltschutz« gehören zum Scharfsinnigsten, was dazu in letzter Zeit zu lesen war. Sarkars Schlussfolgerung: »So mögen die reichen Länder heute weniger Umweltprobleme haben als 1976; doch global betrachtet kann der technologische Umweltschutz nicht als Erfolg gewertet werden (S. 188)«, ist so wahr wie traurig.

Mit einer (pessimistischen) Abschätzung zur Frage »Wie akut ist die Krise – wie viel Spielraum haben wir noch« beendet derAutor diesen Abschnitt, nicht ohne den AutorInnen »ökologischer Bestseller« noch Mahnendes ins Stammbuch zu schreiben: »ÖkologInnen hören auf, ÖkologInnen zu sein, wenn sie anfangen, wie BerufspolitikerInnen zu denken und zu reden« (S. 217).

Als Messlatten für eine nachhaltige Gesellschaft werden sechs konkrete Einzelziele formuliert, an denen verschiedene Gesellschaftssysteme auf ihre Nachhaltigkeit gemessen werden können. Als drittes dieser Ziele wird formuliert, dass »alle arbeitsfähigen Menschen sinnvolle Arbeit finden müssen« (S. 222).

Die Alternative »Öko-Sozialismus« wird als Synthese von Ökologie und Sozialismus entwickelt: »Es sind nicht nur Ideale, die uns zwingen, eine Synthese von Sozialismus und Radikalökologie zu schaffen, sondern auch eine konkrete, logische Notwendigkeit, nämlich die, dass ohne Planung ein geordneter Rückzug vom heutigen Wahnsinn überhaupt nicht möglich sein wird« (S. 321). Wohltuend ist, dass kein fertiges Zukunftsmodell dargeboten wird, sondern das Hauptaugenmerk der Phase des notwendigen Überganges gilt. Vieles am Modell des Öko-Sozialismus ist hinterfragenswert – manches löst auch unangenehme Assoziationen aus. Etwa: »Arbeitsintensive Technologien sind auch sozial heilsam«, (S. 339). So diskussionsbedürftig Einiges scheint, und bei allen Bedenken, wieweit eine solcherart reglementierte Gesellschaft noch Lebensqualität bieten kann, muss doch konstatiert werden, dass hier ein ausformulierter Entwurf einer wirklich nachhaltigen Gesellschaft vorliegt.

Im abschließenden siebenten Kapitel geht Sarkar auf einige noch nicht beleuchtete Fragen, wie das Verhältnis des Öko-Sozialismus zu Fortschritt oder die »Eine-Welt-Problematik« ein. Hier werden einmal mehr sehr interessante Argumentationsketten (die aber durchaus hinterfragbar sind) geschmiedet. Es bestätigt sich der Gesamteindruck, den das Buch hinterlässt: sehr intelligent, sehr interessant, sehr bedenkenswert, aber auch kritisierbar.●

G. S.

Aus: Pro Zukunft – Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Nr. 4/2001

Sarkar, Saral: Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse von Systemalternativen. Berlin: Rotpunkt-Verl., 2001. 240 S., 20 EUR / sFr 38,–

FORTSETZUNG VON SEITE 9

ten würden, oder »faul« seien. Das muss beim gesellschaftlichen Bild eines Kombilohnmodells von vorn herein verhindert werden. Selbst unser Kanzler verfiel schon dieser Rhetorik, zu der man sich in der Öffentlichkeit nicht hinreißen lassen sollte. Auch deshalb sollte man nicht gegen Arbeitslosigkeit wettern, weil statistisch nur sehr Wenige als Langzeitarbeitslose gelten. Übergangsphasen zu Rente, zu Weiterbildung, gelten oftmals nicht als Arbeitslosigkeit. Innovativ sein, nicht blinde Rhetorik ist gefragt, und ganz bestimmt nicht der Kampf gegen die Windmühlen der Arbeitslosigkeit.

Um in der von der Globalisierung geängstigten Gesellschaft ein Zeichen zu setzen, müsste eines klargestellt und deutlich gemacht werden: Es ist nicht schlecht, sondern nützlich für die Gesellschaft, wenn BürgerInnen auch mal nicht arbeiten, z.B. um sich fortzubilden (Bsp. bisherige Fortbildungskurse von Arbeitsämtern, Volkshochschulen ...), sich die Zeit nehmen ihren Kindern eine gute Erziehung zu gewährleisten (Bsp.: alleinerziehende Mütter), oder auch nur um zu Reisen und sich so privat zu bilden, um in einer stark veränderten Welt nicht den Boden zu verlieren. Die Vollbeschäftigung ist eine Illusion, ein Ideal einer weniger rationalisierten Gesellschaft. Schon zwanzig Prozent der ArbeitnehmerInnen werden für den Arbeitsprozess reichen, wenn der Liberalisierungs- und Globalisierungsprozess zu Ende ist, entnahm ich kürzlich der *taz*.

Mein Vorschlag ist es nun, den Bezug eines Kombilohnes an ein soziales, gesellschaftliches Engagement zu binden. Alle BürgerInnen sollten die Möglichkeit zum Bezug des Kombilohnes haben. Allerdings sollte der Bezug für ein frei gewähltes soziales Engagement legitimiert werden. So könnte erreicht werden, dass es sich um einen richtigen gesellschaftlichen Vertrag handelt, bei dem alle Seiten auch eine Leistung erbringen, der eine ähnlich breite Akzeptanz erreichen könnte, wie seiner Zeit der Generationsvertrag bei der Rente.

Ich finde es wichtig, den Charakter einer Sozialleistung zu erhalten. Wir können dem Missbrauch des Kombilohnes vorbeugen. Nicht jeder, der bereits sehr gut verdient, und viele Stunden täglich arbeitet, braucht die Sozialleistung, und hat die Zeit, über seinen Beruf hinaus einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

Für den Kombilohn müsste eine Liste erarbeitet werden. Die sozialen Beiträge oder Engagements der einzelner BürgerInnen müssten definiert und bewertet werden. Mutter sein ist z. B. ein sehr wichtiger Beitrag am Fortbestand unserer Gesellschaft, Menschen im Altersheim zu besuchen und mit ihnen Zeitung zu lesen, kann genauso ein Beitrag sein, wie an sozialen Projekten zu arbeiten, die Drogensüchtigen oder Obdachlosen hilft. Auch die Verschönerung des Stadtbilds durch das anlegen von Blumenbeeten könnte ein solches Engagement sein, – sofern dieses Engagement nur freiwillig und selbsterwählt ist. Wie die Leistung angerechnet wird, ist Definitionssache.

Mit dem Kombilohn könnte ehrenamtliches Engagement und auch der soziale Beitrag von engagierten Individuen endlich angemessen neu bewertet werden. Gerade die offizielle Anerkennung durch den Kombilohn zu einem absoluten Gewinn für ALLE machen.

Liebe Leute,

ein beherztes, großzügiges Kombilohnmodell wäre ein entscheidener Schritt in die Zukunft. Ein Beitrag zur Aussöhnung unserer nationalen Gesellschaft, – und vielleicht später auch der weltweiten Gesellschaft (z.B. die Globalisierung eines weiteren Menschenrechts, die Gewährleistung von Wasserversorgung, Nahrung und die grundlegende medizinische Fürsorge und der Anspruch auf Bildung für JedeN).

Lieber Herr Riester,

ein solcher Schritt muss dem Erbe der Bismarck'schen Sozialgesetze würdig sein. Zeigen Sie, dass Sie mit zwei Bällen jonglieren können, in der einen Hand die Liberalisierung der Altersfürsorge, in der anderen ein zukunftsträchtiges Konzept für einen Wohlfahrtsstaat, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Die neoliberale Globalisierung schafft Klarheit, das soziale Aufblühen sorgt für die nötige Begeisterung über das Spiel der beiden Jonglierbälle. Das könnte der europäische soziale Weg, eine Antwort auf die multikulturelle amerikanische Gesellschaft sein.

Nicht zu unterschätzen sind die Nebeneffekte auf andere Prozesse, wie z. B. die AGENDA 21, oder das KYOTO-Protokoll. Oder stellen Sie sich die Rechte Szene vor. Menschen, die plötzlich zu unserer Gesellschaft beitragen können, genauso wie es unsere ausländischen, oder anders farbigen MitbürgerInnen auch tun. Dieses Kombilohnmodell schwächt die Kritik an der Gesellschaft, weil ja jedeR mitarbeiten, mitgestalten, und mithelfen kann, ...– und das auch noch zum Wohle aller.

Bitte, bitte setzen Sie ein deutliches Zeichen. Ich hoffe Ihnen deutlich ausgeführt zu haben, was für eine Möglichkeit Sie in Händen halten. Diesen Stein ins Rollen zu bringen, ist von enormer sozialer Bedeutung. Wie in der Renaissance in der Wissenschaft mit dem Wegfall vom »nicht Glauben müssen« krasse gesellschaftliche Umwälzungen zur Folge hatte, könnte das »nicht arbeiten müssen, – (sondern ein soziales Wesen sein !)« in unserer Zeit den Weg für eine gerechtere, globale Gesellschaft ebnen.●

In Hoffnung auf Ihre Entschlossenheit,
Holger Witzenleiter

HAUSBESETZUNG IN BERLIN FÜR EIN SOZIALES ZENTRUM

Nehmen wir uns die Neue Mitte

Am 15. Dezember letzten Jahres besetzten einige Menschen ein seit 1998 leerstehendes Haus der neuen Großgewerkschaft Verdi am Michaelkirchplatz in Berlin-Mitte. Sie, und viele andere, die sich vor dem Haus versammelten, fordern Raum für ein Soziales Zentrum.

Foto: Umbruch-Bildarchiv Berlin

Elisabeth Voß, Red. Selbstorgan. Lebensgemeinschaften ● Das Transparent mit dieser Forderung wurde sehr schnell vom Dach des Verdi-Hauses entfernt, die AktivistInnen verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Den ihnen ursprünglich vorgeworfenen Landfriedensbruch musste die Staatsanwaltschaft fallen lassen, ein Strafantrag wegen Hausfriedensbruch wurde bisher von Verdi nicht gestellt.

Mit der Forderung, das Verdi-Haus für ein Soziales Zentrum zu wollen, verbindet sich Kritik am Umgang dieser reichen Gewerkschaft mit ihrem Geld (z.B. drastische Erhöhung der Vorstandsgehälter, Investitionen in Luxusgebäude), sowie der Anspruch an Verdi, ihre Politik an den Interessen einer breiten Basis auszurichten.

Die Initiative für ein Soziales Zentrum versteht sich bewusst als politisches Projekt in einer gesellschaftlichen Situation des zunehmenden Auseinanderklaffens von Arm und Reich, wo immer weniger Personen immer mehr Vermögen anhäufen, während immer größere Bevölkerungsteile verarmen.

Gerade Berlin wurde von Teilen der wirtschaftlich-politischen Elite besonders dreist ausgeplündert. Die Bevölkerung bezahlt dafür mit massiven Einsparungen für Soziales und Kultur, Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst, umfangreichen Privatisierungen und Ausverkauf der letzten städtischen Besitztümer. In dieser Situation will das Soziale Zentrum auch einen Impuls für eine Gegenwehr von unten setzen.

Es wird spannend sein zu sehen, wie lange die PDS in einer rot-roten Koalition an ihren sozialen Ansprüchen festhält, ob sie ein Soziales Zentrum unterstützt, oder sich gleich zu Beginn ihrer Mit-Regierungsverantwortung in die unsoziale Sachzwang-Logik der Herrschenden einbinden lässt.

Der Ort für das Soziale Zentrum ist bewusst gewählt. Die Umstrukturierung von lebendigen Stadtteilen zu Nobelvierteln, wie sie in Teilen von Kreuzberg und Prenzlauer Berg mehr oder weniger erfolgreich vollzogen wurde, kommt nun auf das Spreeufer in Mitte und Friedrichshain zu. Nach den Szene-Clubs kommen die Investoren, städtebauliche Gutachten suggerieren - trotz der Einbrüche am Neuen Markt - einen Bedarf an Medienpalästen. Aber die Branchen scheinen beliebig, Hauptsache es wird investiert. Mit der Kommerzialisierung werden kleine Betriebe, Projekte und Menschen, die sich die Mieten in solchen Gegenden nicht mehr leisten können, verdrängt. In dieser Neuen Mitte soll das Soziale Zentrum als Gegenentwurf aufgebaut werden.

Dabei orientiert sich die Idee eines Sozialen Zentrums in Berlin auch an den Centri Soziali in Italien, die dort eine wichtige Funktion für antikapitalistische Bewegungen haben. Allerdings ist die Situation in Deutschland eine andere. Die Linke ist gesellschaftlich kaum verankert, ihre unterschiedlichen Fraktionen agieren überwiegend isoliert. Auseinandersetzungen werden eher szeneintern geführt, eine öffentliche Wirksamkeit gibt es selten.

Im Sozialen Zentrum sollen Politik und Alltag zusammengeführt werden. Vom Aufeinandertreffen unterschiedlichster sozialer, kultureller und politischer Initiativen erhoffen sich die InitiatorInnen neue Impulse zur Politisierung, die über sozialdemokratische Forderungen, z.B. nach einer Tobin-Steuer, hinausgehen.

Es soll ein Anlaufpunkt geschaffen werden für Leute, die sich – z.B. aufgrund lebenskultureller Unterschiede - in bestehenden linken Projekten nicht willkommen fühlen. So kämen vermutlich GewerkschafterInnen kaum auf die Idee, ein PunkerInnenprojekt aufzusuchen, oder wären von der Verschmutzung manch autonomer Orte eher abgeschreckt, hieß es auf einer Veranstaltung im Januar.

Das Soziale Zentrum soll in erster Linie solchen Gruppen Raum bieten, die anderswo keine Arbeits- und Versammlungsmöglichkeiten haben. Eine gemeinsame Infrastruktur könnte allen zugute kommen, z.B. sind angedacht: »Infoladen-Cafe, Archiv/Bibliothek, Infobörse, Projektwerkstatt, soziale Beratungen/Kontaktbörse, Volksküche...«.

Seit einigen Monaten diskutieren auf einem wöchentlichen Plenum VertreterInnen verschiedenster linker Gruppen und Einzelpersonen über Konzept, Selbstverständnis und Aktionen. Das Spektrum reicht bisher von GlobalisierungsgegnerInnen über Anti AKW, Anti Gentechnik, Antifa, Hausprojekte und Mediengruppen bis hin zu Erwerbsloseninitiativen. Noch ist die Szene also weitgehend unter sich, aber mit Ansätzen, den Familienkreis ein wenig zu erweitern. Es gibt Kontakte zu Flüchtlingsgruppen und linken GewerkschafterInnen. Ausdrücklich angestrebt wird eine deutlich größere Breite – politisch links, aber offen für die verschiedensten Strömungen, auch über bisherige Konfliktlinien hinweg.

Die Umsetzung eines Sozialen Zentrums in Berlin wird nur gelingen, wenn eine breite Öffentlichkeit zur politischen Unterstützung gewonnen werden kann, und wenn sich weitere Projekte und Menschen mit Ideen und Initiative beteiligen.●

Kontakt: Soziales Zentrum, c/o Stadtteilladen Zielona Gora, Grünberger Str. 73, D-10245 Berlin

Video über die Besetzung des Verdi-Hauses unter: www.umbruch-bildarchiv.de/video/sozialeszentrum/151201verdihausbesetzt.html

BERLIN: RIGAER STRASSE 94

Wohn- und Kulturprojekt bedroht

Am 20.12. gab das Landgericht dem Räumungsbegehren des Eigentümers Suitbert Beulker statt. Damit ist dass im Erdgeschoss befindliche Kulturprojekt »Kadterschmiede« und die offene Werkstatt akut räumungsbedroht!

Foto: Archiv

BewohnerInnen der Rigaer Straße 94 ● Kurz zuvor entschied das Amtsgericht Lichtenberg negativ für die BewohnerInnen über eine Räumungsklage gegen eine Wohnung. Mit der Entscheidung des Landgerichts wurde auch die Ablehnung der Klage der BewohnerInnen, auf Abschluss eines Rahmenvertrags bekannt gegeben. Dieser sollte die kollektive Wohnstruktur absichern, das Recht auf Vereinsräume untermauern und den BewohnerInnen die Möglichkeit geben, selbst zu bestimmen, mit wem sie zusammenleben werden. Bei der Urteilsverkündung bemerkte der Richter, dass er auch für die BewohnerInnen hätte entscheiden können. Er gab damit nicht nur den Interessen eines »Eigentümers« Vorrang, sondern verdeutlichte ein Mal wieder, dass im bürgerlichen Staat Privateigentum Vorrang hat, vor linken, kollektiven, selbstorganisierten Strukturen. Eines Eigentümers, der auch in den anliegenden Häusern Rigaer Str. 95, 96 und Liebigstr. 14 ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und Vorstellungen der BewohnerInnen seine Profitinteressen durchsetzt.

So beteiligt er sich durch Sanierungsbestrebungen aktiv an der Umstrukturierungs- und Vertreibungspolitik der StadtentwicklerInnen, die eine Vertreibung finanziell benachteiligter Menschen in Randgebiete zur Folge hat. So kann eine Altbauwohnung, die im Innenstadtbereich liegt, nach einer Räumung problemlos saniert werden und findet auf dem Wohnungsmarkt zu einem erheblich höheren Preis leichter wieder einen Abnehmer als eine Wohnung in einer Plattenbausiedlung.

Insgesamt sind in Berlin jedes Jahr mindestens 12.000 Haushalte von Zwangsräumungen bedroht, die größtenteils mit Mietschulden begründet werden. Diese wiederum haben ihre Ursache in der drastischen Verteuerung der Miete bei ausbleibender Kompensation durch höhere Einkünfte. So wurden 1993 durchschnittlich noch 17% der Nettoeinnahmen für Miete ausgegeben, bis 1998 stieg dieser Anteil auf 27%. Dies ist keine zufällig Entwicklung, das Gesicht der neu »erblühenden« deutschen Hauptstadt wird gezielt verändert. Die Innenstadtbezirke sollen ausschließlich finanziell Starken vorbehalten sein, nicht Erwünschte werden an den Rand gedrängt.

Berliner Linie

Immer wieder hat die herrschende Wohnpolitik in Berlin dazu geführt, dass unliebsame und Randgruppen aus der Innenstadt vertrieben wurden. Schon Bismarcks Politik in der Reichsgründungszeit richtete sich gegen Schwache und Andersdenkende. Im Zuge einer Hauptstadtpolitik, die Berlin als preußisches und deutsches Zentrum sah, regierte ebenfalls der »Eiserne Besen«. 1872 wurden die Baracken Obdachloser am Frankfurter Tor geräumt, woraufhin sich drei Tage lang EinwohnerInnen Friedrichshains mit der Polizei Straßenschlachten lieferten. In den folgenden Jahren kam es wiederholt zu Mietstreiks und Wohnungsbesetzungen. Einen weiteren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen 1932, als aufgrund von Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen die Mieten für viele nicht mehr bezahlbar waren und Räumungen von Familien die Gemüter so erhitzten, dass es erneut zu Straßenschlachten mit der Polizei kam. Durch die Insellage Westberlins entwickelte sich auf dem Immobilienmarkt in den 70er Jahren ein Klima der Spekulation und des vorsätzlichen Leerstands, gegen den Anfang der 80er Jahre durch Hausbesetzungen demonstriert wurde.

Um das Problem in den Griff zu bekommen, schuf der Senat noch zu Hochzeiten der Bewegung die »Berliner Linie«. Dieser Richtlinie zufolge wurde die Polizei angewiesen, besetzte Häuser zu räumen, wenn die Eigentümer ein Räumungsbegehren gestellt hatten und eine Anschlussnutzung vorweisen konnten. Neubesetzungen sollten sofort geräumt werden. Diese Verwaltungsrichtlinie wurde im Abgeordnetenhaus mehrfach diskutiert und geändert, zuletzt während der Hausbesetzungen in Ostberlin im Wende-Sommer 1990. Der Text blieb unverändert, es wurde jedoch der Stichtag 24.7.1990 vereinbart, nach dem alle Neubesetzungen sofort geräumt werden, während für die vorher besetzten Häuser Verträge ausgehandelt werden sollten. Etwa die Hälfte der Häuser bekam nach jahrelangem Kampf Nutzungs- oder Mietverträge, die anderen wurden nach und nach geräumt. Allerdings war der Weg der »Legalisierung« eine recht kurzfristige Lösung und diente der Befriedung der HausbesetzerInnenbewegung. Der grundsätzliche Widerspruch zwischen dem Anspruch auf kollektiv genutzte, selbstorganisierte unkommerzielle Räume und den Interessen der StadtentwicklerInnen wurde nicht aufgehoben. Im Gegenteil, es werden immer mehr linke Freiräume angegriffen und zerstört.

Unser Widerstand gegen die heRRschende Politik braucht eine soziale Basis. Wir brauchen Hausprojekte, Wagenburgen, kollektiv organisierte unkommerzielle Treffpunkte, soziale Zentren, ...! Wir brauchen Räume, die ein herrschaftsfreies Leben zumindest vorstellbar machen. Mit den eigenen Widersprüchen konfrontiert zu werden, zu versuchen, die politischen Utopien im Mikrokosmos umzusetzen, ist für uns ein unersetzliches Element linker Politik.●

Linke Freiräume verteidigen!
Kadterschmieden aufbauen!
Weg mit der Berliner Linie!
Für die soziale Revolution weltweit!
Rigaer 94 bleibt !
Soziale Zentren schaffen!

GESCHICHTE

Das Haus wurde im Herbst 2000 von Dr. Suitbert Beulker (Schönhauser Allee 73a) gekauft, nachdem die BewohnerInnen bereits eine eigene Genossenschaft gründeten, um ihr Haus selber zu kaufen und zu verwalten. Im Rahmen eines Runden Tisches sollte nun eine Lösung für die unterschiedlichen Interessen gefunden werden, da von Anfang an klar war, dass die Pläne eines selbstorganisierten Zusammenlebens, durch die Fremdbestimmung eines Eigentümers nicht umsetzbar gewesen wären. Die Verhandlungen wurden nach kurzer Zeit von Beulker abgebrochen. Da Beulker daraufhin allen BewohnerInnen kündigte und unzählige Räumungsklagen einreichte, bekam der Rahmenvertrag existenzielle Bedeutung. Er würde die kollektive Wohnstruktur absichern, das Recht auf Vereinsräume untermauern und den BewohnerInnen die Möglichkeit geben selbst zu bestimmen, mit wem sie zusammenleben würden. Auf Grundlage einer dem Eigentümer am Runden Tisch abgerungenen Absichtserklärung, den seit 1991 bestehenden Rahmenvertrag zu aktualisieren, entschied sich das Hauskollektiv, Beulker auf den Abschluss eines solchen Vertrags zu verklagen.

ALTERNATIVE ZUM EURO

Das Geld muss weg

Ein Apfel gammelt, Geld nicht. Darum wird der Apfel lieber gleich aufgegessen, Geld aber auf dem Konto gehortet. »Aber Geld muss fließen – wirtschaften«, so die Gründer der Gutscheinwährung Roland. Monatlich verliert der Roland 1% Wert.

Kerstin Eulitz, Redaktion Bremen-Umland ● Der Roland ist eine lokale Gutscheinwährung und wird seit dem 1. Oktober in Bremen und umzu benutzt. »Der Gutscheinkreislauf soll das regionale Produzieren und Handeln unterstützen. Im Vordergrund steht dabei die Landwirtschaft«, so Manfred Steinbach, Gründungsmitglied des Roland-Regional. Die Gutscheine haben einen Wert von fünf Roland. Dies entspricht fünf Euro und kann in der Geschäftsstelle des Roland-Vereins für nachhaltiges Wirtschaften in Bremen oder auch bei den teilnehmenden Geschäften eingetauscht werden. Derzeit beteiligen sich acht Betriebe und rund zwanzig Verbraucher (Stand Anfang November) an dem Gutscheinsystem. Die Händlerliste findet sich jetzt monatlich unter Kleinanzeigen, Rubrik 8 »Roland« in der Regionalzeitschrift »Torfkurier«. Durch ein grünes Ladenschild mit dem Roland-Logo sind die beteiligten Geschäfte gekennzeichnet. Vorteil für die Landwirte: ein fester Kundenstamm. Der Roland ist eine Währung mit »Umlaufsicherungsgebühr«. Jeden Monat verliert der Gutschein 1% seines Wertes, sprich fünf Cent. Auf der Rückseite des eingeschweißten Papiers ist der Wert jedes Monats bis Ende 2002 verzeichnet. Im Dezember 2002 ist er noch 4,45 Roland wert.

Unterstützung für die Bauern

Mit den eingetauschten Geldern sollen speziell die Landwirte unterstützt werden. »Die ersten 1.000 Mark (Stand Ende Oktober), die bisher umgetauscht wurden, liegen noch in der Schatulle. Das ist nicht gesund. Demnächst müssen wir im Verein beraten, wo wir diese investieren«, so Dietlind Ringke. Hiermit gewährt der Roland-Gutscheinring den Bauern zinslose Darlehen. Dadurch erhoffen sich die Gründer eine Förderung der biologischen Landwirtschaft und eventuell Rabatte auf die ökologischen Erzeugnisse. »Leider kaufen Leute mit wenig Geld heutzutage billig ein – nicht ökologisch. Wenn die Bauern durch den Roland die Preise niedriger und stabil halten, kann sich bald jeder gesunde Lebensmittel leisten«, so die Hoffnung von Dietlind Ringke. Der Roland sei stabiler als Euro oder D-Mark, weil er mit Nahrung gekoppelt ist. Den landläufigen Währungen liegen als Sicherheit nur zum Teil (nicht essbare) Goldbarren und sonst ausländische Devisen im Nationalsafe zugrunde. Der Roland wird durch Gemüsekredite abgesichert. Nationale Währungen haben aufgrund der Zinsbelohnung beim Zurückhalten des Geldes Stau-Charakter. Das Tauschmittel wird dem Kreislauf entzogen und gehortet. »Der Roland fließt mit Umlaufsicherung in der Region«, als Gegenpol zu den internationalen Großunternehmen, die sich in der Region ansiedeln, ihre Gewinne aber wo ganz anders investieren.

Vorder- und Rückseite des Gutscheins im Wert von fünf Roland. Hinten drauf steht der aktuelle Wert des eingeschweißten Papiers.

Zum Gebrauch des Rolands

Gutscheine gelten nur im Zusammenhang mit einem Mitgliedsausweis vom Gutscheinring und Personalausweis. Der einmalige Beitrag für Verwaltungskosten beträgt 10 Euro. Mitgliedskarten sind auf Familienangehörige übertragbar. Das Rücktauschen von Roland-Gutscheinen in Euro ist allerdings nur in Ausnahmefällen gegen einen Unkostenbeitrag von 12% / für geschäftstreibende Mitglieder 3% möglich. Der Roland ist genauso steuerpflichtig und erscheint in der Steuererklärung als Euro. »Das Finanzamt kann nichts dagegen sagen«, so Steinbach. Dietlind Ringke fügt hinzu: »Mit dem höheren Umsatz steigert der Roland sogar noch die Steuereinnahmen.«●

Manfred Steinbach und Dietlind Ringke, zwei der Gründer des Vereins, wollen die regionale Landwirtschaft und Wirtschaftskraft stärken

Kontakt zum Roland

Weitere Infos bei Roland-Regional, Verein für nachhaltiges Wirtschaften, Weißenburger Straße 29, 28211 Bremen oder per Telefon unter (04 21) 491 52 09. Übrigens, auch das Torfkurier-Abo kann in Zukunft in Roland bezahlt werden.

NATURKOST

Biologische Landwirtschaft in Polen

Im Naturkostbereich sind die Zeiten von »Nie ma« (zu deutsch »Gibt es nicht.«) vorbei. Selbst in Polen werden vermehrt landwirtschaftliche Produkte aus kontrolliert biologischer Landwirtschaft angeboten.

Jens Plesse / Karen Hansen ● Bereits 1989 wurde hierfür die unabhängige Kontrollstelle AgroBIOTest gegründet. Ende August war jetzt eine neunköpfige Delegation in Deutschland zu Besuch. An vier Tagen hatten sie am Rande der Lüneburger Heide mit täglich zwölf Stunden ein straffes Programm. Am Beispiel des Demeter-Weidenhofes in Schneverdingen erläuterte Ihnen ein deutscher Kontrolleur beispielhaft worauf geachtet wird: »Bei der hofeigenen Quark- und Butterherstellung muss Buch geführt werden über die eingesetzte Milch sowie die Menge der daraus entstandenen Produkte. Selbst wenn beim Buttern auf dem Hof keine weiteren Zusätze außer Milch verwendet werden, ist ein schriftliches Rezept nachzuweisen.« Weitergehende Informationen erhielt die Delegation in Osterode im Harz. Dort befindet sich die deutsche Hauptkontrollstelle Ecocontroll/ EcoCert International.

20 Jahre Bio in Polen

Die polnische Bio-Landwirtschaft entstand Anfang der Achtziger Jahre aus der »biologisch-dynamischen Initiative«. Damals bereisten die deutschen Christian und Eckhart von Wistinghausen sowie Maria Thun Polen. In Warschau vermittelten sie ihre langjährigen Erfahrung aus der biologisch-dynamischen Landwirtschaft in Seminaren. Zu den 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zählte auch der Diplom-Landwirt Krzysztof Brzezicki: »Damals erfuhren wir, wie die biologisch-dynamische Landwirtschaft funktioniert. Die drei Deutschen erklärten, wie in Deutschland die Demeter-Landwirte die sogenannten Präparate einsetzen.« Brzezicki bewirtschaftet drei Hektar Land, auf denen er Versuche mit Getreidearten wie Dinkel und Einkorn durchführt. Er testet dabei die Wirkung von verschiedenen Präparaten, um Landwirten entsprechende Empfehlungen geben zu können.

Aktuelle Zahlen

Die Leiterin der Delegation, Ursula Soltysiak, erklärt: »Zur Zeit gibt es in Polen etwa 440 biologisch wirtschaftende Betriebe. Davon werden 10 Höfe durch deutsches Kapital unterstützt.« Die Zahl von Gemeinschaftsunternehmen wächst, sagt Slotysiak. Dabei sieht das Gesetz vor, dass die Ausländischen Geldgeber nur die Minorität bis 49% Beteiligung halten sollen. Manches Mal sieht die Realität dann jedoch anders aus. »In Polen gibt es Betriebe von 2 bis10 Hektar im Süden bis zu Großbetrieben von 1.500 Hektar (ehemalige Gutshöfe) im Nordwesten.« Bei entsprechender Entwicklung können in einigen Jahren die Bio-Kontrolleure vielleicht hauptberuflich hiervon leben. Zur Zeit ist ein Teil von Ihnen nur nebenberuflich im Sommer unterwegs.

Die polnische Delegation der Kontrollstelle AgroBioTest informierte sich in Deutschland, zum Angleich an die EU-Bioverordnung. Die Leiterin Ursula Soltysiak (untere Reihe zweite von rechts) und ihr Team zu Besuch in Schneverdingen Foto: Jens Plesse

Wie werden die Produkte vermarktet?

»Für den biologischen Anbau gibt es staatliche Subventionen«, schildert Soltysiak, »jedoch keine für die Vermarktung biologischer Produkte.« Die Vermutung, dass das Preisgefälle zwischen Deutschland und Polen zu verstärkten Exporten führt, kann zunächst nicht bestätigt werden. Über 95% der Bio-Waren bleiben im Land. Sie werden in 120 Naturkostläden und einer wachsenden Zahl von Supermärkten verkauft. Ein Zehntel der Bio-Läden davon sitzt alleine in der Hauptstadt Warschau. Interessanterweise sind die Bio-Produkte in Polen nur 10 bis 20% teuerer als konventionelle Ware. In Deutschland kann diese Differenz bis zu 40% betragen. Bemerkenswert ist auch, dass in Polen gerade die letzten Kleinstbetriebe in den Bergen Ihre Pferde abschaffen, hingegen in Deutschland die Pferdearbeit auf Bio-Betrieben einen neuen »Aufschwung« erlebt. Für Interessierte bietet die Vorsitzende des Kontrollverbandes Informationen (sie spricht Deutsch): Ursula Soltysiak, SGGW University of Agriculture, Fax 00 48 – 22 847 15 62
E-Mail: soltysiak@alpha.sggw.waw.pl
»Dzickuje bardzo!« – Danke schön, für das Interview.●

FÜR FREIRAUM STATT SPEKULATION UND VERTREIBUNG

Berliner Umsonstladen bedroht!

Seit Dezember gibt es im Hausprojekt Brunnenstraße 183 einen sogenannten Umsonstladen. Der Umsonstladen versteht sich als eine praktische Alternative zur Konsumgesellschaft, in der jedes Ding zur Ware wird und ihm ein Geld-Wert zugeordnet wird. Im Umsonstladen steht hingegen die direkte Kooperation zwischen Menschen im Vordergrund.

Umsonstladen Brunnenstraße ● Am 21. Januar 2002 wurden jedoch unsere Bemühungen auf unangenehme weise unterbrochen. Polizeibeamte drangen in den Laden ein und versuchten die vermeintlichen Verantwortlichen für einen Hausfriedensbruch zu belangen. Sie stellten die Personalien fest und untersuchten daraufhin die Menschen um in den Besitz des Schlüssels zu gelangen. Dabei handelten sie angeblich aufgrund einer Anzeige des neuen Hauseigentümers »team 2«. Diese versuchen seit der Hausübernahme die BewohnerInnen aus ihren Wohnungen zu drängen und das sozialkulturelle Projekt zu zerstören. Mit seiner neuerlichen Attacke gegen den Umsonstladen verfolgt er keineswegs das klassische Ziel einer Verwertung, denn der Laden wäre ohnehin nicht vermietbar. Nein ihm geht es um eine Wertsteigerung durch Leerstand des Hauses. Zudem wird versucht, verleumderische Gerüchte zu streuen, im Umsonstladen würden Drogen gedealt.

Das Prinzip des Umsonstladens ist hingegen ganz einfach das: Menschen haben Dinge, welche sie nicht mehr gebrauchen, die allerdings noch andere benötigen könnten. Wenn die Dinge noch o.k. sind, können sie diese einfach in den Umsonstladen bringen, statt sie nutzlos im Schrank stehen zu lassen oder wegzuwerfen. Andere Menschen suchen hingegen genau diese Dinge. Sie kommen einfach in den Laden und nehmen sie mit. Dazu müssen sie weder etwas tauschen bzw. bezahlen. Der Laden wird zu einem Ort sozialen Austauschs und praktischer nachbarschaftlicher Kooperation.

Der verqueren Logik, dass ein leeres Haus mehr wert sein soll, als eins mit Leben und sozialen Projekten, stellen wir uns entgegen. Hunderte Menschen, die den praktischen »Wert« des Umsonstladens schätzen gelernt haben, werden sich diese Möglichkeit des sozialen Austausches ohne Geld und Markt nicht so einfach nehmen lassen. In Eigenarbeit haben sie aus der Drogerieladen-Ruine diesen Freiraum geschaffen und aufgezeigt, dass Alternativen machbar sind. Deshalb fordern wir die Menschen auf: Setzen sie sich ein...

- für **Direkte Kooperation** von Menschen (ohne Geld und Markt).
- für **Soziale Alternativen** in der Berliner Innenstadt.
- für ein **Ende der polizeilichen Handlungen** gegen den Laden.
- für die **Erhaltung von sozial-politischen Freiräumen.**
- für eine **Alternative zum Wegwerfwahn** und für einen ökologisch sinnvollen Umgang mit Dingen und **gegen die Leerstandspolitik** des Berliner Senats.●

Weitere Infos zum Umsonstladen unter:
www.kommunecafe.de
E-Mail: post@kommunecafe.de

Der Umsonstladen

Die Idee des Umsonst-Ladens ist einfach: Viele Leute haben Dinge, die sie nicht mehr gebrauchen können oder wollen. Diese liegen oft nutzlos herum, denn »eigentlich sind sie zu schade zum wegwerfen«. Andere Menschen wiederum suchen vielleicht genau diese Dinge, können sie sich vielleicht nicht leisten, oder müssen Geld dafür ausgeben. Wenn die Dinge noch gebrauchsbereit und in Ordnung sind, können sie einfach im Umsonst-Laden vorbeigebracht werden. Von der Vase über die Hose bis zur Brotmaschine nehmen wir alles, was andere gebrauchen könnten und verschenken es dann an diese weiter. Geld gibt es im Umsonst-Laden nicht. Alles ist »umsonst«. Damit stellt der Umsonst-Laden eine wirkliche Alternative zur kapitalistischen Warengesellschaft dar, in der alles einen »Wert« hat und folglich Geld kostet.

Zudem gibt es einen Umsonst-Internetplatz, an dem auch CD-Roms gebrannt werden können.

Außerdem beheimaten die Räume des Umsonstladens auch eine FoodCoop. In dieser Öko-Lebensmittel-Einkaufskooperative werden selbstorganisiert und nicht-profitorientiert biologisch erzeugte Lebensmittel aus der Region gemeinsam eingekauft. Das zahlt sich aus, denn so sind sie wesentlich billiger als im gewinnorientierten Bioladen und zudem wissen wir woher unsere Lebensmittel kommen. Schließlich kennen wir den Bauern und seine Probleme.

Der Umsonstladen Brunnenstraße hat regelmäßig zu folgenden Zeiten geöffnet:
Mo. 16-20 Uhr, Do. 16-20 Uhr, Fr. 14-18 Uhr; Fr. FoodCoop-Info

GENOSSENSCHAFT »DORFLADEN JEDESHEIM EG«

Experimentierfeld Dorfladen: Einkaufsstätte, Servicepointe und Treffpunkt zugleich

Blumen am Eingang und Kürbisse im Schaufenster, so freundlich gestaltet eröffnete am 4. Oktober 2001 der Jedesheimer Dorfladen. Offensichtlich hatten viele auf diesen Augenblick schon gewartet, denn die Kunden gingen rege ein und aus. Für die ersten drei gab es zur Begrüßung Blumensträuße. Insgesamt 135 Quadratmeter groß ist das Geschäft, das eine Genossenschaft aus Bürgern und Bürgerinnen des Illertisser Stadtteils betreibt. Die Initiative kam zustande als der letzte Lebensmittelladen des Ortes aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen wurde.

Die Dorfladengenossenschaft »Unser Laden eG« in Sigmarswangen wurde gegründet nach Schließung des letzten Lebensmittelladens im Ort

Burghard Flieger, Red. Genossenschaft ● Die offizielle Eröffnung des Dorfladens mit Vertretern der Stadtverwaltung, den Lieferanten, dem Kinderchor und dem Musikverein fand am 13. Oktober statt. Das Geschäft selbst befindet sich in der Ortsmitte. Es wurde von vielen Engagierten renoviert: Sie putzten, strichen, schraubten und hämmerten, um die Eröffnung im Oktober 2001 zu ermöglichen. Zuvor war der einzige Lebensmittelladen im Ort geschlossen worden. Einige Frauen im Stadtteil wollten das nicht hinnehmen. Sie suchten nach Alternativen zu einem privaten Betreiber, der nicht gefunden werden konnte. Ende Juli wurde schließlich die Genossenschaft gegründet, die das Geschäft mit einer Vollzeit- und mehreren Teilzeitkräften betreibt. Bereits in der Gründungsversammlung traten 141 Jedesheimer der Genossenschaft bei.

Ehrenamtliches Engagement

»Die Jedesheimer sind bekannt dafür, dass sie zusammen Dinge auf die Beine stellen«, erklärte Ulrich Häutle seinen Optimismus für eine genossenschaftliche Lösung

Hintergrund für das Sammeln der Absichtserklärung war, unnötige Arbeit zu verhindern. Aus diesem Grund erkundete die IG erst das prinzipielle Interesse an einer Genossenschaft. Die Initiativgruppe, als *IG Dorfladen* bezeichnet, bestand aus sieben Personen, überwiegend Frauen. Ihre Arbeit verselbständigte sich zum Leidwesen der Aktiven sehr schnell. Gegen Verstärkung hätte keiner der Sieben etwas einzuwenden gehabt. Unterstützung konnte allerdings bei verschiedenen Aufrufen immer nur für einzelne Aktivitäten gefunden werden.

Mitglieder als Kunden

Nach der Informationsversammlung erfolgte ein aufwendiges Sammeln der gewünschten Absichtserklärungen. Die IG bekam bis zur Gründung 236 solcher »unverbindlichen Absichtserklärungen« für den Kauf von Geschäftsanteilen zusammen. Wer sich an der Dorfladen-Genossenschaft beteiligt, muss mindestens einen Anteil für 130 Euro kaufen. Nach ihrer Planung wollte die IG nur »loslegen«, wenn wenigstens 30.160 Euro Startkapital zusammenkommt, was 232 Geschäftsanteilen entspricht. »Traumziel« für die Gründung waren allerdings 250 Genossenschaftsmitglieder, was einem Eigenkapital von 32.500 Euro gleichgekommen wäre. Aber auch die etwas geringere Zahl wurde als Startsignal bzw. Ermutigung für die IG gewertet, die Genossenschaftsidee weiter voranzutreiben.

Die zahlreichen Anteilszeichner und damit Mitglieder der Genossenschaft werden als wichtiger Vorteil des künftigen Dorfladens gegenüber anderen rechtlichen Lösungen angesehen. »Die Leute werden hier einkaufen, weil sie ihr Geld dafür eingebracht haben«, lautet die nachvollziehbare Einschätzung von Vorstand Häutle. Für den früheren Pächter Füller kamen die Bestrebungen der Genossenschaftsinitiatoren zu spät. Er gab letztlich den Jedesheimern selbst die Schuld für die Schließung seines Geschäfts aufgrund ihres Einkaufsverhalten. Das Argument, dass eine ortnahe Versorgung für ältere Leute da sein müsse, war für ihn keine stichhaltige Begründung, den Lebensmittelladen wieder zu eröffnen: »Auch die sind im Sommer mit dem Fahrrad nach Illertissen zum Einkaufen gefahren.«

Vorstand Häutle sieht die zukünftige Entwicklung ebenfalls nur verhaltend optimistisch: »Wir merken schon die Konkurrenzsituation. Schließlich sind wir der Dorfladen mit der größten räumlichen Nähe zu den nächsten Groß- und Supermärkten. Das macht die Sache nicht ganz einfach.« Die Ortgröße von 1.400 Einwohnern unterstreicht die zu erwartenden Schwierigkeiten. Andererseits ist der Dorfladen schon jetzt zu einem Standortfaktor geworden. Beispielsweise hat durch seine Eröffnung das Interesse der Bauunternehmer nach Grundstükken zugenommen.

Professionelle Beratung

Trotz des hohen ehrenamtlichen Engagements in der Gründungsphase wurde auf professionelle Beratung nicht verzichtet. Zwei Berater vom bayerischen Genossenschaftsverband aus München arbeiteten mit den Jedesheimern ein Wirtschaftlichkeitskonzept für das Lebensmittelgeschäft aus. Sie halfen zudem, die Satzung der zu gründenden Genossenschaft vorzubereiten. Unter anderem wurde von ihnen das geplante Investitionsvolumen mit den Umsatz- und Ertragserwartungen in Relation gesetzt und die prognostizierten Kosten für Personal und Räumlichkeiten unter die Lupe genommen.

Schon in der Vorphase arbeitete die IG eng mit dem Verband zusammen. Beispielsweise beruhte auch die Fragebogenaktion, mit der »Bedarf« und »Einkaufspotenzial« in Jedesheim ermittelt wurde, auf der Empfehlung des bayerischen Genossenschaftsverbandes zum Vorgehen. Außerdem entwarf man gemeinsam ein »Unternehmenskonzept«, in dem Faktoren wie Umsatzerwartung, die künftigen Verkaufsräume oder die Personal-Situation Berücksichtigung fand. Nachdem die Prüfung des Wirtschaftlichkeitskonzepts positiv ausfiel, ging es vergleichsweise schnell an die Ausarbeitung der Satzung, so dass die Gründungsversammlung schon relativ kurz nach der Schließung des vorherigen Lebensmittelladens einberufen werden konnte.

Das Startkapital von etwa 30.000 Euro wurde unter anderem gebraucht für die Vorfinanzierung der Ware in Höhe von 14.000 Euro, für die Kasse in Höhe von 3.000 Euro, für die erste Geschäftsausstattung in Höhe von 5.000 Euro sowie für die Aufnahmegebühr in den Genossenschaftsverband einschließlich der Gründungsprüfung 2.500 Euro. Zwecks Reserve waren weitere 5.000 Euro einkalkuliert worden. Als Hauptumsatzträger erweisen sich bisher Fleisch- und Wurstwaren, Brot und Backwaren sowie Obst und Gemüse. In den Nachmittagsstunden kommen vergleichsweise viele Kinder. Sie kaufen mit ihrem Taschengeld vor allem Süßigkeiten, Getränke und Zeitschriften.

Vielfältige Leistungen anbieten

Um den Lebensmittelverkauf wirtschaftlich abzusichern, wird immer wieder in Richtung Multifunktionsladen gedacht. Beispielsweise bewarben sich die Initiatoren um die Linzenz als Postagentur, als diese im Ort dicht gemacht wurde. Die Lizenz wurde nicht erteilt, so dass im

Die Sicherstellung der Nahversorgung im Ort ist das zentrale Anliegen der Dorfladengemeinschaft »Unser Laden eG« in Sigmarswangen

während der Renovierungsphase. Er ist Vorsitzender der Genossenschaft *Dorfladen Jedesheim eG* und legte in der Vorbereitungszeit wie viele andere persönlich Hand an. Mit erheblichem Einsatz an ehrenamtlicher Arbeit konnte so der Laden instand gesetzt werden. Etwa 60 Bewohner des Ortes arbeiteten nach Angaben des Vorstandes mit, je nachdem, welche Arbeiten erforderlich waren. Regale putzen und neu streichen gehörte genauso dazu wie den Wänden einen neuen Anstrich zu verpassen. Auch der Boden musste ausgebessert, die Kühlanlage auf Herz und Nieren überprüft und zusätzlich noch einiges mehr getan werden.

Selbst das Warenangebot wurde mit repräsentativen Kundinnen durchgesprochen. Eindeutige Ergebnisse gab es dabei nicht, da jede etwas anderes für wichtig hielt. Deshalb bieten die Verantwortlichen in der Startphase zunächst ein großes Sortiment an, um zu sehen, welche Artikel gekauft werden und welche nicht. Das Angebot umfasst ein solides Warengrundsortiment von Lebensmitteln aus dem so genannten Trockensortiment, beispielsweise Nudeln, Mehl und Konserven. Ergänzt wird dies von Putz- und Waschmittel sowie Hygieneprodukten. Der Kunde erhält auch frische Backwaren, Wurst, Käse, Fleisch sowie Obst und Gemüse. Dies sind in vielen Fällen Produkte von Anbietern aus der Umgebung, die im Regal extra gekennzeichnet werden. Für ein Geschäft mit 93 Quadratmetern Verkaufsfläche eine immense Leistung.

Aufwendige Interessenerkundung

Wichtiger Schritt für die Vorbereitung der Genossenschaft war eine Informationsversammlung einen Monat vor der eigentlichen Gründungsversammlung. Auf dieser stellte eine Initiatorengruppe ihre Pläne zur Gründung einer »Genossenschaft Dorfladen« der Öffentlichkeit vor. Sie betonten als unabdingbare Voraussetzung, damit das Vorhaben nicht schon vor dem Start scheitert: Mindestens 240 Bürger müssen sich bereit erklären, als Genossen jeweils rund 130 Euro als Kapital zu zeichnen. Allein schon am Informationsabend wurden bereits 84 Absichtserklärungen abgegeben.

Dorfladen von diesem Service nur der Verkauf von Briefmarken aufrecht erhalten werden kann. Andere Aktivitäten sind monatliche Aktionstage mit Sonderverkäufen und Annahme für Textilreinigung. Auch kaputte Schuhe können vorbeigebracht werden, damit sie zum Schuster weitergeleitet werden. Geplant sind Filmentwicklung, Sammelbestellungen für Schulsachen und Schreibwaren, Vermietung von Kleingeräten (Aufschnittmaschine) sowie eine Quelle-Bestellannahme.

Im Rahmen der Vorbereitungen auf den Euro wurde ein EC-Terminal installiert. Vor Weihnachten führten Mitglieder des Aufsichtsrates ein Christbaumverkauf mit großem Erfolg durch. Für die Zukunft ist an eine Zusammenarbeit mit der Grundschule für den Pausenservice gedacht. Bereits jetzt gibt es zur Mittagszeit Vesper oder kleine warme Gerichte. Der Dorfladen bietet außerdem einen Partyservice an. Zur Verfügung für diese zahlreichen Aufgaben stehen sieben Verkäuferinnen, die zu unterschiedlichen Zeiten bei der Genossenschaft beschäftigt sind. Sie wünschen, dass sich der Laden auch zum allgemeinen Treffpunkt im Ort entwickelt.●

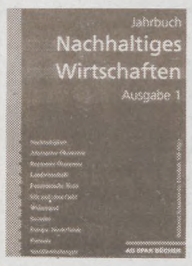
Super Laden statt Supermarkt

Amerdingen (hum). Die Amerdinger haben sich mit ihrem Dorfladen weit mehr als eine autarke Versorgung geschaffen: »Es entwickelte sich ein Gemeindesinn in nie da gewesenem Ausmaß«, freute sich Bürgermeister Hermann Schmidt bei der Einweihung. Bürgermeister Schmidt rekapitulierte die Entstehungsgeschichte des gemeindeeigenen Ladens: Im Frühjahr letzten Jahres nahmen er, der Gemeinderat und weitere Bürger an einem Workshop der Schule für Dorf- und Landesentwicklung in Thierhaupten teil. Da man zudem von vornherein großen Rückhalt in der Bevölkerung verspürte, beschloss man, an der Agenda 21 teilzunehmen. Der Dorfladen ist dabei das erste Projekt. Der Arbeitskreis Dorfladen, einer von vier Agenda-Arbeitskreisen, habe seit einem Jahr ständig getagt; zum Teil zwei- bis dreimal pro Woche.

Aus dem Dorferneuerungsprogramm der Direktion für ländliche Entwicklung in Krumbach flossen 120.000 Mark für den Laden und 50.000 Mark für die Gestaltung des Vorplatzes und die Umgestaltung der Parkplätze an der benachbarten Mehrzweckhalle. Mit viel Eigenleistung entstanden unter Leitung von Architekt Heinz Schmitzer aus Nördlingen 100 Quadratmeter Verkaufsfläche und 70 Quadratmeter Nebenflächen. ... Der Laden gehört der Gemeinde, die ihn an die speziell gegründete Genossenschaft vermietet. Bürger aus dem gesamten Kesseltal hatten dafür Anteile im Wert von 135.000 Mark gezeichnet. Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft ist Bürgermeister Hermann Schmidt, sein Stellvertreter Peter Ott, Dr. Martin Rawer ist weiterer Vorstand. ... Beliefert wird der Dorfladen von der Rewe Handelskette, zwei Metzgereien aus Diemantstein und Donaualtheim, einem Bäcker aus Eglingen sowie Direktvermarktern der Region. Es wurden Arbeitsplätze für zehn Frauen geschaffen, eine Vollkraft und neun Teilzeitkräfte....●

Aus: Augsburger Allgemeine 11.4.2001

Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften



Der traditionsreiche und engagierte sozialpolitische Verlag der AG SPAK legt mit der ersten Ausgabe dieses Jahrbuches ein äußerst ehrgeiziges Projekt vor, das im höchsten Maße aktuell und gleichsam unverzichtbar für die gesellschaftspolitische Diskussion im 21. Jahrhundert ist.

Es geht um die Vision eines nachhaltigen Wirtschaftens, wie sie erstmals 1987 von der Brundtland-Kommission entwickelt und 1992 in Rio als Leitidee der Agenda 21 konkretisiert wurde. Der Anspruch des Jahrbuches ist es, die aktuellen ökonomischen Entwicklungen jenseits einer marktwirtschaftlichen Profitorientierung und einer staatlichen Bürokratie zu beleuchten sowie entsprechende Entwicklungen, Erfolge und Perspektiven aufzuzeigen. Im Sinne der Idee einer Alternativen Ökonomie, wie sie bereits in den 70er Jahren entwickelt wurde – und für das Verlagsprogramm der AG SPAK seit ihrer Gründung im Mittelpunkt steht –, geht es um die Frage, wie ein selbstorganisiertes und nicht von den Verwertungsinteressen der Kapitaleigner (Shareholder value) geleitetes Wirtschaften heute möglich ist.

So gesehen könnte dieses Jahrbuch auch »Jahrbuch für alternative Ökonomie« heißen, wäre von der Begrifflichkeit her jedoch nicht in diesem Maße anschlussfähig an die aktuelle Nachhaltigkeitsdebatte. Mit insgesamt 44 Autor/-innen und 55 Beiträgen bietet das Jahrbuch einen aktuellen Überblick über alternative Formen der Ökonomie. Eingeteilt ist der Band in zehn Kapitel mit folgenden Themenschwerpunkten: Nachhaltigkeit, Alternative Ökonomie, Regionale Ökonomie, Landwirtschaft, feministischer Blick, Nachhaltiges Wirtschaften mit und ohne Geld, Widerstand gegen Globalisierung, Soziales, Niederlande, Menschen und Projekte. Jedes Kapitel wird von der Mitherausgeberin Elisabeth Voß knapp eingeleitet (bei dem Kapitel über die Niederlande kommen noch Nils Buis und Jaap van Leeuwen hinzu). Die Beiträge bieten theoretische und politische Analysen sowie praktische Erfahrungen und Einblicke, geschrieben von politisch engagierten Praktiker/-innen und Akademiker/-innen.

Das Jahrbuch, das im Kontext des seit 1972 bestehenden *Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie* (TAK AÖ) entstand, wird in diesem Sinne momentan zu einer wichtigen Diskussionsplattform für Nachhaltiges Wirtschaften, das aktuelle Tendenzen und Trends bündelt und für eine weiterführende Auseinandersetzung aufarbeitet. Den beiden Herausgeber/-innen, Waldemar Schindowski und Elisabeth Voß, ist eine notwendige und überfällige Publikation zum Nachhaltigkeitsdiskurs gelungen, die in dieser Form und mit diesem Anspruch einmalig ist. Es bleibt zu hoffen, dass dieser erste Band, der übrigens auch in einer englischen Übersetzung im Netz und als Printausgabe erscheinen soll, eine Fortsetzung finden wird und nachhaltig in die Auseinandersetzung um Globalisierung, Regionalisierung und Ökonomie eingreifen kann. Fazit: Zu diesem Band gibt es derzeit keine Alternative – er verdient höchste Aufmerksamkeit!●

Ulrich Klemm

Waldemar Schindowski/Elisabeth Voß (Hg.): Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften. Ausgabe 1. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher 2001, 341 Seiten, ISBN 3-930830-25-6

Finanzen und Vermögen der Kirchen

Allgemein bekannt ist, dass die Kirchen den Spruch »Geben ist seliger den Nehmen« umgekehrt haben. Die Kirchensteuer wird vom Staat direkt eingezogen und fließt direkt in die Kassen der beiden christlichen Großkirchen. Hinzu kommen noch so manche indirekte Zuschüsse vom Staat wie z.B. der staatlich finanzierte Religionsunterricht, die Militärseelsorge und die Zuschüsse für kirchliche Sozialeinrichtungen. Das ist aber nur die Spitze des Eisberges. Trotz der Klagen der Kirchen über rückläufige Steuereinnahmen und leere Kassen steht fest: Die beiden Großkirchen sind die reichsten Unternehmer der Republik, sie verfügen über ein Gesamtvermögen von fast einer Billion Mark.

Erstmals seit dreissig Jahren liegt mit der Veröffentlichung von *Carsten Frerk* »Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland« eine umfassende Darstellung vor. Dabei werden nicht nur die Kirchen betrachtet, sondern auch ihre Unternehmen, christlichen Vereine und Sozialverbände. Die detaillierte Gliederung des Buches sowie über 150 Grafiken und Schaubilder sorgen dafür, dass die LeserInnen den Überblick behalten.

Der gesamte Reichtum verteilt sich sehr unterschiedlich auf eine Vielzahl kirchlicher Rechtsträger – von der Dorfgemeinde bis zu den Hilfswerken *Misereor* (katholisch) und *Brot für die Welt* (evangelisch). Von der knappen Kirchen-Billion ist indes nur ein Teil sofort verfügbar. Imobilien- und Grundbesitz im Wert von 298 Milliarden, so Frerk, seien ebenso problemlos kapitalisierbar wie 170 Milliarden Mark Geldvermögen. Historische Kirchenbauten dagegen haben, da unverkäuflich, nur theoretischen Wert. Beide Kirchen, so hat der Autor errechnet, besitzen 6,8 Millarden Quadratmeter Grund und Boden – etwa dreimal so viel wie Bremen, Hamburg, Berlin und München zusammen. Allein auf evangelischem Boden stehen 75.062 Gebäude. Den Wert aller kirchlichen Gebäude und Grundstücke beziffert Frerk auf 424 Milliarden Mark.

17 Milliarden kommen jährlich durch die zwangsweise von den Mitgliedern erhobene Kirchensteuer in die Kirchenkasse. Die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer kostet den Steuerzahler rund 6,8 Millarden Mark jährlich. Weitere 19,1 Milliarden Mark beziehen die Kirchen aus staatlichen Quellen, zum Teil aus Zuschüssen, zum Teil als Ausgleich für die Zwangsenteignung von Kirchengut mit dem »Reichsdeputationshauptschluss« von 1803. Mit öffentlichen Geldern werden unter anderem extra bezahlt oder subventioniert: Militär-, Anstalts- und Polizeiseelsorge, Kirchentage, Denkmalpflege, Religionsunterricht, kirchliche Kindertagesstätten, Kirchen-Bibliotheken und Konfessionsschulen. In zahlreichen Bundesländern werden zudem Bischöfe und Pfarrer wie Beamte vom Staat besoldet. Der Staat verzichtet außerdem auf 20 Milliarden Mark Einnahmen, indem er den Kirchen steuerliche Privilegien einräumt.

Auf zwölf kirchliche Großbanken wird der Großteil des Geldes deponiert. Frerk taxiert die Einlagen kirchlicher Organisitionen auf insgesamt 42 Millarden Mark. Trotz der permanenten Klage der kirchlichen Finanzverwalter über sinkende Steuereinnahmen ist diese Summe in den letzten Jahren gestiegen. 1997 waren es noch 7,5 Milliarden weniger. Dabei fehlt in den Bilanzen der Kirchen-Banken ein wichtiger Posten: die Kirchen-Depots mit Aktien und Investmentpapieren. Mit diesen »unsichtbaren Depots«, so Frerk, steige die Summe der Anlagegelder auf rund 50 Milliarden Mark. Die Kirchen-Banken sind zudem nur eine Größe im Finanzspiel der Christen. Nach Frerks Einschätzung existieren bei »weltlichen« Geldhäusern etwa dreimal so viel Kirchenkonten wie bei den kirchlichen Bankhäusern. Die gesamten kirchlichen Geldanlagen setzt er derzeit auf 170 Milliarden an.

Eigene Baufirmen, Versicherungen und Siedlungsunternehmen werfen ebenso Millionengewinne ab wie Kolping-Hotels und CVJM-Herbergen oder kirchliche Reiseunternehmen. Auf zwei Milliarden Umsatz wird allein das Volumen kirchlicher Gruppenreisen geschätzt.

Beide Kirchen haben zuletzt für 1993 immerhin 5,1 Milliarden Mark Einnahemn aus Vermögen zugegeben, was bei einer Verzinsung von fünf Prozent 102 Milliarden Mark Vermögensbesitz ergäbe. Dabei fehlten noch die Wohlfahrtsverbände sowie die Hilfs- und Missionswerke. Auf diese Werke ist Frerk nicht gut zu sprechen. Sie schmücken sich seiner Ansicht nach mit fremden Federn: *Misereor* etwa finanziert sich zu 49 Prozent aus Steuergeldern, zu 41 Prozent aus Spenden, nur 8 Prozent kommen aus diözesanen Mitteln. Warum *Misereor* als »Bischöfliches Hilfswerk« firmiert, fragt Frerk angesichts der Zahlen, »bleibt unerklärlich«.

Den vermutlich größten Kirchenschatz vermochte der 56-jährige Hamburger Wissenschaftler Frerk indes nicht einmal annähernd zu erheben – jene Kleinodien wie Kelche, Monstranzen und Reliquiare, die in kirchlichen Museen und Tresoren lagern oder zu sehen sind. Aus ihnen, glaubt der Autor, ist so wenig Kapital zu schlagen, wie aus dem Dom zu Speyer. Deshalb hat er sie unter der Rubrik »Kunst, Sakrales und Unverkäufliches« zusammengefasst.●

dp

Carsten Frerk: Finanzen und Vermögen der Kirchen in Deutschland. 435 Seiten, kartoniert, 24,50 EUR, Aschaffenburg 2001, Alibri-Verlag, ISBN 3-932710-39-8

Dodo – ein wahrhaft schwarzer Roman

Dodo lebt auf den Straßen von Paris. Als weiblicher Clochard hat sie vor allem ein Ziel: sich täglich genug Essen und einen Schlafplatz zu sichern. Auf ihrem Stammplatz jedoch wird eines Tages eine Fremde ermordet aufgefunden. Der Anschlag musste Dodo gegolten haben. Die Ermittlungen zwingen die Frau, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, in der sie als Dorothée Mistral reich erbte und leidenschaftlich liebte. Sylvie Granotier bietet mit diesem spannenden Krimi einen Einblick in das Pariser Chlochard-Milieu, das heute mehr und mehr von weiblichen Obdachlosen geprägt wird.●

dp

Sylvie Granotier: Dodo. DistelLiteraturVerlag, Heilbronn 2001, 237 Seiten, Pb., ISBN 3-923208-54-5, 9,50 EUR / 17 sFr

Ohne Mampf kein Kampf

Das Volxküchen-Kochbuch ist aus der jahrelangen Vokü-Praxis des *Hannebambel Kneipen-Kollektivs* entstanden und bietet Rezepte für all jene, die für viele Leute kochen müssen und nicht im Supermarkt 30 Dosen Eintopf kaufen und aufwärmen wollen. Alle Rezepte sind erprobt, d.h. Mengenangaben und Vorbereitungszeiten sind verlässlich. Die Gerichte sind relativ »schlicht« (keine »Nouvelle Cuisine«), aber durchaus einfallsreich (keine »Hausmannskost«); es sind sowohl vegetarische wie fleischhaltige Gerichte aufgenommen. Mit seinen über 70 Rezepten hat das Buch einen hohen Gebrauchswert, zumal es auch für Jugendfreizeiten, Wochenendseminare oder Partys genutzt werden kann.●

u.b.

Hannebambel Kneipen-Kollektiv: Volxküchen-Kochbuch. Rezepte für viele Portionen. 126 Seiten, A4, kartoniert, 29,80 DM, ISBN 3-932710-31-2

Corporate Citizenship

Wachsende Anforderungen an die Jugend- und Sozialarbeit, oft prekäre Ressourcen der Träger und knappe öffentliche Mittel – diese Situation verlangt nach neuen Antworten. Um einen neuen Blick auf neue Partner in einer bürgerschaftlichen Perspektive geht es in dem neuen »Handbuch Unternehmenskooperation« der Bundesinitiative »Unternehmen: Partner der Jugend« (UJP). Es stellt 96 exemplarische Kooperationsprojekte zwischen Organisationen der Jugend-/Sozialarbeit und Unternehmen vor.

Solche Kooperationen sind Win-win-Konstellationen, die einen vierfachen Nutzen erzielen: für das Gemeinwesen, für Kinder und Jugendliche, für die Organisationen und für die Unternehmen. Wie eine solche Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet werden kann, wird in dem Handbuch aus unterschiedlichen Perspektiven vorgestellt:

- Vision und Struktur der UJP-Bundesinitiative als bundesweite Drehscheibe für Corporate Citizenship.
- Motive, Nutzenerwartungen und Kooperationstypen aus der Perspektive von Unternehmen.
- Ein praxisorientierter Leitfaden zur Unternehmenskooperation.
- Initiierung von Kooperationsprozessen auf regionaler Ebene.

Im Anhang werden Portraits vielfältiger Kooperationen aus 12 Bundesländern sowie Arbeitsmaterialien, Literatur und kommentierte Links zum Thema »Corporate Citizenship« vorgestellt.

Das Handbuch bietet Erfahrungswissen zur Orientierung und Handlungswissen zur eigenen Erprobung neuer Formen sozialer Kooperation. Es will eine Brücke bauen zwischen den Welten des Sozialen und der Wirtschaft, die sich bisher noch weitgehend fremd gegenüber stehen.●

Aus »mitarbeiten« Nr. 4/2001

Diethelm Damm / Reinhard Lang / Bundesinitiative »Unternehmen: Partner der Jugend« (UJP): Handbuch Unternehmenskooperation. Erfahrungen mit Corporate Citizenship in Deutschland. Brennpunkt-Dokumentationen zu Selbsthilfe und Bürgerengagement Bd. 39, Bonn 2001, 192 S., ISBN 3-928053-75-2, 8 DM

Gewaltfreies Handeln nach dem 11. September

Dieser von der »KURVE Wustrow« herausgegebene Rundbrief versucht in drei großen Abschnitten den Bogen von ersten Gedanken und Stellungnahmen nach dem 11. September zur Diskussion gewaltfreier Perspektiven zu spannen. Der erste Teil enthält neben Bewertungen der Terroranschläge und der Darstellung der von der »KURVE Wustrow« mitgestalteten Fastenaktion in der Berliner Gethsemanekirche auch Hinweise auf die wissenschaftliche Forschung zum Terrorismus. Erst jetzt wird dieses Nachdenken verstärkt wahrgenommen, das bereits seit Jahren Vorschläge für die Sicherheit unserer Städte entwickelt hat. Das Kapitel wirft jedoch auch die Frage auf, ob »Terrorismus« die uns leitende Kategorie sein kann. Angesichts der Tatsache, dass das Etikett »Terrorist« politischen Interessen entsprechend eingesetzt wird, erscheint es mir sinnvoll, sich stattdessen auch weiterhin mit dem allgemeinen Phänomen der Gewalt in ihren direkten, strukturellen und kulturellen Ausprägungen auseinander zusetzen.

Die seit Ende September in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückte Krisenregion reicht für uns vom Balkan über den Nahen Osten bis nach Südasien. Strategische Überlegungen der kriegführenden Staaten betrachten diesen Gürtel an der Südflanke der ehemaligen Sowjetunion angesichts von nur teilweise erschlossenen Ressourcen als eine Einheit. In diesen Zusammenhang setzen wir den deutschen Militäreinsatz in Mazedonien, der nicht wie anfangs versprochen, in dreißig Tagen beendet wurde. Das Kapitel über den Krieg schließt auch die Erörterung der innergesellschaftlichen Situation mit ein: Zivilgesellschaftliches Handeln im Sinne der Entwicklung »ziviler Macht von unten« ist ein Ansatz, der nicht nur für die Krisenregion Hoffnung verspricht. Er macht auch unser eigenes gewaltfreies Engagement erst glaubwürdig. Nicht zuletzt gilt das für den Widerstand gegen die bevorstehenden Atomtransporte nach Gorleben.●

Hagen Berndt (aus dem Editorial)

Die 100-seitige Broschüre »Rundbrief 40 – gewaltfreies Handeln nach dem 11. September« kann über die KURVE Wustrow, Kirchstr. 14, D-29462 Wustrow gegen eine Spende erworben werden.

Reader zu »Ökonomie von unten«

Ein neuer Reader des *Instituts für Ökologie* hat es in sich: Auf 68 Seiten sind nicht nur grundlegende Texte zu Globalisierung und Marktwirtschaft zusammengestellt, sondern auch zu den Alternativen. Dabei fallen etliche der oft genannten durch: Tauschökonomie, Tobin Tax oder Freiwirtschaft sind nach den Texten im Reader keine Alternative zur Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen, sondern nur zahnloses Beiwerk.

Bereits in der Einleitung werden fünf Ökonomieformen von der Marktwirtschaft bis zur Aufhebung von Eigentum vorgestellt und verglichen. Tauschen, Schenken und Gemeinschaftseigentum sind danach Schritte auf dem Weg zur Überwindung der totalen Verwertung, in der alles einen Wert bekommt, ge- und verkaufbar ist – so wie heute. Weitere Texte beleuchten feministische Gesichtspunkte, die Frage der Arbeit oder das, was unter Globalisierung in aller Munde ist. Als Alternativen werden Visionen einer Welt ohne Markt sowie das Beispiel der Freien Software vorgestellt.

Insgesamt ist der Reader eine gut gefüllte Sammlung verschiedener Texte aus ganz unterschiedlichen Quellen. Er schafft so einen Überblick über die laufenden Debatte und Vorschläge, bietet aber gleichzeitig einen Einstieg für die weitere Recherche. Der Reader kostet 6 Euro, hat A4-Format und kann bei der MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld bestellt werden.
Internet: www.maus-versand.de.●

Jörg Bergstedt

25 Jahre Leitfaden der Sozialhilfe

Im November 2001 bestand der *Frankfurter Leitfaden der Sozialhilfe* 25 Jahre. Zum »Jubiläum« ist der Leitfaden gründlich überarbeitet und erweitert worden. Er ist ansprechender in der Form und wesentlich übersichtlicher. Zum ersten Mal gibt es zahlreiche Verweise auf Internet-Adressen und einen erheblich erweiterten Teil »Sozialhilfe und Recht im Internet«.

Der Leitfaden enthält 123 Stichworte und gibt viele Tipps. Sie können nachlesen, wie hoch der Bedarf ist, wie man ihn ausrechnet, welche Probleme es mit Unterhaltspflicht, Eheähnlicher Gemeinschaft, Versicherungen, Miete usw. gibt und wie man damit umgehen kann. Ausführlich beschäftigt sich der Leitfaden mit Problemen im Zusammenhang mit Hilfe zur Arbeit und den Anfängen einer Grundsicherung. In einem 50 Seiten starken gesonderten Teil, der zusammen mit Harald Thome von *Tacheles e.V. Wuppertal* entwickelt wurde, kann man nachlesen, wie man sich wehren kann. Eine besondere Rolle spielt dabei die Mitwirkungspflicht und ihre Grenzen.

Der Leitfaden informiert in Zusammenarbeit mit der *BAG Sozialhilfeinitiativen* umfangreich über die aktuellen Adressen von Sozialhilfeinitiativen und Beratungsstellen in Deutschland. Er erscheint jedes Jahr neu im Oktober. Man kann ihn auch abonnieren. Dieser Service wird inzwischen von über 1.000 Abonnenten in Anspruch genommen.

Der Leitfaden ist gegen Vorauszahlung von 5 EUR in Form eines Fünfeuroscheins oder eines Verrechnungsschecks an die AG TuWas, Kleiststr. 12, D-60318 Frankfurt zu beziehen (Versand inclusive).●

dp

Imperialismus im 21. Jahrhundert – Sozialismus oder Barbarei

Lesereise

Eine Analyse über die Aktualität der von Wladimir Iljitsch Lenin im Jahre 1916 veröffentlichten Theorie über den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. *Harpal Brar* weist anhand vieler Quellen aus der internationalen Wirtschaftspublizistik nach, dass diese Theorie an Gültigkeit keineswegs verloren hat, sondern die von Lenin herausgearbeiteten Wesensmerkmale des Imperialismus sich heute auf allen Erscheinungsebenen von Politik und Wirtschaft unverkennbar widerspiegeln. Der Imperialismus Leninscher Definition ist somit »zu sich selbst« gekommen. Die scharfsichtige Analyse des Autors sowie seine umfassenden Recherchen räumen zugleich mit jeglichen Verschleierungsversuchen auf, die von bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftlern mit dem Schlagwort der »Globalisierung« und linksbürgerlichen Kräften mit dem Begriff des »Neoliberalismus« unternommen werden.

Geboren im indischen Muktsar, Panjab, lebt und arbeitet *Harpal Brar* seit 1962 in Großbritannien. Seit 1979 ist er Herausgeber von *Lalkar*, dem Organ des Indischen Arbeitervereins Großbritanniens (Indian Workers' Association). Im Sommer 1996 gab *Harpal Brar* seine Arbeit als Professor für internationales Privatrecht an der Universität von Westminster in London auf, um sich ganz seiner politischen und publizistischen Arbeit zu widmen.

Imperialismus im 21. Jahrhundert – Sozialismus oder Barbarei. 208 Seiten, broschiert, 29,90 DM / 15,30 EUR (D), Pahl-Rugenstein Verlag ISBN 3-89144-293-9

Termine:
1.3. Hannover, 2.3. Berlin, 4.3. Potsdam, 5.3. Bernau, 6.3. Schwedt, 7.3. Halle, 9.3. Nürnberg, 11.3. Gießen, 12.3. Jena, 13.3. Leipzig, 14.3. Frankfurt, 15.3. Darmstadt, 19.3. Heidelberg, 20.3. Luxemburg, 21.3. Bonn, 22.3. Goßlar

Bei allen Veranstaltungen ist ein Dolmetscher anwesend. Nähere Informationen beim Pahl-Rugenstein Verlag, Tel. (02 28) 63 23 06 oder unter www.antiimperialista.net

PROJEKTE

Vielseitige **landwirtschaftliche Kommune** im südlichen Münsterland sucht zwei NeueinsteigerInnen, die mit uns gemeinsam leben und arbeiten wollen. Wir wünschen uns für den Milchviehbereich eine engagierte und flexible Person mit Maschinenkenntnissen und Lust auf Vermarktung. Für den Gemüse- und Obstbau suchen wir engagierte Person mit Praxiserfahrung und Wunsch nach eigenverantwortlichem Arbeiten.
☎(0 25 25) 25 60

BetreiberIn für Gastronomiebetrieb gesucht!
Im Ökozentrum Verden: voll eingerichteter Betrieb ab sofort o. demnächst. Gute Lage, 140 qm heller, schöner Gastraum. Bühne, Lehmofen, Nebenraum, Küche auf neustem Stand, gr. Biergarten. Beschäftigung f. 2-6 Pers.
Umgebung: Landkreisverwaltung mit ca. 800 Beschäftigten, Wohnbebauung. Im Haus Seminarbereich, der über Gastronomie verpflegt werden soll; außerdem ökol. Betriebe, pol. Initiativen, Wohnen. Erwünscht: Ökologische Orientierung, Kollektivbetrieb. Pacht kann umsatzbezogen gestaltet werden.
Kontakt: Ulrich Steinmeyer
☎(0 42 31) 95 71 11, Jutta Sundermann 95 73 22

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird parallel zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2002 laufend erweitert und aktualisiert. Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2001 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

NEUES HEFT MIT TOP THEMA
STICHWORT BAYER
LIPOBAY - Tödliche Pillen für goldene Bilanzen.
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 10 €/Hj., Probenummer gratis

Multimedia Produktion
peb up
Wenn Sie schon immer
• einen Internetauftritt gewünscht haben,
• Ihre Website aufpeppen wollten,
• von einer Multimedia-Präsentation geträumt haben,
dann sprechen Sie uns an
Mehringdamm 69, 10961 Berlin
Tel. 030-610 73 009 Email:kontakt@peb-up.de
www.peb-up.de
Internet - CD ROM

245 Seiten Linke Bücher!
Unser Katalog 2001 fällt leider aus personellen Kapazitäten aus - ein umfassender Datenbankaufbau hat Vorrang.
Wer bis zum nächsten Jahr nicht warten will: für 20 DM gibt's einen umfangreichen Titelausdruck (Betrag wird ab einem Bestellwert von 200 DM verrechnet) - mit genug Lesestoff für's Jahrtausend!
Anares
Postfach 107 510 · D-28075 Bremen
Fax 0421 - 794 02 31
e-mail: anares-nord@gmx.de

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker
Unsere Zielsetzungen:
-Politisches Engagement zur Abschaffung der Meisterpflicht als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im Handwerk
-Wiedereinführung der Gewerbefreiheit
-Gleichstellung von Mann und Frau im Handwerk
Unseren Mitgliedern bieten wir: Beratung, Hilfestellung, Information, Mitarbeit und Diskussion im Kampf mit der deutschen Handwerksordnung.
BUH e.V.
Klein Breese 13 29497 Woltersdorf,
Tel. 05841-973900 Fax 973901
http://www.aries.de/BUH

iz3w
iz3w Sonderheft
▸ Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus
Themen u. a.
– Widerstand: Von Seattle nach Genua
– Brasilien: Aufstand der Landlosen
– Indien: Frauenbewegungen
– BRD: Selbstorganisation von Flüchtlingen
– Streitgespräch: Attac versus BUKO
– Perspektiven: Globalisierung und internationale Solidarität
72 S., DM 10,- / €5,- plus Porto
iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org
▸ Die Zeitschrift zu Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

INTERIM
Vierzehntägiges Berlin-Info
Widerstand braucht Diskussion!
für 3 Mark in Infoläden, linken Buchläden oder im Abo:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

2001
Queer Bands gesucht für SOLI-SAMPLER für autonome FrauenLesben Projekte in Heidelberg
Kontakt:
rqs@Frauen-Lesben-HD.de
FrauenLesben-Sampler
c/o Contraste
Postfach 104520
69035 Heidelberg

Auf | Stehen | Bleiben
Zusammen für eine bunte Welt
Unser Kampagneninfo mit 21 Argumenten gegen Rechts erhalten Sie bei Einsendung dieser Anzeige und 3.- Euro (gern in Briefmarken).
Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

Phase 2 #02
Zeitung gegen die Realität
top story:
Krieg und globale Ordnung
weitere Themen u.a.:
Sexismus
Interview mit Michael Hardt
Zivilgesellschaft und Menschenrechte
Rassismus vs. Kapitalismus
Revolutionärer Antifaschismus ade
out now!
#02
Phase 2, c/o linxxnet
Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig
http://www.phase-zwei.org
abo@phase-zwei.org

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
In der neuen Ausgabe 458:
Schwerpunkt: Macht statt Recht?
★ Milosevic in Den Haag
★ Norman Paech zu Kriegsverbrechen der NATO
★ Yehuda Bauer über Singularität und Vergleichbarkeit der Shoah
★ Einwanderungspolitik der USA
★ Hegemoniestrategien der Nazis in Mecklenburg-Vorpommern
Linke Politik monatlich zum Preis von 4,20 €
Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.
ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
★ widerstand gegen staat und krieg ★ ökologie ★ antirassismus und antisexismus ★ gewaltfreier anarchismus ★ concert for anarchy u.v.m.
Jahresabo 45 DM (10 Ausgaben)
Schnupperabo 10 DM (3 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

lesen und lesen lassen
Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik". Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
▶ www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

kassiber 48 [Dezember 2001]
☑ „Justice will be done!": Der „Krieg gegen den Terror" - um alte Vormachtstellungen
☑ Bundeswehr bereitet den Angriffskrieg vor
☑ Die Ethnisierung des Krieges in Afghanistan
☑ Kriege werden vorbereitet ... unter anderem an der Universität Bremen
☑ Das Böse steckt im Kabel: Bundesregierung verabschiedet den totalen Lauschangriff
☑ Kapitalistische Globalisierung: Der Standortwettlauf als gesellschaftliches Leitprinzip
☑ „...wenn andere aus unseren Schwierigkeiten lernen": Interview mit einer ehemaligen Genua-Gefangenen
☑ Berlusconi ohne Maske
☑ Koloniale Bilderwelt und Subjekt: Zur Verschränkung von Rassismus und Sexismus
☑ u.v.a.m. (68 Seiten für 5 Mark)
kassiber gibt es u.a. im gut sortierten Infoladen oder beim VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen, Fax 0421-75682, eMail:kassiber@brainlift.de
Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
kassiber im Internet: www.nadir.org/nadir/initiativ/kambo/k_home.htm
kassiber-Sonderausgabe zum Krieg [Oktober 2001]: * Feindbild Islam: Mit Huntingtons "Clash of Civilization" erklärt sich der Westen zukünftige Weltkonflikte * Islamischer "Fundamentalismus" * Osama bin Laden: Vom CIA-Zögling zum Top-Terroristen * Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr * Schurkenstaaten und states of concern * u.v.a.m. (48 Seiten für 4 Mark)

nadir infoSystem
ermöglicht eMail-, newsgroups- und worldwideweb-zugang für Kommunikation und Vernetzung + betreibt im worldwideweb ein informationssystem zu linker politik und sozialen bewegungen
web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH
AKTUELL Meldungen und Hintergründe
PERIODIKA Elektronische Kopien von Zeitschriften
ARCHIV linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart
INITIATIV Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten
NETZ Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web
Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr 797 156 207

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ [illegible] 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@gmx.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland**, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; **Redaktion Saarland**, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Rießdel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de;, **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken**, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal**: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung**: 27283 Verden, Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK**: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; **Umweltschutz von unten**: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Information & Kommunikation**, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung: Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 12.-14.4.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

Los geht's
Selbstbestimmt leben
Gruppen gründen
An Pfingsten 2002 (16. bis 20.5.) lädt die Kommune Niederkaufungen zusammen mit der Villa Locomuna in Kassel wieder Menschen ein, die neue Gemeinschaften gründen wollen. Utopien können dort ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen stellen sich vor und helfen mit Rat und Tat. Die ersten 250 Anmeldungen werden angenommen. Zur finanziellen Unterstützung werden auch Spenden und Sponsoren gesucht.
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07-0, Fax 80 07 40
E-Mail: kommune@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

ARBEIT IN LEIPZIG

Diskussions-Veranstaltung
»Sphärentrennung«
mit Roswitha Scholz
(Gruppe Krisis Nürnberg):
Mit dem Wertverhältnis als Basis kommt es im Laufe der Geschichte zur Ausbildung der privaten und der öffentlichen Sphäre. Die private Sphäre in Form von Sexualität und Familie wird der Frau zugesprochen, während die öffentliche, männliche Sphäre die Bereiche abstrakte Arbeit, Staat, Politik, Wissenschaft und Kunst umfasst. Das Weibliche bildet jedoch die Bedingung der Möglichkeit des männlichen Prinzips der abstrakten Arbeit, denn die private Sphäre stellt das soziale Ruhekissen des in der öffentlichen Sphäre agierenden Mannes dar. Daraus ergibt sich, dass die Erhaltung der Arbeit eine Aufrechterhaltung der Sphärentrennung beinhalten würde. Roswitha Scholz wird hierbei auch Kritik an den feministischen Theorien üben, denn weibliche Tätigkeiten als Beweis ihres moralischen und ökonomischen Wertes auch noch in Arbeit zu verwandeln, würde die Wurzel allen Übels – nämlich die Arbeit – verkennen.
Termin: 13.02.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Diskussions-Veranstaltung
»The final countdown«
mit Norbert Trenkle
(Gruppe Krisis Nürnberg):
Die Gruppe Krisis redet von einer Krisenhaftigkeit des Systems, die dem Kapitalismus innewohnt und seine Zukunft bestimmt. Sie vertritt eine Zusammenbruchstheorie (Krisentheorie) des Kapitalismus. Sie geht dabei von dem Widerspruch der kapitalistischen Produktion aus, die bestrebt ist, immer mehr lebendige Arbeit einzusparen und deren Tätigkeit durch Maschinen zu ersetzen, andererseits aber zwingend auf den einzigen wertschaffenden Faktor (Mehrwert der menschlichen Arbeitskraft) angewiesen ist. Norbert Trenkle bezeichnet diese Konstante im Kapitalismus als »logische(n) Selbstwiderspruch des Kapitals zwischen Produktivkraftentwicklung und Verwertungsimperativ.«
Termin: 13.03.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Diskussions-Veranstaltung
»Dauerkrise Arbeit«
mit Michael Heinrich (FU Berlin, Zeitschrift Prokla):
Das Thema Arbeit spielt in jedem Wahlkampf kapitalistischer Staaten eine zentrale Rolle für die Parteien, die gewählt werden wollen. Die Stimmung für eine Partei steigt in der Bevölkerung bei dem Versprechen auf Arbeitsplatzschaffung. Aber wie realistisch ist es, dass alle BürgerInnen in den »Genuß einer Arbeit« kommen? Die Hoffnung der Menschen auf Arbeit lässt nicht nach, obwohl seit Jahrzehnten ein chronischer Arbeitsplatzmangel existiert. Zur Zeit hat Deutschland mehr als vier Millionen Arbeitslose. Der Staat jongliert mit alternativen Konzepten wie Vierstundenarbeitstag, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc.
Termin: 10.04.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

Diskussions-Veranstaltung
»Freiheit und Wahn deutscher Arbeit«
mit Andrea Woeldike, Holger Schatz
(AutorInnen des gleichnamigen Buches):
Seit 1933 ist der 1. Mai gesetzlicher Feiertag in Deutschland. 1997 sprengten Nazis eine DGB-Kundgebung zum 1. Mai mit dem Transparentmotto »Arbeit macht frei«. Für nicht wenige Linke wildern die Nazis damit auf per se linkem Terrain und sind Konkurrenten in der »sozialen Frage«. Spätestens dadurch aber offenbart sich, dass der positive Bezug auf die »Arbeit« keinen linken Kontext benötigt. Im Gegenteil, er steht einer emanzipativen Kapitalismuskritik im Weg.
Termin: 15.05.2002, 19 Uhr, Leipzig, nato, Karl-Liebknecht-Str. 46

THEATER

Wir machen Theater...
Info-Workshops für Frauen
3.3.2002, 11-16 Uhr
und 27.4.2002, 14-19 Uhr
Wochenendworkshops
Für Frauen:
»büffeh« – bühne frei für frauen
engel hexen
3.-5.5.2002
Für Männer:
»thema« – theatre of man
8.-10.3.2002
Information & Anmeldung:
frauenbühne e.V., Beerenweg 1,
D-22761 Hamburg
☎/Fax (0 40) 85 35 26 25

MEDIEN

Skriptsprachen verstehen – Skriptprogramme gestalten
Worum geht's? Dynamische Webseiten aufbauen.
Sie müssen kein Informatiker sein, um Skriptprogramme einzurichten. Der Kurs führt Sie in die Grundlagen der Programmierung mit JavaScript, PHP4 und Perl-CGI ein. Anhand praktischer Beispiele und Übungen lernen Sie, wie Sie Ihren Webauftritt dynamisch machen, ohne ihn zu überladen. Sie erfahren etwas über Skriptrecherche und die Anpassung von frei verfügbarem Programmcode. Gute HTML-Kenntnisse werden vorausgesetzt.
Termin: 11.-15.2.2002

Online-Recherche für Journalisten
Das Seminar vermittelt das Know-how für gezieltes, systematisches und effizientes Vorgehen bei Online-recherchen. Inhalte: Suchmaschinen und Kataloge, Zugang zu Datenbanken, Archiven und Informationsdiensten. Anhand zahlreicher Fallbeispiele wird das Bewerten der Suchergebnisse hinsichtlich Quelle, Aktualität etc. geübt.
Termin: 4.-5.3.2002
Ort: Frohburg bei Leipzig

Schreiben für das Internet: Headlines, Teaser, Nachrichten
Das Internet ist ein vorzügliches Medium für Ihre aktuellen Informationen. Aber auf einen Bildschirm passt nicht viel Text. Lernen Sie Methoden kennen, wie Sir Ihre Inhalte trotzdem rüberbringen. Information, webgerecht aufbereitet, nutzt das Prinzip der zunehmenden Informationstiefe. Weitere Schwerpunkte in Absprache mit den Teilnehmern: Newsletter-Planung, redaktionelle Kriterien für das Web-Konzept, Internet-Recht.
Termin: 7.-8.3.2002

Webgrafik mit Photoshop
Die neue Photoshop-Version bringt ausgezeichnete Werkzeuge für das Erstellen von Webgrafiken mit. Der Kurs verschafft Ihnen einen praxisbezogenen Zugang zu Photoshop-Grundlagen wie Ebenen, Auswahl- und zeichenwerkzeugen. Erfahren Sie alles über webgerechte Dateiformate und Formatkonvertierung. Üben Sie das Scannen von Fotos und Geschäftsgrafiken.
Termin: 13.-15.3.2002

Von der Meldung zum Kommentar
Von Stil und Form eines journalistischen Beitrags hängt es zunächst einmal ab, ob er gelesen wird. Jedes Thema, jede Information kann man auf verschiedene Weise darstellen. Wie formuliere ich Texte für Terminhinweise, Berichte von Veranstaltungen, wie einen Beitrag für die Tagespresse? Unser Praxisseminar führt in die informierenden und kommentierenden Stilformen ein.
Termin: 18.-20.2.2002
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

CONTRASTE-PLENUM

CONTRASTE versteht sich als selbstorganisiertes Projekt. Es ist abhängig von seinen Fach- und Regionalredaktionen. Auf den Plenen treffen sich den Redaktionen und unabhängige AutorInnen, um über die Zukunft und Inhalte der Zeitung zu diskutieren. Unser nächstes Plenum findet bei der Sozialistischen Selbsthilfe in Köln Mülheim vom 1.-3.3.2001 statt. Anmeldungen an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg
☎(0 62 21) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de

FRAUEN LEBEN NETZE

10. Internationaler Kongress der Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren
Das Motto des diesjährigen Kongresses lautet: frauen-leben-netze.de
Frauen leben in unterschiedlichen sozialen, informellen, unternehmerischen, politischen und technischen Netzen. Zunehmend bedienen sie sich auch des Mediums Internet, das ihre vernetzende Aktivität um ein vielfaches verstärkt.
Die »gelebten Netze« sollen sich auf diesem Kongress nicht nur in der Vielfalt der beteiligten Frauen und Organisationen zeigen, sondern auch in der Mischung und Vernetzung der Themenworkshops: Von Lernkonzepten, Suggestopädie und Gestalten von Schulungsräumen über Unternehmensformen und neue Geschäftsfelder bis zu Telelearning und Konfliktmanagement werden viele Bereiche des Lebens und Arbeitens verknüpft.
Die Online-Allianz der IT-Expertinnen, formal bei Piona Point e.V., dem Dachverband der Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren zusammengeschlossen, trifft sich einmal jährlich im Rahmen dieses Kongresses, der 1993 in München initiiert wurde.
Termin: 22.-24.2.2002 in Gauting bei München
Information und Anmeldung:
Fax (0 89) 168 80 25
E-Mail: fcs-m@link-m.de
www.frauen-leben-netze.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

RADIKAL REISEN!

Richtung USA – New York
Globalisierung und die Sozial- und Freihandelspolitik der USA
Wenn es um Globalisierung, »neoliberale Politik«, Abbau von Sozialer Sicherung und das Senken von Umweltstandards geht, wird das von vielen mit der Politik der USA in Zusammenhang gebracht. Je nach dem, auf welcher Seite der Barrikade man steht, verweist man entweder auf die USA als großes Vorbild oder als abschreckendes Beispiel. AnhängerInnen der letzten Position werfen der US-Politik vor, ihre Politik weltweit durchsetzen zu wollen. Als Beispiel wird dabei immer auch auf die Länder Südamerikas verwiesen. Aus europäischer Sicht scheint also alles klar zu sein. Doch wie wird das eigentlich in den USA gesehen? Welche Analyse bieten US-amerikanische Linke, wenn es um Globalisierung und weltweite Durchsetzung neoliberaler Politiken geht? Gibt es auch hier Widerstand außerhalb solcher Ereignisse wie Seattle 1999? Antworten auf diese Fragen hoffen wir in der Stadt, die als Symbol der Wirtschaftskraft der USA gilt, zu finden.
Termin: 17.-30. Juni 2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung USA – San Francisco
Körper, Geschlecht und Identität
Begriffe wie »Queer« und »Gendercrossing« sind in linken Kreisen viel diskutiert. Viele Debatten um Körper, Geschlecht und Identität finden in San Francisco oder der nahegelegenen Universitätsstadt Berkeley ihren Ursprung. San Francisco ist schon seit längerem die Stadt, in der alternative Lebensweisen und Bewegungen zusammen trafen, nicht umsonst galt San Francisco als Hippie-Hauptstadt, als Hauptstadt der Freaks. Heute ist San Francisco eine der wichtigsten Städte der Schwulen-, Lesben und Queer-Bewegung.
Wir werden den Fragen nach Körper, Geschlecht und Identität nachgehen und Aktivistinnen der Schwulen-, Lesben- und Queerszene sowie der akademischen Szene Berkeleys treffen. Neben all dem wird natürlich Zeit bleiben, am Strand zu entspannen und sich das schnuckelige Städtchen anzuschauen.
Termin: 2./3. Juliwoche
oder 3./4. Augustwoche 2002
Kosten: ca. 650 EUR

Richtung Finnland – Helsinki
Sozialstaat unter Globalisierungsbedingungen
Neben Schweden, Österreich und der Bundesrepublik war Finnland lange Zeit ein Vorzeigemodell sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatspolitik.
Seit Beginn der neunziger Jahre setzt auch Helsinki ganz auf Wettbewerb und Standortsicherung. Welche Konsequenzen dies hat und wie soziale Gerechtigkeit in Finnland hergestellt werden kann, wollen wir mit unserem Partner, der LEFT YOUTH-Finnland debattieren und erkunden.
Termin: 14 Tage im August 2002
Kosten: ca. 350 EUR

Richtung: Russland – Moskau
Antisemitismus
Wieder einmal fahren JugdemokratInnen/Junge Linke in die russische Weite. In Diskussionen mit verschiedenen russischen Gruppen, u.a. mit der Youth Human Rights Movement und der Anti-Diffamation-League, wollen wir uns mit dem Antisemitismus in Russland beschäftigen. Dabei soll es sowohl um den historischen Antisemitismus, vor allem aber um den gegenwärtigen Antisemitismus gehen. Darüber hinaus wollen wir mit unseren Partnern den Stand des Demokratisierungsprozesses diskutieren. Neben dem politischen Programm ist aber auch genügend Zeit, um die touristischen Attraktionen zu besichtigen oder an der Moskva spazieren zu gehen.
Termin: 22.8--4.9.2002
Kosten: ca. 390 EUR

Richtung USA – New York
New York City ein Jahr danach
New York als die Weltstadt an der Ostküste der USA war über viele Jahrzehnte nicht nur Ziel endloser Touristenströme, sondern auch Kristallisationspunkt zahlreicher sozialer und politischer Konflikte. Schon vor den Anschlägen vom 11. September 2001 war New York auch immer wieder Schauplatz rassistischer Ausgrenzungen und Diskriminierungen.
Unsere Reise wird sich ein Jahr nach den Anschlägen mit den Folgen der Ereignisse für die Stadtpolitik und dem Bild New Yorks beschäftigen. Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen auf die bereits vorher von Repression und Überwachung geprägte Innenstadtpolitik der Weltmetropole.
Wir werden uns mit politischen Jugendorganisationen treffen, die sich kritisch mit der aktuellen Politik und den Ereignissen in New York und in den USA auseinandersetzen und hier Gegenaktivitäten organisieren.
Termin: Herbst 2002
Kosten: ca. 650 EUR
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
www.jdjl.org

ENERGIE

4. Glücksburger Biomasse-Forum
Die Experten sind sich einig: Energie aus Biomasse wird in den nächsten 10-15 Jahren europaweit die größten Wachstumspotenziale aller Energieträger aufweisen. Dabei stehen besonders vorhandene Biomasse-Potenziale im Mittelpunkt des Interesses. Die Nutzung von örtlichen Hölzern reicht bereits heute von großen Heizkraftwerken bis hin zu kleinen privaten Pelletöfen. Die skandinavischen Länder haben hier bereits eine führende Rolle eingenommen. Auch in Deutschland stellt Holz heute einen vergleichsweise günstigen Energieträger dar, dessen bundesweites Potenzial beachtlich ist.
Das 4. Glücksburger Biomasse-Forum wird über aktuelle politische und ökonomische Rahmenbedingungen sowie Trends auf dem deutschen und europäischen Markt berichten. Die Referent werden darüber hinaus einen umfassenden Überblick über Holzqualitäten, Logistik und Planungsgrundlagen bis hin zur Finanzierung und Contracting geben. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Darstellung erfolgreicher skandinavischer Projekte, die von örtlichen Referenten vorgestellt werden. Eine ganztägige Exkursion zu verschiedenen interessanten Projekten Dänemarks rundet das Treffen ab.
Termin: 5.-7.3.2002
Information & Anmeldung:
Weiterbildung im Energiebereich, Bahnhofstr. 6, D-24960 Glücksburg
☎(0 46 31) 62 36 10, Fax 62 36 11
E-Mail: info@wie-energie.de
www.wie-energie.de

SONSTIGES

Ein Sommer-Semester voll tierischer Erfahrungen !
Wir bieten für Stadt-Menschen hier bei uns im Jerichower Land ein Halbjahr voll praktischer Natur-Tier-Mensch-Erfahrungen. Wir bieten Mitarbeit in einem sensiblen Milchschaf-Betrieb, in dem es nicht in erster Linie um Geld geht, sondern um das Wiedergewinnen der Beziehungen zwischen Menschen, Tieren, Pflanzen und der Fruchtbarkeit der Erde. Das kann aber nicht in nebulösen Träumen gefunden werden, sondern durchaus nur in der täglichen zu übenden Praxis. Dabei wird man feststellen, wie schwierig eine freiwillige Beziehung der Tiere zu Menschen ist, aber wie sie letztlich doch wieder ganz einfach gewonnen werden kann. Was wird der Lohn der Mühe sein: das Glück, sich das Vertrauen von 80 Milchschafen erworben zu haben. Wir bieten Selbstversorgung in der Praktikanten-Küche und Logis, wenn der Sinn danach steht, auch im Schäferkarren auf der Weide.
Anfragen bitte an: Der Georgshof, Edith und Jürgen Grimme, Hauptstr. 14, Ortsteil Kleinwulkow, D-39319 Wulkow
☎/Fax: 03 93 41) 5 05 10

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.